

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1994

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

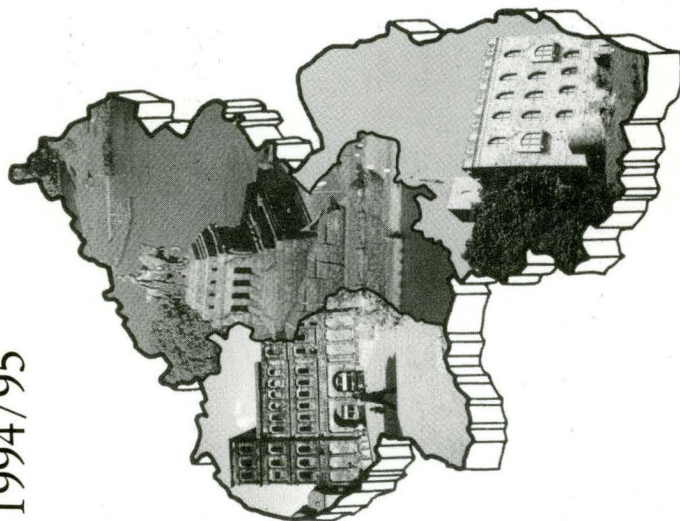
Repräsentative Europawahlstatistik 1994	201	Bei der vierten Direktwahl zum Europäischen Parlament am 12. Juni 1994 erfolgte ebenso wie bei früheren Europawahlen und bei Bundestagswahlen eine repräsentative Untersuchung der Wahlbeteiligung und des Stimmverhaltens. Die Ergebnisse dieser Stichprobenerhebung zeigen die Parteipräferenzen der Wähler nach Alter und Geschlecht auf.
Vergleich des Verbraucherpreisniveaus in 50 deutschen Städten	210	Die Auswertung der Ergebnisse des zwischenörtlichen Preisvergleichs im Herbst 1993 zeigt ein starkes West-Ost-Gefälle des Verbraucherpreisniveaus in Deutschland.
Aktuelle Daten über die Großregion Saar-Lor-Lux-Trier / Westpfalz	214	Die statistischen Ämter der europäischen Großregion Saar-Lor-Lux-Trier / Westpfalz haben die Ausgabe 1994 ihres gemeinsamen Statistischen Jahrbuches veröffentlicht.
Auslandsumsatz der Industrie	218	Die Großbetriebe bestimmen nach wie vor den Auslandsumsatz industrieller Produkte. Die Klein- und Mittelbetriebe haben in den letzten Jahren aber an Bedeutung gewonnen.
Nichtwohnbau 1993	222	Die Hochbautätigkeit in Rheinland-Pfalz zeigt 1993 zwei verschiedene Trends: Während der Wohnungsbau nach wie vor boomt, waren im Nichtwohnbau Nachfragerückgänge zu verzeichnen.
Anhang	65*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	71*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Rheinland-Pfalz



heute

1994/95



STATISTISCHES LANDESAMT

Ich/Wir bestelle(n) Exemplar(e)

Rheinland-Pfalz heute – 1994/95

zum Preis von 1,00 DM

ab 100 Exemplare 0,80 DM

ab 500 Exemplare 0,60 DM

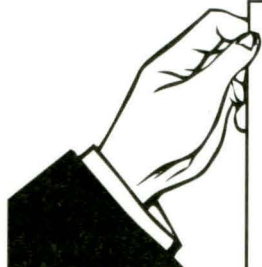
zuzüglich Porto

Anschrift:

Name des Bearbeiters oder Aktenzeichen

Rheinland-Pfalz heute – 1994/95

Der Prospekt „Rheinland-Pfalz heute“ informiert Sie auf 20 Seiten über die Bereiche Bevölkerung, Kultur, Arbeit, Wirtschaft und Staat. Vergleichszahlen der Flächenländer und des Bundesgebietes und statistische Ergebnisse aus den kreisfreien Städten und Landkreisen ergänzen den Prospekt.



Sie können „**Rheinland-Pfalz heute**“ bestellen
zum Preis von 1,00 DM
ab 100 Exemplare 0,80 DM
ab 500 Exemplare 0,60 DM
zuzüglich Porto

mit beigefügter Antwortpostkarte oder telefonisch: (0 26 03) 71 245



Absender:

Bitte
frei-
machen

Postkarte

**Statistisches Landesamt
Rheinland - Pfalz
Mainzer Straße 14-16**

56130 Bad Ems

Statistisches Jahrbuch Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz

Verbesserte und erweiterte Neuauflage 1994

Die Erstausgabe des Statistischen Jahrbuches aus dem Jahre 1992 mit dem Titel „Eine europäische Großregion zeigt Profil“ wurde aktualisiert und in wesentlichen Teilen erweitert und verbessert. In zweisprachiger Aufmachung umfaßt das Jahrbuch für jede Teilregion mehr als 500 Daten aus der vollen Bandbreite der amtlichen Statistik.

Textliche Kommentierungen zu den Tabellen, begriffliche Definitionen, Literaturhinweise und Quellenangaben machen den interessierten Leser vertraut mit den unterschiedlichen Methoden und Systematiken in der deutschen, der französischen und der luxemburgischen Statistik. Schaubilder, Diagramme und geographische Karten unterstreichen den informativen Charakter dieses Werkes.

➔ Wer über Europa mitreden will, braucht dieses Jahrbuch!

Inhalt

Strukturdaten

Bevölkerung

Bevölkerungsstruktur
Bevölkerungsbewegung
Eheschließungen
Scheidungen
Haushalte

Bildung

Anzahl der Schüler
Lehrpersonal

Beschäftigung

Arbeitslosigkeit

Beschäftigungsniveau
Arbeitsmarkt

Wirtschaftliche Entwicklung

Wirtschaft
Energie
Bauwirtschaft
Bautätigkeit
Dienstleistungssektor

Außenhandel
Landwirtschaft

Gesundheit

Umwelt

Lebensbedingungen

SAAR - LOR - LUX - TRIER/WESTPFALZ

ANNUAIRE STATISTIQUE 1994 STATISTISCHES JAHRBUCH



Statistisches Jahrbuch Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz

126 Seiten, Oktavformat, broschiert, Preis DM 18,- zuzüglich Versandspesen.

Preis ab 10 Exemplaren DM 14,-.

Zu beziehen bei: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16, 56130 Bad Ems



Bestellkarte

Ich bestelle _____ Exemplare des Statistischen Jahrbuches
„Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz“
zum Preis von DM 18,- zuzüglich Porto.

An das
Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

(Datum, Stempel, Unterschrift)

Wahlbeteiligung steigt mit zunehmendem Alter Christdemokraten verbesserten bei der Europawahl 1994 in allen Altersklassen ihre Anteile gegenüber 1989

Nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik lag die Wahlbeteiligung der Männer bei der Europawahl am 12. Juni 1994 mit 71,9 % etwa auf gleichem Niveau wie die der Frauen (71,7 %). Bei den Bürgerinnen und Bürgern im Alter von unter 40 Jahren lag die Wahlbeteiligung durchweg unter dem Durchschnittswert. Am niedrigsten fiel sie in der Altersgruppe der 21- bis 25jährigen aus. Hier gaben 59,7 % der männlichen und 58,3 % der weiblichen Wähler ihre Stimme ab. Mit zunehmendem Alter stieg die Wahlbeteiligung an und erreichte in der Altersgruppe der 60- bis 70jährigen mit 82,9 % für Männer und 80,4 % für Frauen ihren höchsten Wert.

Die Auszählung der Stimmzettel nach Parteien ergab für die SPD 38,6 % und für die CDU 40,7 % der gültigen Stimmen. Von den Männern votierten 38,7 bzw. 39,3 % für diese beiden Parteien. Bei den Frauen erhielten die Sozialdemokraten 38,4 %, die Christdemokraten 42,1 % der gültigen Stimmen. Am besten schnitt die SPD bei Männern und Frauen im Alter von 35 bis 45 Jahren ab. Hier konnte sie 40,9 % der männlichen und 40,3 % der weiblichen Wähler für sich gewinnen. Am wenigsten Resonanz fand die Partei bei den 18- bis 25jährigen. Von diesen wählten 33,5 % der Männer und 34,3 % der Frauen die Sozialdemokraten. Die Christdemokraten verzeichneten ihr schlechtestes Ergebnis bei den Männern (32 %) und Frauen (30,1 %) der Altersgruppe 25 bis 35 Jahre. Mit zunehmendem Alter geht bei beiden Geschlechtern ein Anstieg der Stimmenanteile für die CDU einher. Bei den über 60jährigen gaben 46,8 % der Männer und mehr als die Hälfte der Frauen (51,3 %) ihre Stimme für diese Partei ab.

Von dem niedrigeren Votum der jüngeren Wähler für die zwei großen Parteien profitierten die GRÜNEN. Diese Partei konnte bei den unter 45jährigen, besonders bei den Frauen, überdurchschnittliche Stimmenanteile erzielen. Während von allen Wählerinnen 9,1 % den GRÜNEN ihre Stimme gaben, waren es bei den 18- bis 25jährigen 18,5 % und bei den 25- bis 35jährigen 18,4 %. Von den männlichen Wählern gaben insgesamt 7,8 %, bei einem Gesamtergebnis von 8,4 %, den GRÜNEN ihre Stimme. Mit einem Stimmenanteil von 14,2 % schnitten die GRÜNEN bei den Männern am besten in der Altersgruppe 25 bis 35 Jahre ab.

Die REPUBLIKANER erhielten 3,8 % aller gültigen Stimmen. Wähler dieser Partei sind häufiger Männer als

Frauen. So gaben 5,4 % der männlichen im Vergleich zu 2,2 % der weiblichen Wähler den REPUBLIKANERN ihre Stimme. Überdurchschnittliche Anteilswerte verzeichneten die Männer unter 35 und über 60 Jahre. Von den 18- bis 25jährigen Wählern gaben 6,4 % ihre Stimme dieser Partei.

Die SPD verlor gegenüber der Europawahl 1989 2,1 Prozentpunkte, und zwar bei den Frauen 2,5 Prozentpunkte und bei den Männern 1,7 Prozentpunkte. Den höchsten Rückgang des Stimmenanteils verzeichnete die SPD bei den jüngeren Bürgerinnen und Bürgern, vor allem bei den Frauen im Alter von 18 bis 25 Jahren (- 7,9 Prozentpunkte) und bei den Männern dieses Alters mit - 3,4 Prozentpunkten. Die niedrigsten Verluste hatte die SPD bei den über 60jährigen.

Die CDU konnte 1994 ihren Gesamtstimmenanteil um 2,1 Prozentpunkte gegenüber 1989 verbessern. Die Anteile der männlichen Wähler wiesen mit + 2,6 Prozentpunkten eine höhere Zunahme als die der weiblichen auf, deren Stimmenanteil um 1,7 Prozentpunkte höher lag. Die Christdemokraten konnten 1994 bei Männern und Frauen in allen Altersklassen ihr Ergebnis gegenüber der vorhergehenden Europawahl verbessern. Am stärksten (+ 3,8 Prozentpunkte) fiel der Stimmenzuwachs bei den Frauen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren aus. Bei männlichen Wählern war der Anstieg des Stimmenanteils mit + 3,4 Prozentpunkten in der Altersgruppe der über 60jährigen am höchsten.

Die GRÜNEN erzielten diesmal einen um 1,3 Prozentpunkte höheren Gesamtstimmenanteil als vor fünf Jahren. Dabei fiel die Zunahme mit 2 Prozentpunkten bei den Frauen höher aus als bei den Männern mit 0,6 Prozentpunkten. Sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Wählern konnten die GRÜNEN in fast allen Altersgruppen ihr Ergebnis verbessern. Die größte Steigerung erzielte die Partei bei den 35- bis 45jährigen, und zwar bei den Männern um 2,4 und bei den Frauen um 4,5 Prozentpunkte. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 201.

Mainz und Pirmasens im Preisvergleich

Im Herbst 1993 erfolgte erstmals nach 15 Jahren wieder ein regionaler Vergleich der Verbraucherpreise im gesamten Bundesgebiet. Dabei waren 50 Städte mit mehr als 40 000 Einwohnern einbezogen. In Rheinland-Pfalz wurden die Preise von 370 ausgewählten Gütern und Dienstleistungen in den Städten Mainz und Pirmasens erhoben.

wählerinnen gezählt, gut 4 Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt.

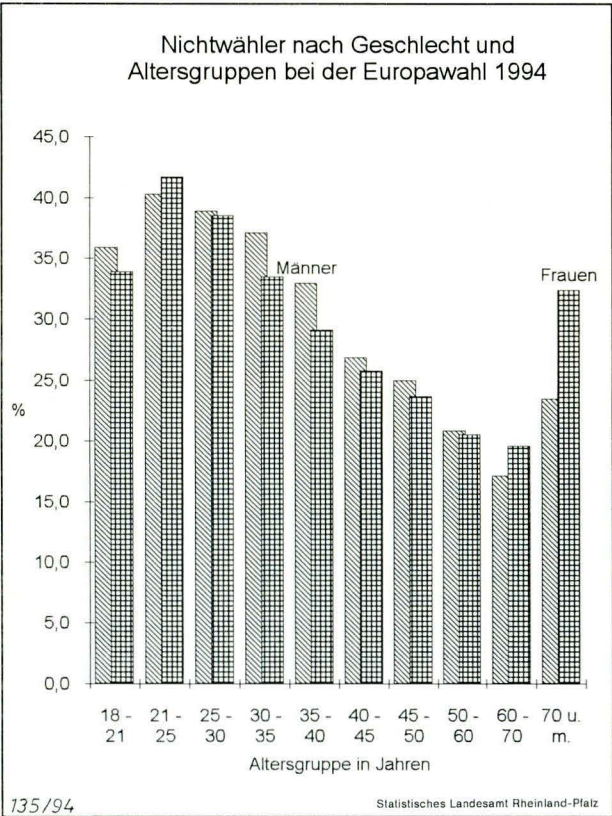
Das geringe Interesse jüngerer Wähler an einer Wahlteilnahme zeigte sich schon bei früheren Wahlen. So lag auch bei der Europawahl 1989 und bei der letzten Bundestagswahl der Anteil der Nichtwähler in den Altersgruppen der unter 25jährigen am höchsten. Das gilt sowohl für Männer als auch für Frauen. Demgegenüber war auch bei den früheren Wahlen die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Alter von mehr als 40 Jahren zumeist überdurchschnittlich.

Ungültige Stimmzettel seltener bei jüngeren Wählern

Die Auszählung der Stimmzettel, die nach dem Geschlecht und jeweils fünf Altersgruppen erfolgte, ergab einen Anteil der ungültigen Stimmen von 3 %. Dabei gaben 3,1 % der Männer und 2,9 % der Frauen einen nicht als gültig zu bewertenden Stimmzettel ab. Hauptursache für die Ungültigkeit (gut 70 %) waren leere oder durchgestrichene Stimmzettel. Der Anteil der ungültigen Stimmzettel nahm mit steigendem Alter der

Wahlbeteiligung der Männer und Frauen bei den Europawahlen 1994 und 1989 sowie der Bundestagswahl 1990 nach dem Alter (Repräsentative Wahlstatistik)

Altersgruppe	Wahl	Wahlbeteiligung in %		
		insgesamt	Männer	Frauen
18 – 21	E 1994	65,1	64,1	66,1
	E 1989	66,3	66,6	66,1
	B 1990	70,9	72,6	69,1
21 – 25	E 1994	59,0	59,7	58,3
	E 1989	60,7	59,6	61,9
	B 1990	69,4	68,5	70,5
25 – 30	E 1994	61,3	61,1	61,5
	E 1989	61,8	61,8	61,9
	B 1990	70,7	70,6	70,8
30 – 35	E 1994	64,7	62,9	66,5
	E 1989	66,0	65,5	66,5
	B 1990	75,3	74,1	76,5
35 – 40	E 1994	68,9	67,0	70,9
	E 1989	71,7	71,7	72,3
	B 1990	79,8	78,9	80,7
40 – 45	E 1994	73,6	73,1	74,2
	E 1989	75,0	72,6	77,4
	B 1990	83,6	83,5	83,7
45 – 50	E 1994	75,7	75,0	76,3
	E 1989	77,8	77,4	78,2
	B 1990	85,8	86,6	85,1
50 – 60	E 1994	79,3	79,1	79,4
	E 1989	81,8	82,7	80,9
	B 1990	87,0	87,2	86,9
60 – 70	E 1994	81,5	82,9	80,4
	E 1989	82,9	85,3	81,0
	B 1990	87,8	89,2	86,7
70 u. mehr	E 1994	70,7	76,5	67,6
	E 1989	73,1	78,9	69,9
	B 1990	76,6	82,1	73,7
Insgesamt	E 1994	71,8	71,9	71,7
	E 1989	73,2	73,5	73,0
	B 1990	80,0	80,4	79,6



Wähler zu. Wählten bei den 18- bis 25jährigen Männer nur 1,7 % ungültig, so waren es bei den über 60 Jahre alten Wählern 4,7 %. Bei den Frauen stieg dieser Anteil von 1,6 % bei den jüngeren auf 4,1 % bei den älteren Wählerinnen an. Bei der Europawahl 1989 und der Bundestagswahl 1990 wurde der höchste Anteil ungültiger Stimmen ebenfalls bei den älteren Frauen und Männern registriert. Die niedrigste Ungültigkeitsquote hatten damals allerdings nicht die 18- bis 25jährigen, sondern die Wählerinnen und Wähler im Alter zwischen 25 und 35 Jahren.

CDU-Anteile steigen mit dem Alter der Wähler

Die Auszählung der Stimmzettel nach Parteien ergab für die SPD 38,6 % und für die CDU 40,7 % der gültigen Stimmen. Von den Männern votierten 38,7 bzw. 39,3 % für diese beiden Parteien. Bei den Frauen erhielten die Sozialdemokraten 38,4 %, die Christdemokraten 42,1 % der gültigen Stimmen. Die SPD schnitt bei Männern und Frauen im Alter von 35 bis 45 Jahren am besten ab. Hier konnte sie 40,9 % der männlichen und 40,3 % der weiblichen Wähler dieser Altersgruppe für sich gewinnen. Am wenigsten Resonanz fand sie bei den 18- bis 25jährigen. Von diesen wählten 33,5 % der Männer und 34,3 % der Frauen die Sozialdemokraten. Von den über 60jährigen männlichen Wählern entschieden sich 38,4 %, von den Wählerinnen dieser Altersklasse 38,1 % für die SPD. Die Christdemokraten verzeichneten ihr schwächstes Ergebnis bei den Männern (32 %) und Frauen (30,1 %) der Altersgruppe 25 bis 35 Jahre. Mit zunehmendem Alter nahmen bei beiden Geschlechtern die Stimmenanteile für die CDU zu. Bei den über 60jährigen gaben 46,8 % der Männern und über die Hälfte der Frauen (51,3 %) ihre Stimme der CDU.

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den Europawahlen 1994 und 1989 sowie der Bundestagswahl 1990
 nach Parteien und Altersgruppen
 (Repräsentative Wahlstatistik)

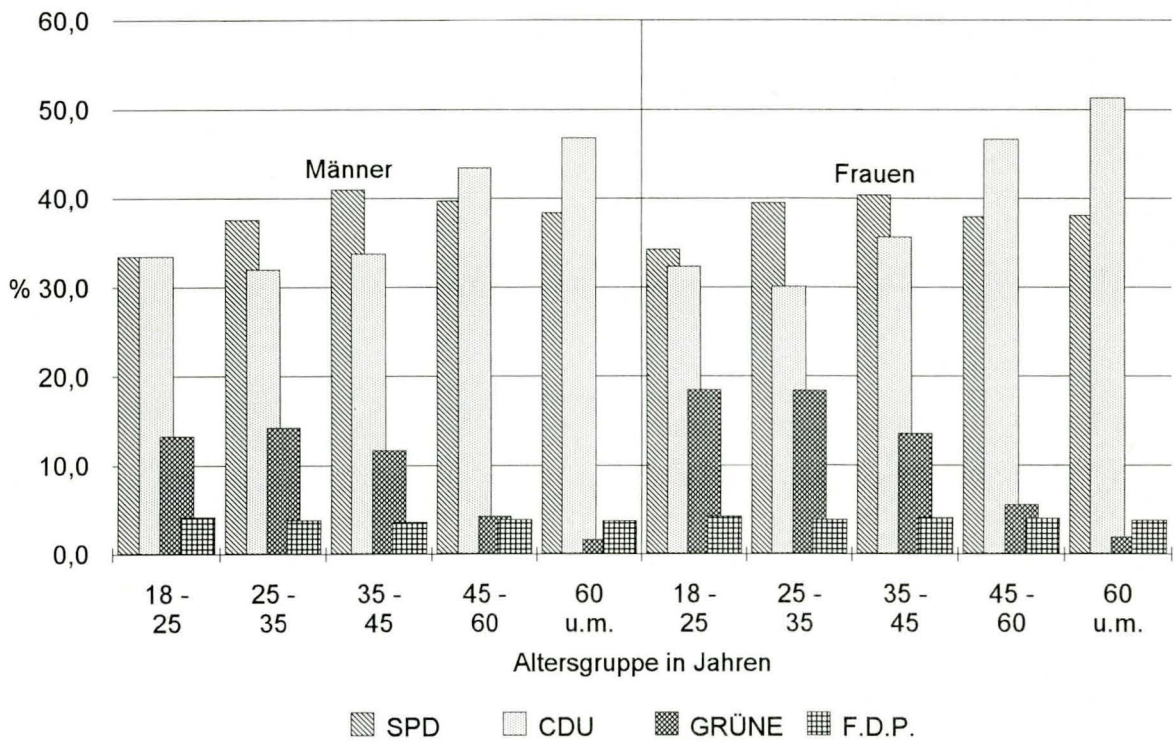
Alters- gruppe	Wahl	Wahl- beteiligung	Von 100 Stimmen waren ungültig	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf					
				SPD	CDU	GRÜNE	F.D.P	REP	Sonstige
Insgesamt									
18 – 25	E 1994	61,0	1,7	33,9	32,9	15,8	4,2	4,7	8,5
	E 1989	62,6	1,6	39,4	30,1	14,1	5,6	5,5	5,2
	B 1990	69,9	1,1	36,5	38,6	8,6	10,7	3,0	2,6
25 – 35	E 1994	63,0	1,8	38,5	31,0	16,3	3,8	4,2	6,2
	E 1989	63,6	1,3	41,8	28,7	15,7	5,0	5,0	3,7
	B 1990	72,9	0,8	40,5	38,3	7,8	9,6	1,8	1,9
35 – 45	E 1994	71,2	2,5	40,6	34,7	12,6	3,9	3,5	4,8
	E 1989	73,2	1,5	42,8	34,5	9,2	6,0	4,6	2,9
	B 1990	81,6	0,9	38,1	42,9	4,3	11,5	1,4	1,7
45 – 60	E 1994	78,3	3,2	38,8	45,0	4,9	3,9	4,0	3,9
	E 1989	80,5	2,5	40,7	42,4	3,2	6,3	4,5	2,7
	B 1990	86,7	1,6	34,1	49,5	1,6	11,2	1,7	1,9
60 u. mehr	E 1994	76,3	4,3	38,2	49,4	1,8	3,8	3,7	3,1
	E 1989	78,5	3,4	39,1	47,1	1,5	5,4	3,8	2,9
	B 1990	82,7	2,3	32,8	54,1	0,6	8,5	1,5	2,5
Insgesamt	E 1994	71,8	3,0	38,6	40,7	8,4	3,9	3,8	4,6
	E 1989	73,2	2,3	40,7	38,6	7,1	5,7	4,5	3,3
	B 1990	80,0	1,5	35,9	46,4	3,7	10,2	1,8	2,1
Männer									
18 – 25	E 1994	61,1	1,7	33,5	33,4	13,2	4,1	6,4	9,3
	E 1989	61,9	1,5	36,9	31,5	12,8	5,5	7,3	5,8
	B 1990	69,9	1,0	34,5	39,9	8,0	10,8	4,0	2,8
25 – 35	E 1994	62,0	1,9	37,6	32,0	14,2	3,8	5,9	6,5
	E 1989	63,5	1,3	40,9	29,1	14,7	4,9	6,6	3,8
	B 1990	72,2	0,8	40,0	38,7	7,2	9,9	2,4	1,8
35 – 45	E 1994	70,0	2,6	40,9	33,7	11,7	3,6	4,9	5,2
	E 1989	71,8	1,6	42,0	33,4	9,3	5,7	6,3	3,1
	B 1990	81,0	0,9	38,8	41,8	4,1	11,5	2,1	1,8
45 – 60	E 1994	78,0	3,4	39,7	43,4	4,2	3,9	4,8	4,0
	E 1989	81,0	2,5	41,4	40,5	3,1	5,9	6,1	2,8
	B 1990	87,0	1,6	35,7	47,6	1,3	11,3	2,4	1,6
60 u. mehr	E 1994	80,3	4,7	38,4	46,8	1,6	3,7	5,9	3,6
	E 1989	82,7	3,3	39,4	43,4	1,6	5,4	6,2	3,8
	B 1990	86,4	1,8	33,9	50,8	0,6	9,3	2,6	2,9
Zusammen	E 1994	71,9	3,1	38,7	39,3	7,8	3,8	5,4	5,1
	E 1989	73,5	2,2	40,4	36,7	7,2	5,5	6,4	3,6
	B 1990	80,4	1,3	36,5	44,6	3,6	10,6	2,6	2,1
Frauen									
18 – 25	E 1994	60,8	1,6	34,3	32,4	18,5	4,3	2,9	7,7
	E 1989	63,4	1,6	42,2	28,6	15,5	5,7	3,5	4,5
	B 1990	69,9	1,2	38,7	37,3	9,2	10,7	1,9	2,4
25 – 35	E 1994	64,1	1,7	39,5	30,1	18,4	3,9	2,4	5,8
	E 1989	64,1	1,3	42,7	28,4	16,9	5,2	3,3	3,6
	B 1990	73,5	0,8	41,1	37,9	8,5	9,3	1,2	2,0
35 – 45	E 1994	72,5	2,4	40,3	35,6	13,6	4,1	2,1	4,3
	E 1989	74,6	1,4	43,6	35,6	9,1	6,3	2,7	2,7
	B 1990	82,1	1,0	37,4	44,0	4,5	11,6	0,8	1,7
45 – 60	E 1994	78,6	3,0	38,0	46,6	5,6	4,0	2,0	3,8
	E 1989	80,0	2,6	40,0	44,3	3,4	6,7	2,8	2,7
	B 1990	86,4	1,7	32,6	51,5	1,8	11,0	1,0	2,1
60 u. mehr	E 1994	73,6	4,1	38,1	51,3	1,9	3,8	2,1	2,8
	E 1989	75,6	3,6	38,8	49,7	1,5	5,4	2,2	2,3
	B 1990	80,3	2,6	32,0	56,4	0,5	8,1	0,8	2,2
Zusammen	E 1994	71,7	2,9	38,4	42,1	9,1	4,0	2,2	4,2
	E 1989	73,0	2,4	40,9	40,4	7,1	5,9	2,8	2,9
	B 1990	79,6	1,6	35,3	48,0	3,7	9,9	1,1	2,1

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Parteien und Altersgruppen
Veränderung in Prozentpunkten
(Repräsentative Wahlstatistik)

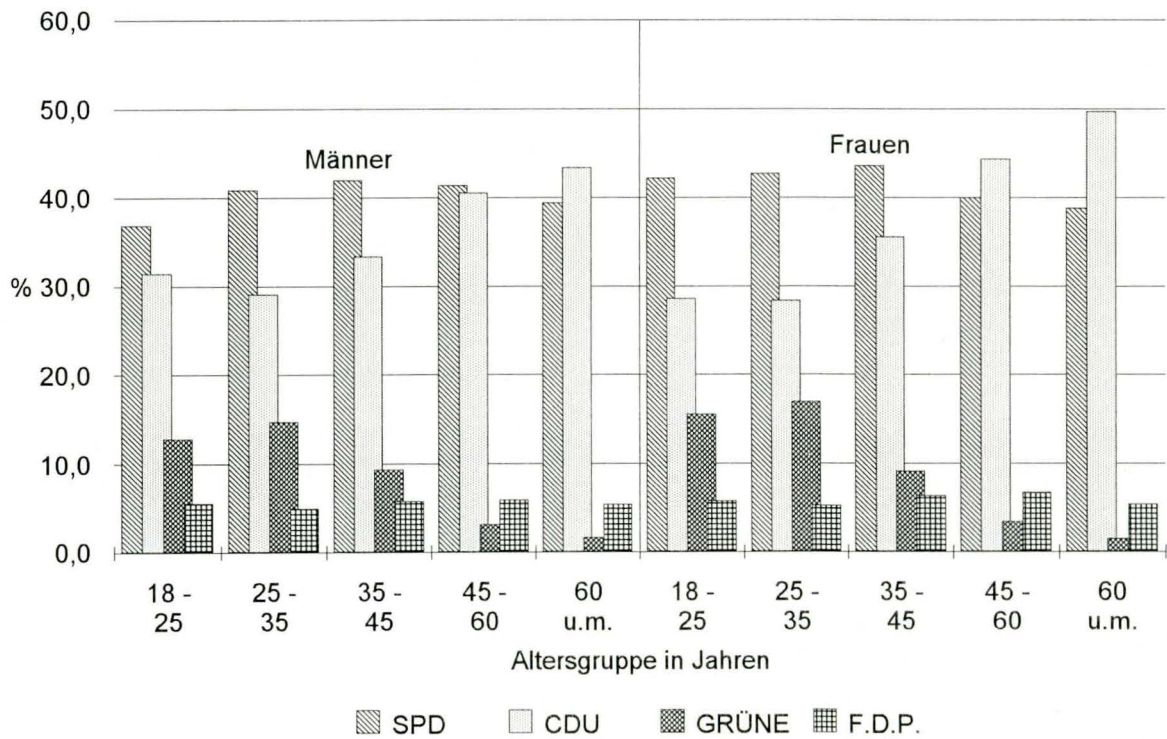
Altersgruppe	Wahl- beteiligung	Ungültig	SPD	CDU	GRÜNE	F.D.P	REP	Sonstige
Veränderung gegenüber der Europawahl 1989								
Insgesamt								
18 – 25	- 1,6	0,1	- 5,5	2,8	1,7	- 1,4	- 0,8	3,3
25 – 35	- 0,6	0,5	- 3,3	2,3	0,6	- 1,2	- 0,8	2,5
35 – 45	- 2,0	1,0	- 2,2	0,2	3,4	- 2,1	- 1,1	1,9
45 – 60	- 2,2	0,7	- 1,9	2,6	1,7	- 2,4	- 0,5	1,2
60 u. mehr	- 2,2	0,9	- 0,9	2,3	0,3	- 1,6	- 0,1	0,2
Insgesamt	- 1,4	0,7	- 2,1	2,1	1,3	- 1,8	- 0,7	1,3
Männer								
18 – 25	- 0,8	0,2	- 3,4	1,9	0,4	- 1,4	- 0,9	3,5
25 – 35	- 1,5	0,6	- 3,3	2,9	- 0,5	- 1,1	- 0,7	2,7
35 – 45	- 1,8	1,0	- 1,1	0,3	2,4	- 2,1	- 1,4	2,1
45 – 60	- 3,0	0,9	- 1,7	2,9	1,1	- 2,0	- 1,3	1,2
60 u. mehr	- 2,4	1,4	- 1,0	3,4	0,0	- 1,7	- 0,3	- 0,2
Zusammen	- 1,6	0,9	- 1,7	2,6	0,6	- 1,7	- 1,0	1,5
Frauen								
18 – 25	- 2,6	0,0	- 7,9	3,8	3,0	- 1,4	- 0,6	3,2
25 – 35	0,0	0,4	- 3,2	1,7	1,5	- 1,3	- 0,9	2,2
35 – 45	- 2,1	1,0	- 3,3	0,0	4,5	- 2,2	- 0,6	1,6
45 – 60	- 1,4	0,4	- 2,0	2,3	2,2	- 2,7	- 0,8	1,1
60 u. mehr	- 2,0	0,5	- 0,7	1,6	0,4	- 1,6	- 0,1	0,5
Zusammen	- 1,3	0,5	- 2,5	1,7	2,0	- 1,9	- 0,6	1,3
Veränderung gegenüber der Bundestagswahl 1990								
Insgesamt								
18 – 25	- 8,9	0,6	- 2,6	- 5,7	7,2	- 6,5	1,7	5,9
25 – 35	- 9,9	1,0	- 2,0	- 7,3	8,5	- 5,8	2,4	4,3
35 – 45	- 10,4	1,6	2,5	- 8,2	8,3	- 7,6	2,1	3,1
45 – 60	- 8,4	1,6	4,7	- 4,5	3,3	- 7,3	2,3	2,0
60 u. mehr	- 6,4	2,0	5,4	- 4,7	1,2	- 4,7	2,2	0,6
Insgesamt	- 8,2	1,5	2,7	- 5,7	4,7	- 6,3	2,0	2,5
Männer								
18 – 25	- 8,8	0,7	- 1,0	- 6,5	5,2	- 6,7	2,4	6,5
25 – 35	- 10,2	1,1	- 2,4	- 6,7	7,0	- 6,1	3,5	4,7
35 – 45	- 11,0	1,7	2,1	- 8,1	7,6	- 7,9	2,8	3,4
45 – 60	- 9,0	1,8	4,0	- 4,2	2,9	- 7,4	2,4	2,4
60 u. mehr	- 6,1	2,9	4,5	- 4,0	1,0	- 5,6	3,3	0,7
Zusammen	- 8,5	1,8	2,2	- 5,3	4,2	- 6,8	2,8	3,0
Frauen								
18 – 25	- 9,1	0,4	- 4,4	- 4,9	9,3	- 6,4	1,0	5,3
25 – 35	- 9,4	0,9	- 1,6	- 7,8	9,9	- 5,4	1,2	3,8
35 – 45	- 9,6	1,4	2,9	- 8,4	9,1	- 7,5	1,3	2,6
45 – 60	- 7,8	1,3	5,4	- 4,9	3,8	- 7,0	1,0	1,7
60 u. mehr	- 6,7	1,5	6,1	- 5,1	1,4	- 4,3	1,3	0,6
Zusammen	- 7,9	1,3	3,1	- 5,9	5,4	- 5,9	1,1	2,1

Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen

Europawahl 1994



Europawahl 1989



Das vergleichsweise schlechtere Abschneiden der beiden großen Parteien bei den jüngeren Wählern ist in erster Linie auf die Erfolge der GRÜNEN bei diesen Altersgruppen zurückzuführen. Diese Partei konnte bei den unter 45jährigen, besonders bei den Frauen, überdurchschnittliche Stimmenanteile erzielen. Während von allen Wählerinnen 9,1 % den GRÜNEN ihre Stimme gaben, waren es bei den 18- bis 25jährigen 18,5 % und bei den 25- bis 35jährigen 18,4 %. Auch die Frauen der Altersgruppe zwischen 35 und 45 Jahren wählten noch zu 13,6 % grün. Von den männlichen Wählern gaben insgesamt 7,8 % den GRÜNEN ihre Stimme. Dieser Wert lag unter dem Gesamtergebnis dieser Partei (8,4 %). Mit einem Stimmenanteil von 14,2 % schnitten die GRÜNEN am besten bei den Männern der Altersgruppe zwischen 25 und 35 Jahren ab. Auch bei den 18- bis 25jährigen (13,2 %) und den 35- bis 45jährigen (11,7 %) Wählern verbuchte die Partei überdurchschnittliche Ergebnisse.

Die an der 5-%-Klausel gescheiterte F.D.P. erhielt nach den Auszählungen der Stimmzettel 3,9 % der gültigen Stimmen. Von den Männern gaben 3,8 % und von den Frauen 4 % dieser Partei ihre Stimme. Bei beiden Geschlechtern waren keine gravierenden Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersklassen festzustellen.

Auf die REPUBLIKANER entfielen 3,8 % der gültigen Stimmen, und zwar 5,4 % von Männern und 2,2 % von Frauen. Überdurchschnittliche Anteilswerte verzeichneten die Männer unter 35 und über 60 Jahre. Auf die 18- bis 25jährigen Wähler entfielen 6,4 % der gültigen Stimmen und auf die entsprechenden Frauen 2,9 %.

Die restlichen gültigen Stimmen verteilten sich auf 19 Parteien und Gruppierungen, die in ihren Zielsetzungen und ihren Programmen große Unterschiede aufwiesen. Wegen der durchweg deutlich unter 1 % liegenden Stimmenanteile dieser Parteien ist nur eine zusammengefaßte Nachweisung möglich, wobei geschlechts- und altersmäßige Besonderheiten der einzelnen Parteien zwangsläufig nivelliert werden. In ihrer Gesamtheit entfielen nach den Auswertungen der repräsentativen Wahlstatistik 4,6 % der gültigen Stimmen auf die 19 Parteien. Bei den Männern belief sich der Stimmenanteil auf 5,1 %, bei den Frauen auf 4,2 %. Beiden Geschlechtern gemeinsam war die mit zunehmendem Alter einhergehende Abnahme des Interesses an diesen kleinen Parteien. In der Altersgruppe der 18- bis 25jährigen gaben noch 9,3 % der männlichen und 7,7 % der weiblichen Wähler ihre Stimme diesen Parteien. Diese Stimmenanteile gingen von Altersgruppe zu Altersgruppe kontinuierlich zurück. Bei den über 60jährigen Wählern erreichten diese Parteien noch einen Stimmenanteil von 3,6 %, bei den Wählerinnen dieser Altersklasse von 2,8 %.

Rückgang des Stimmenanteils der SPD gegenüber 1989 bei jüngeren Wählern am höchsten

Gegenüber der Europawahl 1989 verzeichnete die SPD 1994 einen Rückgang ihres Stimmenanteils um 2,1 Prozentpunkte. Bei den Frauen fiel dieser Rückgang mit 2,5 Prozentpunkten stärker aus als bei den Männern (1,7 Prozentpunkte). Der höchste Rückgang des Stimmenanteils ergab sich bei den jüngeren Bürgerinnen

und Bürgern, und zwar bei den Frauen im Alter von 18 bis 25 Jahren um 7,9 Prozentpunkte und bei den Männern dieses Alters um 3,4 Prozentpunkte. Die niedrigsten Verluste hatte die SPD bei den über 60jährigen. Hier lag ihr Anteil 1994 um 1 Prozentpunkt bei den männlichen und 0,7 Prozentpunkte bei den weiblichen Wählern niedriger als fünf Jahre zuvor.

Vergleicht man die aktuellen Europawahlergebnisse mit denen der Bundestagswahl von 1990, dann konnten die Sozialdemokraten ihren Gesamtstimmenanteil um 2,7 Prozentpunkte verbessern. Bei den Frauen lag die Zunahme mit 3,1 Prozentpunkten höher als bei den Männern (+ 2,2 Prozentpunkte). Der Anstieg der Stimmenanteile beschränkte sich allerdings auf die über 35jährigen. Hervorzuheben sind hier besonders die Altersgruppen der 45 bis 60 und über 60 Jahre alten Frauen mit einem Plus von 5,4 bzw. 6,1 Prozentpunkten.

Die CDU konnte 1994 ihren Gesamtstimmenanteil um 2,1 Prozentpunkte gegenüber 1989 verbessern. Die Wähler wiesen mit + 2,6 Prozentpunkten eine höhere Zunahme als die Wählerinnen mit + 1,7 Prozentpunkten auf. Die Christdemokraten konnten 1994 bei Männern und Frauen in allen Altersklassen ihr Ergebnis gegenüber der vorhergehenden Europawahl verbessern. Am stärksten (+ 3,8 Prozentpunkte) fiel der Stimmenzuwachs bei den Frauen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren aus. Bei den Männern war der Anstieg des Stimmenanteils mit + 3,4 Prozentpunkten in der Altersgruppe der über 60jährigen am höchsten. Gegenüber der Bundestagswahl 1990, die stark von der deutschen Vereinigung beeinflußt wurde, verringerte sich der Stimmenanteil der Christdemokraten bei der Europawahl am 12. Juni um 5,7 Prozentpunkte. Bei den Männern fiel der Rückgang mit 5,3 Prozentpunkten etwas niedriger aus als bei den Frauen (5,9 Prozentpunkte). Den größten Stimmenrückgang (über 8 Prozentpunkte) hatte die CDU bei Wählern und Wählerinnen im Alter von 35 bis 45 Jahren. Die nächst höheren Abnahmen des Stimmenanteils zwischen 1990 und 1994 verzeichnete die Partei in der Altersgruppe der 25- bis 35jährigen. Bei den Frauen dieser Altersklasse fiel der Rückgang mit 7,8 Prozentpunkten höher aus als bei den Männern (6,7 Prozentpunkte).

Die GRÜNEN erzielten bei der Europawahl 1994 einen um 1,3 Prozentpunkte höheren Gesamtstimmenanteil als fünf Jahre zuvor. Dabei fiel die Zunahme mit 2 Prozentpunkten bei den Frauen wesentlich höher aus als bei den Männern, bei denen sich der Stimmenanteil um 0,6 Prozentpunkte erhöhte. Sowohl bei den Wählern als auch bei den Wählerinnen konnten die GRÜNEN in fast allen Altersgruppen ihr Ergebnis verbessern. Die größte Steigerung erzielte die Partei bei den 35- bis 45jährigen. Hier stieg der Stimmenanteil im Vergleich zu 1989 bei Männern um 2,4 und bei Frauen sogar um 4,5 Prozentpunkte.

Gegenüber der Bundestagswahl konnte sich die Partei der GRÜNEN 1994 in ihrem gesamten Stimmenanteil um 4,7 Prozentpunkte verbessern. Großen Anteil an dieser Entwicklung hatten mit einem Plus von 5,4 Prozentpunkten die Frauen, während die Zunahme bei den Männern mit + 4,2 Prozentpunkten unterdurchschnittlich ausfiel. Die höchsten Zuwachsraten wurden in den

Altersgruppen der unter 35jährigen Frauen registriert. Hier lagen die Stimmenanteile der GRÜNEN 9 bis 10 Prozentpunkte höher als bei der letzten Bundestagswahl. Die Wähler hatten im gleichen Zeitraum mit einem Plus von 7 bis 8 Prozentpunkten bei den 25- bis 45jährigen die höchsten Zunahmen.

Stimmenverluste der F.D.P. in allen Altersgruppen

Im Vergleich zur Europawahl 1989 ist 1994 der Gesamtstimmenanteil der F.D.P. um 1,8 Prozentpunkte zurückgegangen, bei Wählern um 1,7 Prozentpunkte, bei Wählerinnen um 1,9 Prozentpunkte. Die Rückgänge der Stimmenanteile wurden in allen Altersgruppen bei der Geschlechter festgestellt, lagen aber nur bei den 35- bis 60jährigen über 2 Prozentpunkten. Auch im Vergleich mit der Bundestagswahl 1990 mußten die Freidemokraten bei Männern und Frauen in allen Altersklassen Verluste hinnehmen, die bei Wählerinnen allerdings durchweg etwas geringer ausfielen. Der Rückgang des Gesamtstimmenanteils der Männer belief sich auf 6,8 Prozentpunkte, der der Frauen auf 5,9. Die höchsten Verluste erlitten die Freidemokraten bei den Wählerinnen und Wählern im Alter zwischen 35 und 60 Jahren. Der Rückgang im Vergleich zur Bundestagswahl 1990 belief sich hier auf 7 bis 8 Prozentpunkte.

Beim Vergleich der beiden Europawahlen ergaben sich 1994 für männliche und weibliche Wähler der REPUBLIKANER in allen Altersgruppen Rückgänge der

Stimmenanteile gegenüber 1989. Sie fielen bei den Männern etwas höher aus als bei den Frauen. Stellt man dem jetzigen Wahlergebnis allerdings die Daten der Bundestagswahl von 1990 gegenüber, dann zeigten sowohl Männer als auch Frauen in allen Altersklassen steigende Stimmenanteile. Der Stimmenanteil männlicher Wähler stieg in diesem Zeitraum um 2,8 Prozentpunkte, wobei für die Altersgruppen der 25- bis 35jährigen und der über 60jährigen mit + 3,5 bzw. + 3,3 Prozentpunkten überdurchschnittliche Zuwachsraten zu verzeichnen waren. Bei den Frauen konnte die Partei insgesamt 1,1 Prozentpunkte gegenüber 1990 gutmachen. Etwas überdurchschnittlich war dabei die Entwicklung bei den 35- bis 45jährigen und bei den über 60jährigen.

Ein Vergleich der Europawahl 1994 mit der Europawahl 1989 und der Bundestagswahl 1990 ist für die übrigen Parteien nur sehr eingeschränkt aussagefähig, da dieses Parteienspektrum laufenden Änderungen unterworfen ist. Hier kann nur grundsätzlich festgestellt werden, daß 1994 bei beiden Geschlechtern und in fast allen Altersgruppen Zunahmen der Stimmenanteile gegenüber den zwei Vergleichswahlen zu registrieren waren.

Wähler der GRÜNEN weichen in ihrer Alterstruktur am stärksten von der Gesamtwählerschaft ab

Zur Untersuchung, ob eine Partei gleichermaßen das Interesse aller Wählerschichten oder nur bestimmter

Stimmabgabe bei der Europawahl 1994 nach Parteien und Altersgruppen
(Repräsentative Europawahlstatistik)

Alters- gruppe	Wähler	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	Von 100 Stimmen entfielen auf die jeweilige Altersgruppe					
				SPD	CDU	GRÜNE	F.D.P	REP	Sonstige
Insgesamt									
18 – 25	7,6	4,2	7,7	6,8	6,2	14,4	8,3	9,7	14,2
25 – 35	18,2	10,9	18,5	18,5	14,1	35,7	18,3	20,6	24,8
35 – 45	19,0	15,8	19,1	20,1	16,3	28,5	19,0	17,7	19,7
45 – 60	26,7	28,4	26,6	26,8	29,4	15,5	27,1	24,1	22,4
60 u. mehr	28,4	40,8	28,0	27,8	34,0	5,9	27,2	27,9	18,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer									
18 – 25	8,1	4,4	8,3	7,1	7,0	14,1	9,0	9,8	15,1
25 – 35	19,1	11,6	19,5	18,9	15,9	35,7	19,5	21,1	25,2
35 – 45	20,0	16,4	20,1	21,2	17,3	30,1	19,1	18,0	20,6
45 – 60	27,6	29,9	27,5	28,2	30,4	15,0	27,9	24,3	21,6
60 u. mehr	25,2	37,7	24,7	24,5	29,5	5,1	24,4	26,8	17,5
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Frauen									
18 – 25	7,1	4,0	7,2	6,4	5,5	14,6	7,7	9,4	13,2
25 – 35	17,4	10,1	17,6	18,1	12,6	35,7	17,3	19,3	24,3
35 – 45	18,1	15,1	18,2	19,1	15,4	27,2	19,0	17,1	18,7
45 – 60	25,9	26,8	25,8	25,5	28,6	15,9	26,3	23,7	23,3
60 u. mehr	31,5	44,0	31,1	30,8	37,9	6,6	29,8	30,5	20,4
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Verhältnis von Wählern und Wählerinnen bei den Europawahlen 1994 und 1989 sowie der Bundestagswahl 1990 nach Altersgruppen
(Repräsentative Wahlstatistik, Bundestagswahl Zweitstimmen)

Alters- gruppe	Wahl	Auf 100 Männer treffen ... Frauen									
		Wahl- berechtigte	Wähler	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	SPD	CDU	GRÜNE	F.D.P.	REP	Sonstige
18 – 25	E 1994	92	92	88	94	94	89	129	94	41	77
	E 1989	92	89	96	89	101	80	107	91	42	69
	B 1990	92	90	110	90	101	84	103	89	95	74
25 – 35	E 1994	94	96	86	97	101	90	124	98	39	85
	E 1989	92	95	92	95	99	93	110	100	47	89
	B 1990	92	95	93	95	98	93	112	89	50	109
35 – 45	E 1994	94	96	91	97	95	102	112	110	41	80
	E 1989	97	97	84	97	101	104	95	107	42	84
	B 1990	96	96	106	96	93	101	106	97	37	91
45 – 60	E 1994	99	99	88	100	95	107	131	104	42	95
	E 1989	99	98	102	98	94	107	106	111	45	93
	B 1990	100	99	104	99	91	107	132	96	44	125
60 u. mehr	E 1994	144	133	114	135	133	147	162	135	48	103
	E 1989	151	145	158	144	142	165	136	145	52	87
	B 1990	151	146	204	145	137	161	125	126	46	109
Insgesamt	E 1994	107	106	98	107	105	114	124	111	43	88
	E 1989	107	107	118	107	108	117	107	114	46	85
	B 1990	108	108	135	107	103	115	111	100	44	104

Altersgruppen weckt, kann man die altersmäßige Zusammensetzung der Wähler einer Partei, getrennt nach Männern und Frauen, der Altersgliederung der jeweiligen Gesamtwählerschaft gegenüberstellen. Dadurch lassen sich Ungleichgewichte feststellen, welche die Parteien in ihre Überlegungen hinsichtlich der Gestaltung ihrer Programme bzw. ihre Darstellung gegenüber dem Wähler einbeziehen können.

Die Auswertungen im Zusammenhang mit der Europawahl 1994 ergeben für die SPD-Wähler sowohl bei Frauen als auch bei Männern eine wenig gegenüber der Gesamtwählerschaft abweichende Altersstruktur. Geringfügig unterrepräsentiert sind im Wahlergebnis der Sozialdemokraten bei beiden Geschlechtern die ganz jungen und die älteren Bürger. Wenn man von den jüngeren Frauen absieht, dann war das auch bei der vorhergehenden Europawahl der Fall. Bei den männlichen SPD-Wählern erreichten 1994 die 18- bis 25jährigen einen Anteil von 7,1 %, genau 1 Prozentpunkt weniger als es ihrem Anteil an der männlichen Wählerschaft insgesamt entspricht. Bei den Frauen dieser Altersgruppe sowie bei über 60jährigen Männern und Frauen sind die Abweichungen mit 0,7 Prozentpunkten noch geringer.

Die Wählerschaft der Christdemokraten zeigt hinsichtlich ihrer altersmäßigen Zusammensetzung im Vergleich mit der Gesamtwählerschaft eine schwächere Übereinstimmung. Sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen CDU-Wählern waren die unter 45jährigen teilweise deutlich unterrepräsentiert. So gehörten beispielsweise 12,6 % der weiblichen Wähler dieser Partei zur Altersgruppe der 25- bis 35jährigen, während bei der Gesamtheit der weiblichen Wähler ein Anteil von 17,4 % ermittelt wurde. Bei den Männern dieses Alters betrugen die Anteilswerte 15,9 und 19,1 %. Diesen nied-

rigeren Anteilen bei den Jüngeren stehen entsprechend höhere Prozentsätze bei den Älteren, vor allem bei den über 60jährigen CDU-Wählern gegenüber. Besonders groß ist die Abweichung bei den Frauen. Hier waren 1994 fast 38 % der weiblichen CDU-Wähler 60 Jahre und älter im Vergleich zu 31,5 % in der weiblichen Gesamtwählerschaft. Bei den Männern dieser Altersklasse lag der Anteil der CDU-Wähler mit 29,5 % um 4,3 Prozentpunkte über ihrem Gesamtanteil. Im Vergleich mit der Europawahl 1989 hat sich bei den jungen Wählern das Ungleichgewicht zwischen Wählern der Partei und Gesamtwählern etwas verringert.

Die weitaus größten Abweichungen von der durchschnittlichen Altersgliederung zeigten die Wählerinnen und Wähler der GRÜNEN. Bei dieser Partei waren, umgekehrt wie bei der CDU, die unter 45jährigen über- und die über 45jährigen unterrepräsentiert. Besonders auffallend war dies bei Männern und Frauen im Alter von 25 bis 35 Jahren. Von den Wählerinnen und Wählern der GRÜNEN gehörten 35,7 % zu dieser Altersgruppe, in der Gesamtheit der Wählerinnen waren es 17,4 %, bei den Wählern 19,1 %. Dagegen war rund jeder 20. männliche Wähler dieser Partei 60 Jahre und älter, bei der Gesamtwählerschaft der Männer gehörte etwa ein Viertel zu dieser Altersgruppe. Ähnlich waren die Verhältnisse bei den Frauen. Hier war nicht ganz ein Drittel aller Wählerinnen über 60 Jahre alt, bei den für die GRÜNEN votierenden Frauen jede Fünfte. Der Vergleich mit 1989 zeigt, daß die Abstände zwischen den Altersgruppenanteilen der Gesamtwähler und der Wähler der GRÜNEN bei unter 35jährigen Männern und Frauen deutlich geringer geworden sind. Dagegen haben sich die Abweichungen bei den Wählerinnen und Wählern im Alter zwischen 35 und 45 Jahren erhöht. Aus den Untersuchungen ist allerdings nicht erkennbar, ob es sich um die Erschließung neuer Wählerschichten oder nur um

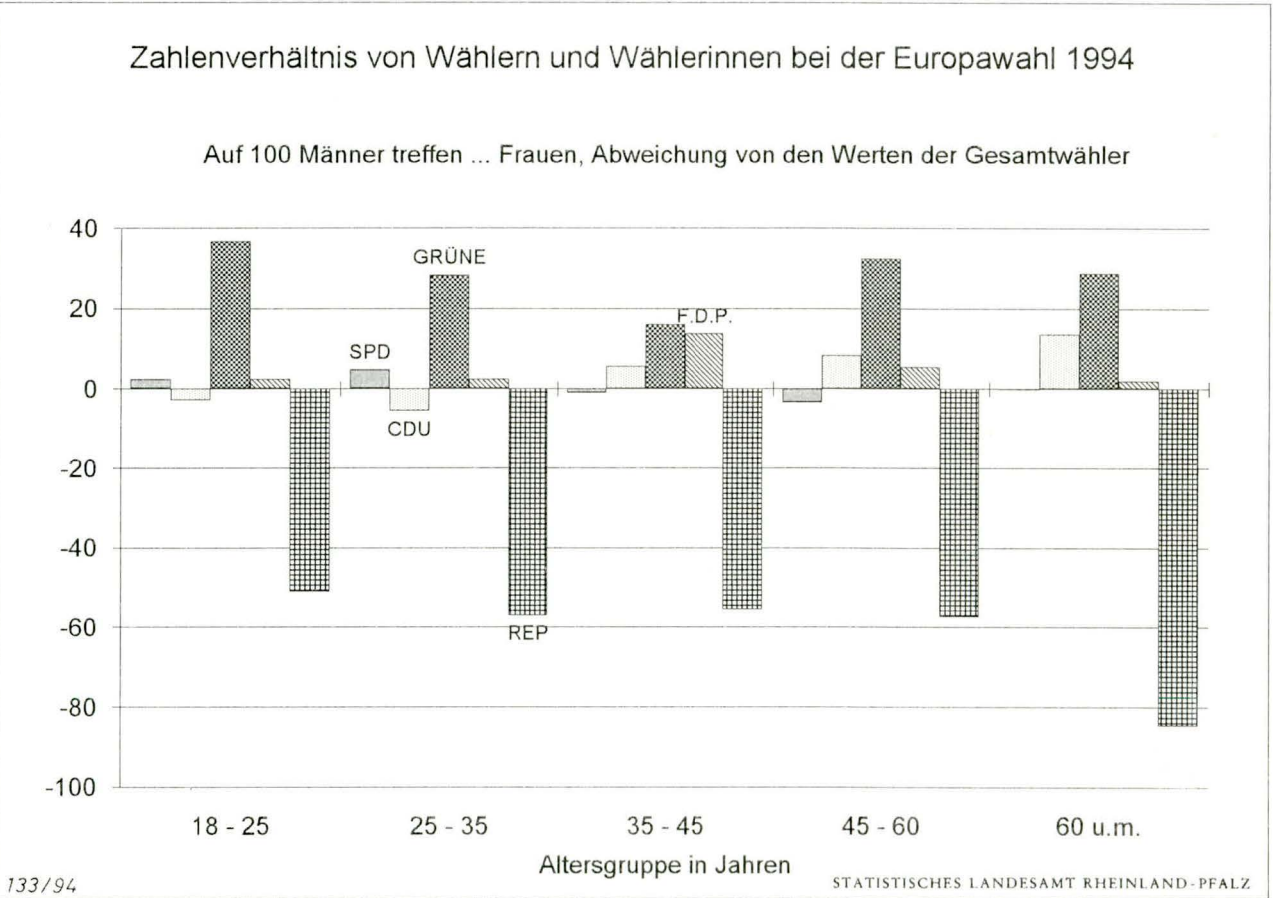
das Hineinwachsen der jüngeren Wähler in eine höhere Altersklasse handelt.

Die Wählerschaft der F.D.P. zeigt in der Altersstruktur weder bei Männern noch bei Frauen nennenswerte Abweichungen von den Gesamtwählern. Im Vergleich mit der Europawahl 1989 ist eine weitere Angleichung der Altersstruktur der F.D.P.-Wähler an die Gesamtheit der Wähler festzustellen. In der Wählerschaft der Republikaner waren jüngere Männer und Frauen im Alter von unter 35 Jahren etwas stärker vertreten, als es ihrem Anteil an der jeweiligen Gesamtwählerschaft entsprach. Auch bei den über 60jährigen Männern fand diese Partei eine über dem Durchschnitt liegende Resonanz. In allen anderen Altersklassen waren Männer und Frauen geringer vertreten als die altersmäßige Verteilung der Gesamtwähler erwarten ließ. Vergleiche mit 1989 zeigen keine eindeutige Entwicklungstendenz auf. Bei den zusammengefaßten übrigen 19 Parteien lag der Anteil der jungen Wähler um bis zu 7 Prozentpunkte über ihrem Gesamtanteil. Vergleiche mit früheren Wahlen sind aus den bereits genannten Gründen nicht sinnvoll.

Geschlechterrelation der SPD-Wählerschaft entsprach weitgehend dem Durchschnitt

Unterschiede hinsichtlich des Wahlverhaltens von Männern und Frauen können sehr anschaulich an Hand des Zahlenverhältnisses „auf 100 Männer treffen ... Frauen“ dargestellt werden. Hierbei werden die einzelnen Parteien nach Altersgruppen ihrer Wähler mit der jeweiligen Gesamtersgruppe verglichen.

Wie in der Bevölkerung sind die Frauen bei den unter 60jährigen etwas schwächer vertreten als die Männer. So kamen bei der Europawahl 1994 in der Altersgruppe der 18 bis 25 Jahre alten Wähler auf 100 Männer nur 92 Frauen. Bei den über 60jährigen Wählern standen wegen des Frauenüberschusses bei der älteren Bevölkerung 100 männlichen 133 weibliche Wähler gegenüber. Betrachtet man dieses Zahlenverhältnis hinsichtlich der Stimmabgabe für die einzelnen Parteien, dann zeigen die Wähler der GRÜNEN die größten Abweichungen vom Durchschnitt. War bei den 18- bis 25jährigen Gesamtwählern, wie bereits erwähnt, das Verhältnis von 100 Männern zu 92 Frauen gegeben, so belief sich das Zahlenverhältnis bei den Wählern der GRÜNEN in dieser Altersgruppe auf 100 zu 129. Auch in der Altersklasse der 25- bis 35jährigen standen 100 GRÜNEN-Wählern 124 Wählerinnen dieser Partei gegenüber, während bei den Gesamtwählern dieser Altersgruppe auf 100 Männer 96 Frauen kamen. Auffallend ist auch die deutliche Bevorzugung dieser Partei bei Frauen höheren Alters. Beispielsweise kamen bei den 45- bis 60jährigen, die den GRÜNEN ihre Stimme gaben, auf 100 Männer 131 Frauen, obwohl in der Gesamtwählerschaft eine etwa ausgeglichene Geschlechterrelation besteht. Selbst bei den über 60jährigen GRÜNEN-Wählern wich das Zahlenverhältnis mit 100 zu 162, bei einem Gesamtwählerverhältnis von 100 zu 133, stärker vom Durchschnitt ab als bei der CDU, die im allgemeinen von älteren Wählerinnen bevorzugt wurde. Bei den Christdemokraten dieser Altersgruppe standen 100 Wählern nur 147 Wählerinnen gegenüber, da auch die männliche Wählerschaft dieser Partei häufiger aus dieser



Altersgruppe kam als bei anderen Parteien. Bei den über 60jährigen Wählern der Sozialdemokraten entsprach die Geschlechterrelation dagegen genau dem Zahlenverhältnis in der Gesamtwählerschaft. Auch in den anderen Altersgruppen wies diese Partei sehr geringe Abweichungen vom Durchschnitt auf, woraus zu schließen ist, daß die SPD Männer und Frauen gleichermaßen ansprechen konnte. Bei den Freidemokraten entsprach die Geschlechterrelation ihrer Wählerschaft in den meisten Altersgruppen ebenfalls in etwa dem Zahlenverhältnis in der Gesamtheit der

Wähler. Ganz anders sah es bei den Wählern der REPUBLIKANER aus. Hier kamen in allen Altersgruppen auf 100 Männer weit weniger als die Hälfte der aus der Gesamtverteilung zu erwartenden weiblichen Wähler. Besonders deutlich wurde dies bei den über 60jährigen. Während in der Gesamtwählerschaft auf 100 Männer 133 Frauen kamen, wurde bei den Wählern der REPUBLIKANER eine Relation von 100 zu 48 registriert.

Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar

Vergleich des Verbraucherpreisniveaus in 50 deutschen Städten

Aufgrund der Verordnung zur Durchführung einer Bundesstatistik für örtliche Verbraucherpreise (Preisstatistikverordnung) vom 13. April 1993 (BGBl. I S. 445) wurden im September und Oktober 1993 in 50 deutschen Städten die Preise für 370 repräsentative Güter und Dienstleistungen erhoben.

Die letzte Erhebung dieser Art fand im Jahre 1978 statt und umfaßte 31 Städte. Nachdem diese Ergebnisse inzwischen veraltet sind und in bezug auf internationale Preisvergleiche nicht mehr den Erfordernissen der Europäischen Union genügen, war ein einheitlicher regionaler Preisvergleich längst überfällig.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen bei dieser Erhebung vor allem die Unterschiede im Preisniveau zwischen Städten des früheren Bundesgebietes und der neuen Bundesländer. Zu diesem Zweck wurden 33 Städte der alten Bundesländer, darunter in Rheinland-Pfalz Mainz und Pirmasens, und 17 Städte der neuen Bundesländer ausgewählt. Wegen der besonderen Situation Berlins wurden dort die Preise getrennt für den West- und Ostteil der Stadt erhoben und nachgewiesen. Die Auswahl der Städte erfolgte nach der regionalen Verteilung im Bundesgebiet und

nach Größenklassen. Um sicherzustellen, daß alle Güter und Dienstleistungen in ausreichender Anzahl zu finden sind, konnten kleinere Gemeinden nicht berücksichtigt werden.

Regionale Preisvergleiche erfordern exakte Produktbeschreibung

Gegenüber den von der amtlichen Statistik üblicherweise vorgenommenen zeitlichen Preisvergleichen erfordern regionale Preisvergleiche eine andere konzeptionelle Vorgehensweise. Bei zeitlichen Preisvergleichen, wie etwa dem Preisindex für die Lebenshaltung, wird die Preisentwicklung zwischen dem Basis- und dem Berichtsjahr für eine in einem Warenkorb genau festgelegte Menge von Gütern und Dienstleistungen beobachtet. Dazu werden die Preise dieser ausgewählten Preisrepräsentanten an aufeinanderfolgenden Zeitpunkten am selben Ort (Berichtsstelle) ermittelt.

Bei regionalen Preisvergleichen werden die Preise identischer Produkte an einem Stichtag in verschiedenen Orten erhoben. Diese idealtypischen Bedingungen identischer Produkte und Preisermittlung an einem Stichtag lassen sich aus organisatorischen Gründen in der Praxis nicht realisieren, man kann ihnen allerdings mit einer exakten Produktbeschreibung und einem verlängerten Erhebungszeitraum sehr nahe kommen. Aus diesem Grund umfaßte der Erhebungskatalog eine Artikelliste, die hinsichtlich Marken, Typen, Verpackungsgrößen und Mengen detaillierte Vorgaben enthielt. Da der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von September bis Oktober 1993 nur um 0,2 % (früheres Bundesgebiet) bzw. 0,1 % (neue Länder und Berlin-Ost) gestiegen ist und für Produkte mit häufigen Preisschwankungen eine Stichtagserhebung am 15. September erfolgte, ist der preissteigerungsbedingte Fehler durch die Ausweitung des Erhebungszeitraumes auf etwa vier Wochen als vernachlässigbar anzusehen.

Ein wichtiger Aspekt zur Herstellung der Vergleichbarkeit der erhobenen Preise ist darüber hinaus die Auswahl geeigneter Berichtsstellen. Dabei kam den Berichtsgemeinden eine besondere Bedeutung zu, denn dies setzt die entsprechenden Kenntnisse der ört-

Auszug aus dem Katalog der ausgewählten Güter- und Dienstleistungen

Vollmilchschokolade

bestimmte Marke, 100-g-Tafel

Damen-Bluse

bestimmte Marke, 100 % Baumwolle, blau bzw. rot gestreift oder kariert

Herren-Schnürschuh

bestimmte Marke, Rindleder, ungefütert

Elektrische Waschmaschine

bestimmte Marke, Schleuderrzahl: 1100 U/min., Standgerät

Papiertaschentücher

bestimmte Marke, 15x 10-Stück-Packung

Fahrschulunterricht

45 Minuten, einschl. MwSt., im Stadtbezirk (Normalstunde), mit Pkw von 1500 - 1600 ccm

Tennisschläger

bestimmte Marke, ohne Bespannung, mit Hülle

lichen Gegebenheiten voraus. Die Einzelhandelsgeschäfte wurden in fünf Kategorien (Warenhäuser, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte, Supermärkte, Discounter, Fachgeschäfte) eingeteilt, um Verfälschungen der Ergebnisse aufgrund regionaler Unterschiede in der Einzelhandelsstruktur zu vermeiden. In einer Begehungsliste wurde genau festgelegt, wieviele Preise in welchen Einzelhandelsgeschäften erhoben werden mußten. Auf diese Art wurden im gesamten Bundesgebiet etwa 70 000 Einzelpreise, davon jeweils etwa 1 300 in Mainz und Pirmasens, ermittelt.

Einheitliches Wägungsschema in allen Städten

Zur Herleitung eines einheitlichen Wägungsschemas mußte auf die Verbrauchsstrukturen im früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Bundesländern zurückgegriffen werden. Hierzu dienten die jeweils aktuellen Wägungsschemata, die zur Ermittlung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet (Basis 1985 = 100) und des Preisindex für die Lebenshaltung aller Arbeitnehmerhaushalte in den neuen Bundesländern (Basis 2. Halbjahr 1990 / 1. Halbjahr 1991 = 100) benutzt werden. Ein solches Vorgehen war notwendig, da einerseits keine zuverlässigen Informationen über die örtlichen Verbrauchsgewohnheiten vorlagen und andererseits nur bei einem einheitlichen Wägungsschema für alle Städte der reine Preiseffekt festgestellt werden kann. Der größte Unterschied zu den Wägungsschemata der Verbraucherpreisindizes ergab sich dadurch, daß auf die Erhebung der Wohnungsmieten, wegen der fehlenden Vergleichbarkeit entsprechender Wohnlagen und des Fehlens einer geeigneten Auswahlgrundlage, verzichtet werden mußte. Eine Untersuchung der Preisunterschiede auf dem Wohnungsmarkt fand allerdings zeitgleich im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) statt.

Bonn als Bezugsgemeinde

Um einen nationalen und internationalen Vergleich des Verbraucherpreisniveaus der an der Erhebung beteiligten Städte vornehmen zu können, wählte man als Bezugsgemeinde die ehemalige Bundeshauptstadt Bonn (= 100). Dies geschah in Analogie zu der letzten Erhebung im Jahre 1978 und aufgrund der Tatsache, daß für die früher geteilte Hauptstadt Berlin noch kein einheitliches Preisniveau zu erwarten war. Für die Analyse und Interpretation der Ergebnisse der Erhebung bedeutet das für Bonn, daß der Index der Gesamtlebenshaltung sowie alle Teilindizes und alle Einzelpreise einen Wert von 100 annehmen. Werte über 100 dokumentieren somit ein höheres, Werte unter 100 ein niedrigeres Preisniveau als das von Bonn. Die Indexwerte für die einzelnen Städte sind also nicht als Abweichung von einem Durchschnittswert zu interpretieren.

Ablauf der Erhebung

Nachdem die Schulung der etwa 150 Erhebungsbeauftragten im Sinne eines bundesweit einheitlichen Vorgehens abgeschlossen war und die ausgewählten Ein-

zelhandelsgeschäfte über die bevorstehende Preiserhebung informiert wurden, begann die eigentliche Feldarbeit des zwischenörtlichen Preisvergleichs. Zum Stichtag 15. September 1993 wurden zunächst die Preise der Güter und Dienstleistungen erfaßt, die häufigen Preisschwankungen unterliegen (Obst, Gemüse, Kraftstoffe, Handwerker-Stundensätze). Der Schwerpunkt der Preisermittlung fand in Rheinland-Pfalz in der Woche vom 27. September bis 1. Oktober 1993 statt. Dabei wurden in Mainz fünf und in Pirmasens vier Erhebungsbeauftragte eingesetzt. Die Gruppen bestanden aus je einem Preisermittler der beteiligten Stadt und Mitarbeitern des Statistischen Landesamtes. Aufgrund der Vorinformation und der intensiven Erläuterungen vor Ort bestand eine auffallend hohe Akzeptanz und Auskunftsbereitschaft in den Einzelhandelsgeschäften. Vielfach wurden sogar Wünsche nach Übersendung der Ergebnisse des Städtepreisvergleichs geäußert.

In den statistischen Ämtern der Länder wurden die Erhebungsergebnisse der Berichtsgemeinden zusammengestellt und Vollzähligkeits- sowie erste Plausibilitätskontrollen vorgenommen. Die vollständige Aufbereitung aller Städteergebnisse, eingehende Plausibilitätsprüfungen und die Zusammenführung der Ergebnisse mit einigen zentral erhobenen Preisen (Pauschalreisen, Versicherungsleistungen) erfolgten im Statistischen Bundesamt.

Mainz und Pirmasens im Preisvergleich

Für die Gesamtlebenshaltung (ohne Wohnungsmieten) ergibt sich für Mainz ein Index von 102,4. Damit hat Mainz nach München (103,7), Berlin-West (102,9) und Frankfurt (102,9) den vierthöchsten Indexwert aller an der Erhebung beteiligten Städte. Bei den Städten mit 100 000 bis 400 000 Einwohnern im früheren Bundesgebiet nimmt Mainz die Spitzenposition vor Freiburg (100,6) ein und liegt deutlich über dem Durchschnittswert von 99,8.

Von den elf Städten mit weniger als 100 000 Einwohnern (früheres Bundesgebiet) rangiert Pirmasens an achter Stelle. Der Indexwert von 97,6 ist dabei allerdings nur knapp unter dem Durchschnittswert von 97,9.

Faßt man die Preisrepräsentanten nach dem Verwendungszweck zusammen, so zeigt sich beim Vergleich der Teilindizes von Mainz und Pirmasens, daß das um 4,8 Prozentpunkte höhere Preisniveau für die Gesamtlebenshaltung in Mainz nicht durchgängig für alle Gütergruppen besteht, sondern im Einzelfall stark variiert oder sich sogar umkehrt. Die Analyse der Ergebnisse ergibt, daß man in Pirmasens für Bekleidung und Schuhe 4,1 % mehr ausgeben muß als in Mainz. Die übrigen Teilindizes von Mainz liegen über denen von Pirmasens, wobei vor allem die große Differenz von 13,6 Prozentpunkten im Bereich Energie (ohne Kraftstoffe) und Wasser auffällt. Dieser Abstand ist, trotz niedrigerer Strom- und Gaspreise in Mainz, auf den höchsten Wasserpreis aller an der Erhebung beteiligten Städte zurückzuführen. Vergleichsberechnungen haben ergeben, daß bei einem Wasserpreis auf Bonner Niveau der Indexstand für die Gesamtlebenshaltung in

Verbraucherpreisniveau in 50 Städten nach Gütergruppen

Stadt	Gesamt- lebens- haltung (ohne Wohn- ungs- miete)	Davon								Waren			Dienst- lei- stungen
		Nahr- ungs- und Genuß- mittel	Be- klei- dung, Schuhe	Energie (ohne Kraft- stoffe), Wasser	Haus- halts- führung	Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr, Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung und Freizeit	sonstige Güter	zu- sammen	Ge- brauchs- güter	Ver- brauchs- güter	
Bonn = 100													
Wägungsanteil (⁰ /100)	1000	261,74	78,76	74,80	86,93	46,16	236,60	125,62	89,39	730,95	352,94	378,01	269,05
Früheres Bundesgebiet Städte mit 1 Million und mehr Einwohnern													
Berlin-West	102,9	99,5	104,3	116,5	98,0	109,6	101,7	103,0	104,4	101,9	100,0	103,6	105,7
München	103,7	102,9	99,1	114,5	99,8	106,5	101,2	106,9	105,2	101,7	98,4	104,7	109,1
Hamburg	101,8	103,4	100,2	110,2	102,6	104,9	97,3	102,8	99,3	101,4	99,0	103,6	102,9
Durchschnitt	102,8	101,3	102,0	114,5	99,6	107,6	100,5	103,9	103,3	101,7	99,4	103,9	105,8
Städte mit 400000 bis unter 1 Million Einwohnern													
Bremen	98,8	97,6	101,4	104,9	96,7	103,7	97,4	99,4	97,9	98,0	97,3	98,7	101,1
Düsseldorf	100,5	99,7	99,1	106,4	98,0	101,9	99,6	101,5	102,0	99,7	98,7	100,7	102,8
Essen	99,2	98,4	98,8	110,6	97,4	97,7	99,0	98,0	97,2	99,7	98,0	101,2	98,0
Frankfurt a. M.	102,9	104,8	101,0	109,0	100,1	105,5	99,1	103,0	104,9	102,1	98,2	105,7	105,0
Hannover	100,5	99,3	99,7	108,2	97,4	104,2	100,2	101,7	98,1	99,1	97,7	100,5	104,1
Nürnberg	100,7	98,3	97,6	114,4	97,7	102,2	101,6	100,8	99,1	99,9	98,6	101,1	103,1
Stuttgart	102,2	102,9	100,3	116,8	100,5	103,8	98,4	105,4	95,5	101,9	98,7	105,0	102,7
Durchschnitt	100,7	100,2	99,7	110,0	98,3	102,7	99,3	101,4	99,3	100,1	98,2	101,8	102,4
Städte mit 100000 bis unter 400000 Einwohnern													
Aachen	98,0	97,9	99,7	98,9	98,5	97,1	95,8	100,6	98,2	98,3	98,1	98,4	97,3
Bonn	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Braunschweig	98,9	99,3	101,4	102,1	97,3	102,9	97,1	100,3	95,2	98,2	97,5	98,9	100,7
Freiburg, Brsg.	100,6	98,8	102,0	114,8	98,3	99,9	99,4	101,7	96,8	100,6	98,8	102,2	100,6
Karlsruhe	101,1	103,0	100,3	103,6	101,1	102,4	99,2	100,9	99,1	100,1	98,6	101,5	103,8
Kassel	99,0	98,2	101,8	108,0	99,1	97,1	98,0	98,7	95,6	99,6	98,1	101,0	97,6
Kiel	100,4	103,8	98,6	106,9	98,3	102,9	98,2	97,5	96,4	100,7	98,1	103,2	99,4
Mainz	102,4	103,8	99,4	117,9	100,1	105,6	100,4	100,6	96,2	102,9	99,6	106,0	101,0
Regensburg	99,2	99,3	98,3	110,9	99,2	98,9	96,6	101,7	94,1	100,6	98,8	102,2	95,7
Saarbrücken	99,7	98,8	98,2	110,9	95,1	104,3	100,2	99,2	95,6	99,6	98,7	100,5	99,9
Siegen	98,4	97,8	97,1	106,6	99,9	101,8	97,5	99,2	92,8	98,9	97,9	99,8	97,1
Würzburg	99,4	97,1	99,8	118,7	96,1	95,1	98,1	100,8	96,4	100,2	98,0	102,3	97,2
Durchschnitt	99,8	99,8	99,7	108,3	98,6	100,7	98,4	100,1	96,4	100,0	98,5	101,3	99,2
Städte unter 100000 Einwohnern													
Cuxhaven	97,8	100,5	102,8	98,6	96,6	96,0	97,4	97,5	88,4	99,2	98,9	99,5	94,0
Friedrichshafen	99,0	96,7	101,6	111,8	99,1	101,5	96,6	103,4	90,8	100,1	98,6	101,5	95,8
Fulda	98,3	94,1	102,4	106,7	99,8	101,9	97,1	100,7	96,6	99,1	100,0	98,3	96,2
Gießen	98,7	100,1	101,5	104,6	96,7	98,1	97,7	101,0	89,1	100,3	99,1	101,4	94,4
Heidenheim	99,3	99,9	99,9	107,2	101,3	99,8	96,9	101,4	91,3	100,4	98,7	101,9	96,3
Herford	97,6	96,4	100,8	99,3	98,5	97,2	100,4	97,4	89,0	98,1	98,4	97,8	96,2
Nordhorn	94,9	94,6	98,8	93,3	95,4	92,2	95,1	99,4	87,2	97,0	97,1	96,8	89,2
Passau	99,0	99,2	101,7	106,6	99,2	97,8	98,8	101,1	88,2	100,4	99,3	101,4	95,4
Pirmasens	97,6	99,0	103,5	104,3	97,2	95,0	96,0	98,8	87,2	100,0	99,7	100,3	91,2
Unna	97,9	97,9	100,3	115,6	96,5	97,8	94,4	97,1	92,6	99,0	97,2	100,8	94,7
Weiden	97,3	94,8	100,8	105,9	100,3	97,9	95,7	99,7	92,1	99,0	99,1	98,9	92,8
Durchschnitt	97,9	97,6	101,3	104,9	98,2	97,8	96,9	99,8	90,2	99,3	98,7	99,9	94,2

noch: Verbraucherpreisniveau in 50 Städten nach Gütergruppen

Stadt	Gesamt- lebens- haltung (ohne Woh- nungs- miete)	Davon								Waren			Dienst- lei- stungen
		Nah- rungs- und Genuß- mittel	Be- klei- dung, Schuhe	Energie (ohne Kraft- stoffe), Wasser	Haus- halts- führung	Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr, Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung und Freizeit	sonstige Güter	zu- sammen	Ge- brauchs- güter	Ver- brauchs- güter	
Bonn = 100													
Neue Länder und Berlin-Ost Städte mit 1 Million und mehr Einwohnern													
Berlin-Ost	96,5	94,9	97,1	97,0	95,3	97,6	96,4	96,3	101,1	98,1	98,8	97,4	92,1
Städte mit 400000 bis unter 1 Million Einwohnern													
Dresden	95,2	90,8	101,5	111,0	94,0	86,3	94,7	95,6	95,6	98,3	99,0	97,7	86,8
Leipzig	95,4	92,2	95,6	110,5	97,3	81,3	94,9	95,3	99,2	98,1	98,5	97,8	88,2
Durchschnitt	95,3	91,5	98,5	110,7	95,6	83,8	94,8	95,5	97,4	98,2	98,7	97,7	87,5
Städte mit 100000 bis unter 400000 Einwohnern													
Chemnitz	94,4	91,8	96,5	108,9	95,3	88,4	93,1	94,2	94,1	97,1	98,1	96,3	87,0
Erfurt	92,4	88,6	100,4	96,6	93,2	84,6	93,7	93,3	91,0	95,4	97,4	93,5	84,1
Gera	92,8	86,8	100,9	108,1	93,3	89,3	94,1	92,8	88,2	96,8	99,1	94,7	81,9
Halle	94,1	92,2	101,1	105,3	92,9	81,7	94,5	94,2	90,4	98,0	98,7	97,2	83,6
Magdeburg	93,8	91,3	99,4	94,3	94,0	92,4	97,4	92,7	88,2	96,4	98,5	94,4	86,8
Rostock	93,7	93,8	103,6	92,0	93,1	84,9	93,8	95,5	88,4	97,0	99,2	95,0	84,6
Schwerin	94,6	94,1	100,9	98,4	94,2	89,4	94,5	95,0	90,0	97,3	98,7	96,0	87,2
Durchschnitt	93,7	91,2	100,4	100,5	93,7	87,2	94,4	94,0	90,1	96,9	98,5	95,3	85,0
Städte unter 100000 Einwohnern													
Bautzen	91,4	87,2	98,0	109,4	92,4	80,4	90,9	94,3	85,0	96,3	97,0	95,6	78,1
Eisenhüttenstadt	92,2	92,9	99,6	93,3	93,5	81,6	92,2	91,7	87,4	96,5	98,0	95,1	80,5
Freiberg	93,0	90,2	97,5	112,4	93,3	85,6	92,5	93,5	85,2	97,1	98,1	96,2	81,8
Greifswald	91,5	90,1	98,9	93,7	92,3	85,5	92,5	94,7	82,0	96,1	97,8	94,5	78,9
Schwedt/Oder	92,3	90,4	99,7	99,5	93,2	82,8	93,4	95,3	82,4	96,5	97,9	95,1	81,1
Stendal	92,7	89,2	100,5	102,4	92,6	83,2	95,8	94,0	82,4	97,1	98,5	95,8	80,6
Suhl	92,0	88,2	102,7	107,2	94,4	82,2	92,4	93,8	80,8	97,1	98,7	95,5	78,4
Wittenberg	93,0	90,2	99,1	104,6	93,6	80,4	96,7	92,1	83,3	97,1	98,2	96,2	81,8
Durchschnitt	92,3	89,8	99,5	102,8	93,2	82,7	93,3	93,7	83,6	96,7	98,0	95,5	80,2

der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt nur 101,4 betragen würde.

Weitere Ergebnisse

Insgesamt zeigen die Ergebnisse ein Preisgefälle von den großen zu den kleinen Städten. Diese Tatsache kann sowohl für das frühere Bundesgebiet als auch für die neuen Bundesländer anhand der Durchschnittswerte der einzelnen Gemeindegrößenklassen beobachtet werden. Darüber hinaus erkennt man besonders in Südwestdeutschland (Rhein-Main-Gebiet, Baden-Württemberg) ein deutlich höheres Preisniveau als im nordwestdeutschen Raum. Am auffälligsten sind allerdings die Unterschiede zwischen den beteiligten Städten der alten und neuen Bundesländer. In den neuen Ländern sind die Ausgaben für den täglichen Bedarf

etwa sechs Prozentpunkte niedriger als im früheren Bundesgebiet. Bei Berücksichtigung der Ergebnisse des Gutachtens des DIW über die Wohnungsmieten wird dieser Abstand noch größer, denn dabei wurden in Ostdeutschland Mietpreise festgestellt, die um durchschnittlich 35 % unter dem Niveau der alten Bundesländer lagen.

Neben der Aufgliederung der Gesamtlebenshaltung nach dem Verwendungszweck zeigt auch die Einteilung in Gebrauchsgüter, Verbrauchsgüter und Dienstleistungen interessante Aspekte. Das Preisniveau der Gebrauchsgüter (Möbel, Kraftfahrzeuge, Bekleidung) ist im gesamten Bundesgebiet ziemlich einheitlich. Die Differenz zwischen dem höchsten Indexwert von 100,0 (Bonn) und dem niedrigsten Indexwert von 97,0 (Bautzen) beträgt hier nur drei Prozentpunkte. Die Schwankungsbreite bei den Verbrauchsgütern (Nahrungsmittel-

tel, Wasch- und Putzmittel, Energie, Wasser) ist mit 12,5 Prozentpunkten zwischen den Partnerstädten Mainz (106,0) und Erfurt (93,5) dagegen wesentlich größer. Hier ist auch ein Preisgefälle zwischen den Städten der neuen und alten Bundesländer festzustellen. Die deutlichsten Unterschiede findet man jedoch bei den Dienstleistungen (Handwerker-Stundensätze, Verzeehr in Gaststätten). Das West-Ost-Gefälle ist sehr stark ausgeprägt und zeigt im Vergleich von München (109,1)

und Bautzen (78,1) einen beachtlichen Abstand von 31 Prozentpunkten.

Inwieweit die Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland in den nächsten Jahren voranschreitet, wird für den Bereich der Verbraucherpreise bei künftigen Erhebungen dieser Art genau zu analysieren sein.

Diplom-Volkswirt Thomas Kirsche

Aktuelle Daten über die Großregion Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz

Die statistischen Ämter der europäischen Großregion Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz haben die Ausgabe 1994 ihres gemeinsamen Statistischen Jahrbuches veröffentlicht. Die Erstausgabe aus dem Jahre 1992 mit dem Titel „Eine europäische Großregion zeigt Profil“ wurde aktualisiert und in wesentlichen Teilen erweitert und verbessert. In zweisprachiger Aufmachung umfaßt das Jahrbuch mit mehr als 500 Daten für jede Teilregion fast die volle Bandbreite der amtlichen Statistik: Bevölkerungsstand und -entwicklung, Landwirtschaft, Bergbau, Industrie und Baugewerbe, Handel, Verkehr und Dienstleistungen, Bildungs- und Gesundheitswesen, Infrastruktur und Sozialprodukt, Energie und Umwelt bis hin zu Haushalts- und Einkommensverhältnissen.

Textliche Kommentierungen zu den Tabellen, begriffliche Definitionen, Literaturhinweise und Quellenangaben

ben machen den interessierten Leser vertraut mit den unterschiedlichen Methoden und Systematiken in der deutschen, der französischen und der luxemburgischen Statistik. Schaubilder, Diagramme und geographische Karten unterstreichen den informativen Charakter dieses über 120 Seiten starken Werkes.

Vergleichszahlen der Europäischen Union betonen die Bedeutung der Grenzregion im Herzen Europas. Vor dem Hintergrund des Europäischen Binnenmarktes nehmen die grenzüberschreitenden Kontakte auf politischer, wirtschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Ebene ständig zu. Dem daraus erwachsenden Bedarf an umfassenden und aktuellen Informationen über die Großregion Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz will das Statistische Jahrbuch Rechnung tragen.

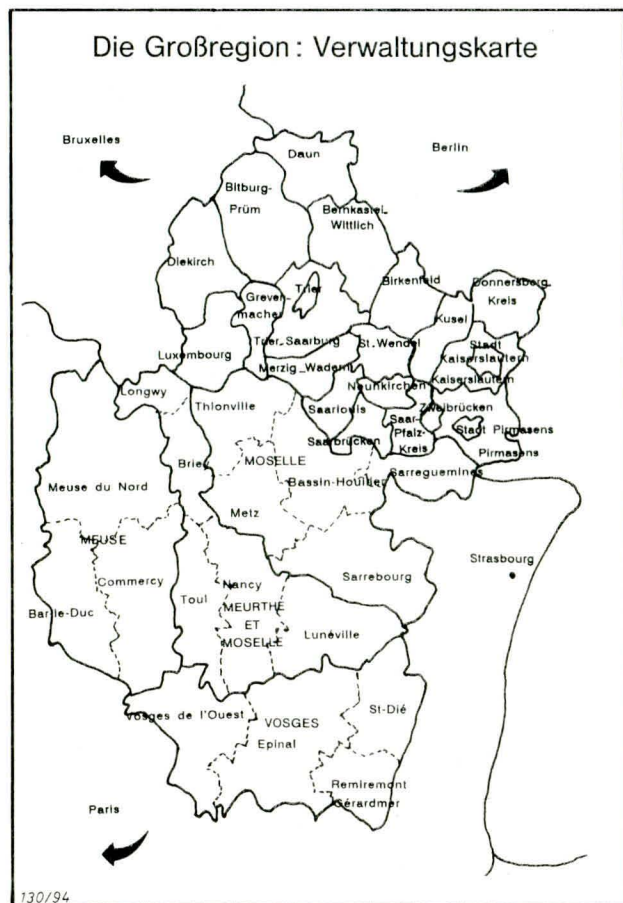
Der folgende Beitrag basiert auf diesem Statistischen Jahrbuch. Er gibt einen Überblick über das gemeinsame Datenangebot, zeigt aber auch noch bestehenden Handlungsbedarf in der Bereitstellung und Harmonisierung einzelner Statistikfelder.

Verwaltungsmäßig setzt sich die Großregion Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz zusammen aus

- (1) dem Großherzogtum Luxemburg,
- (2) der Region Lothringen, ihrerseits bestehend aus den vier Departements Meurthe-et-Moselle, Meuse, Moselle und Vosges,
- (3) dem Bundesland Saarland und
- (4) der Region Trier / Westpfalz, mit dem vollständigen Regierungsbezirk Trier, dem Landkreis Birkenfeld aus dem Regierungsbezirk Koblenz sowie vier Landkreisen (Kusel, Donnersbergkreis, Kaiserslautern, Pirmasens) und drei Städten (Kaiserslautern, Pirmasens, Zweibrücken) des Regierungsbezirks Rheinhessen - Pfalz.

Diese regionale Differenzierung erschwert zusätzlich zu den bestehenden Unterschieden in den statistischen Systemen der drei Länder die Erstellung von vergleichbaren Daten.

Das Gebiet der Großregion Saar-Lor-Lux-Trier / Westpfalz umfaßt 37 500 Quadratkilometer, 2 600 im Saarland, 23 500 in Lothringen, 2 600 in Luxemburg und 8 800 Quadratkilometer in Trier / Westpfalz. Die „Außengrenzen“ der Großregion sind etwa 1 200 Kilometer lang, die „Binnengrenzen“ zwischen den einzelnen Teilgebieten 500 Kilometer.



Bevölkerung

Nachdem die Bevölkerung der Großregion in den zwei Jahrzehnten zwischen 1970 und 1990 leicht zurückgegangen ist, steigt sie seither wieder an und belief sich Anfang 1993 auf 4,9 Millionen Einwohner. Seit Anfang der sechziger Jahre ist die Wanderungsbewegung in Lothringen negativ. Auch im Saarland und in der Region Trier / Westpfalz erwies sich diese Bilanz ab Mitte dieses Jahrzehnts als negativ. Seit 1988 jedoch verzeichnen das Saarland und Trier / Westpfalz einen sehr hohen Wanderungsüberschuß, der auf die massive Einreise von Über- und Aussiedlern aus dem osteuropäischen Raum zurückzuführen ist.

Die statistischen Ämter der Großregion haben Bevölkerungsprognosen erstellt, wobei Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit zugrundegelegt wurden. Das bedeutet z.B. für Lothringen, daß der zwischen den beiden letzten Volkszählungen ermittelte Wanderungssaldo beibehalten wird. Das Saarland übernimmt Annahmen aus der bundesdurchschnittlichen Entwicklung mit einem bis zum Jahr 2003 zunächst negativen Saldo (-900), der anschließend positiv wird (+1 800). Luxemburg unterstellt einen jährlichen Wanderungsüberschuß von 1 500 Personen. Für den rheinland-pfälzischen Gebietsteil sind die Ergebnisse einer eigenen regionalen Bevölkerungsprognose zugrundegelegt. Bei diesen Hypothesen würde die Großregion im Jahre 2015 noch 4,614 Millionen Einwohner beheimaten. Das wäre ein Bevölkerungsverlust von rund 271 000 Personen, der vor allem das Saarland und Lothringen betreffen würde. Luxemburg würde dagegen um 22 000 Einwohner anwachsen und Trier / Westpfalz etwa gleich groß bleiben.

Die Altersstruktur diesseits und jenseits der Grenzen zeigt einen relativ hohen Anteil Jugendlicher in allen Beschäftigungszonen Lothringens und besonders im Kohlebecken : 20 % der Lothringer sind unter 15 Jahre alt, bei den Saarländern sind es 15 %. Dementsprechend liegt die Quote der älteren Mitbürger ab 65 Jahren zwischen 13 % in Lothringen und 16 % im Saarland

Bevölkerungsprognose 1990 bis 2020

Jahr	Saar	Lor	Lux	Trier / W.	Region
	Gesamtlastquote ¹⁾				
1990	702	868	728	776	797
2000	828	885	745	853	852
2005	849	855	749	855	844
2010	812	888	727	812	838
2020	887	1 008	780	817	910

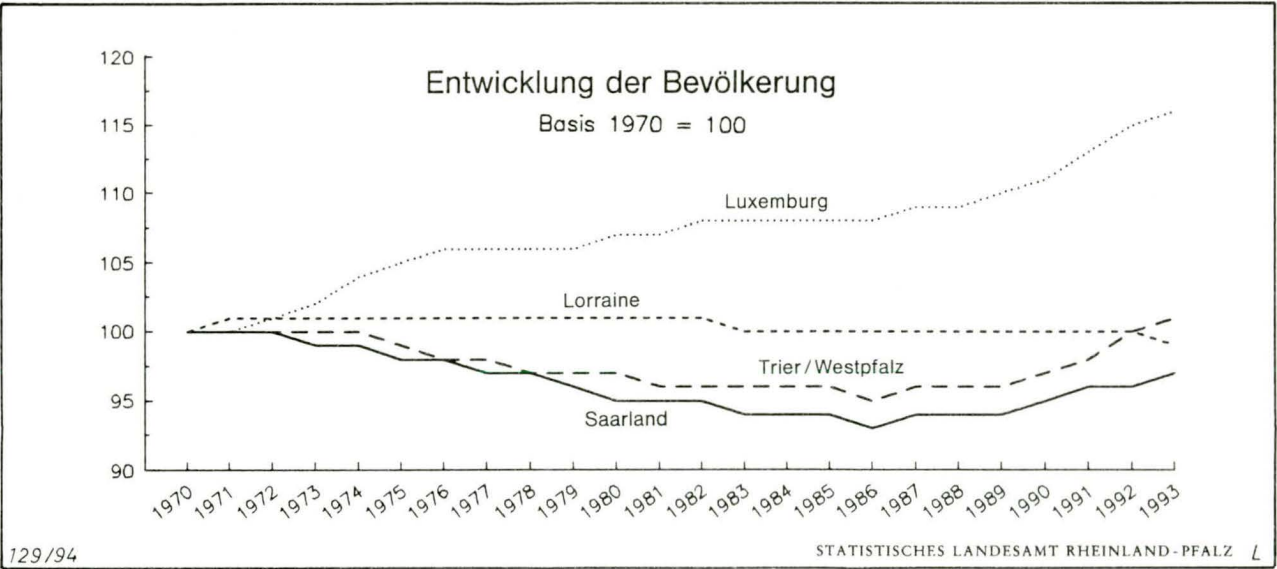
1) Auf 1 000 Personen zwischen 20 und 59 Jahren entfallen ... Personen unter 20 Jahren bzw. ab 60 Jahren.

und in Trier / Westpfalz. Insgesamt unterstreichen die Bevölkerungsprognosen den zunehmenden Altersprozeß in den vier Regionen. Bis zum Jahr 2020 dürfte der Anteil der 65jährigen und Älteren in Luxemburg und Trier / Westpfalz auf ein Fünftel steigen, in Lothringen und im Saarland sogar deutlich darüber liegen. Die Anzahl der nicht am Erwerbsleben Beteiligten nähert sich mehr und mehr der Zahl der Erwerbspersonen. Die Parität dürfte z.B. in Lothringen bereits im Jahr 2020 erreicht sein.

Bildung

Aufgrund der erheblichen Unterschiede in den Ausbildungssystemen und bei den Zulassungsbedingungen für den Hochschulbereich wurde die Einteilung der Ausbildungszahlen für die Großregion auf die vier schulischen Bereiche, nämlich Vorschule, Primarstufe, Sekundarstufe und Hochschule begrenzt.

1992 / 1993 waren mehr als eine Million Schüler oder Studenten in einer Bildungsstätte der Großregion eingeschrieben. Die Entwicklung der Zahlen im Vorschulbereich, in der Primar- und Sekundarstufe spiegelt die demographischen Tendenzen der letzten zwanzig Jahre wider, d.h. rückläufige bzw. gleichbleibende Tendenz. Die Zahl der Studenten in den bekannten Hochschulen und Universitäten der Großregion (Saarbrücken, Trier, Kaiserslautern, Metz und Nancy) steigt ständig.



Arbeitslosenquote im April 1993

Jahr	Saar	Lor	Lux	Trier/W.	Region	EU
	%					
1989	8,3	9,1	1,7	5,4	7,5	9,0
1990	7,0	7,9	1,6	4,7	6,4	8,2
1991	5,9	8,4	1,5	4,1	6,2	8,5
1992	6,1	9,0	1,8	4,3	6,5	9,1
1993	7,4	9,6	2,4	5,5	7,4	10,3

1992 / 1993 zählte man mehr als 125 000 Studenten, was eine Steigerung von über 23 % in fünf Jahren ausmacht.

Beschäftigung, Arbeitsmarkt

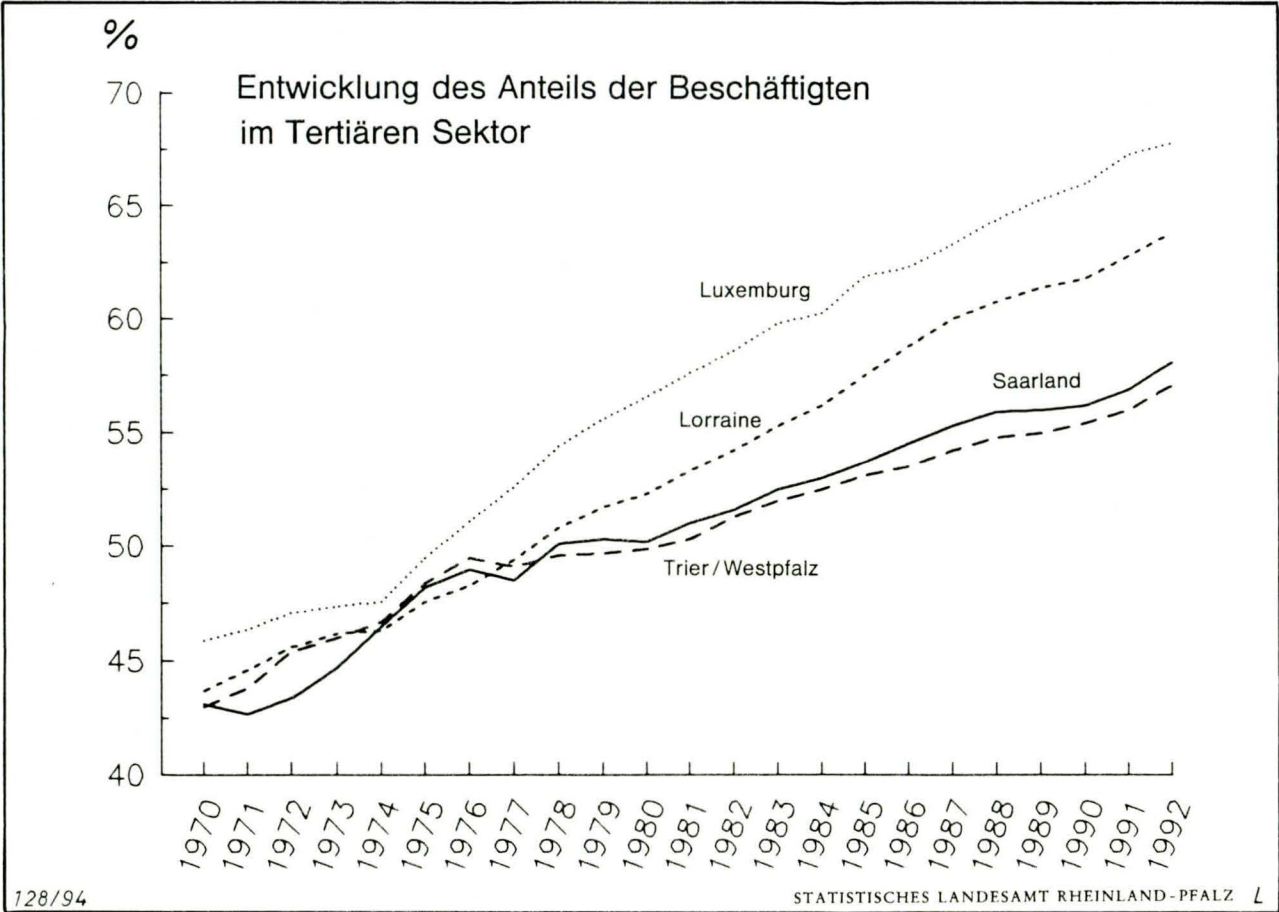
Seit Mitte der fünfziger Jahre haben verschiedene Krisen in den vier Regionen zu hohen Beschäftigungseinbußen bei den traditionellen Industrien geführt. Zwar wurde die Industriestruktur modernisiert, doch die Ansiedlung neuer Betriebe konnte in keiner der Regionen die Einschnitte bei den alten Industriebranchen wettmachen. Vor allem haben die Dienstleistungsbereiche an Bedeutung gewonnen, namentlich in Luxemburg durch den Aufschwung des Finanzplatzes und der Medienlandschaft. Seit einigen Jahren hat sich die Beschäftigtenzahl in den beiden deutschen Regionen

leicht erhöht. In Luxemburg ergab sich eine deutliche Zunahme um 27 % seit 1980. Dagegen ging die lothringische Beschäftigung seit den siebziger Jahren zurück und stieg erst seit 1988 wieder an. 1991 war sie erneut rückläufig.

Die Arbeitslosigkeit, die von 1988 bis 1990 recht niedrig war, zeigte 1992 wieder nach oben. Die konjunkturelle Abkühlung in ganz Europa beschleunigte den Anstieg der Arbeitslosigkeit 1992 und 1993, wovon alle vier Teilregionen spürbar betroffen waren. Luxemburg hatte bisher durch ein Anti-Krisen-Programm und einen schnellen Strukturwandel die Zahl der Erwerbslosen stets in engen Grenzen halten können; Ende 1993 verzeichnete es jedoch einen Negativrekord mit einem sprunghaften Anschwellen der Arbeitslosigkeit um über 40 % im Vergleich zum Vorjahr.

Lothringen hat unter allen französischen Regionen die höchsten Beschäftigungsverluste zu beklagen. Die Zunahme der Arbeitslosenquote, die sich inzwischen dem nationalen Durchschnitt nähert, konnte aufgrund von Auswanderungen, der Einführung des Vorruhestandes und der Entwicklung der Auspendlerströme abgeschwächt werden. Der Anteil der Industriebeschäftigten ist in den beiden deutschen Regionen höher als in Lothringen oder Luxemburg.

Der Verlauf der Arbeitslosigkeit ist in engem Zusammenhang zu sehen mit den wirtschaftlichen Problemen,



die den Industriesektor im Saarland (Stahlindustrie) und in Trier / Westpfalz (Schuhindustrie) kennzeichnen. In diesen Regionen war die Arbeitslosigkeit seit 1985 gering, hat allerdings 1992 und 1993 stark zugenommen. In Rheinland – Pfalz hat sich die Arbeitsmarktlage noch verschlechtert durch die Beschäftigungsverluste als Folge der Konversion militärischer Anlagen und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Umstrukturierung.

Von den zwei Millionen Erwerbstätigen der Großregion fahren 75 800 über die Grenzen zwischen den Einzelregionen. Weitere 63 000 überschreiten die Außengrenzen der Großregion in die benachbarten Gebiete von Belgien, Deutschland und Frankreich. Das sind zusammen 138 800 Berufspendler oder fast sieben Prozent aller im Gebiet der Großregion wohnenden Erwerbstätigen. Hinzu kommen 45 500 Einpendler aus den Nachbargebieten, so daß sich insgesamt ein Pendlervolumen von 184 300 errechnet. Die Großregion als Ganzes gesehen hat einen negativen Pendlersaldo, das heißt, es gibt 11 500 mehr Auspendler als Einpendler. Dieser Saldo resultiert aus sehr unterschiedlichen Salden der einzelnen Partner: Luxemburg (plus 43 700) und das Saarland (plus 15 700) können einen hohen Einpendlerüberschuß aufweisen. Lothringen (minus 48 500) und Trier / Westpfalz (minus 28 400) sind dagegen Auspendlerregionen.¹⁾

Wirtschaftliche Entwicklung

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die wirtschaftliche Struktur der Großregion erheblich verändert. Der anhaltende Rückgang der Nachfrage nach Kohle, Produkten der Eisen- und Stahlindustrie und Textilerzeugnissen machte Umstrukturierungen erforderlich.

Der tertiäre Sektor, d. h. die Dienstleistungen im weiteren Sinne, hat im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung und des Strukturwandels mit rund 60 % der Arbeitsplätze und je nach Region 54 bis 63 % der Bruttowertschöpfung längst eine Vorrangstellung in der Großregion eingenommen. In Luxemburg, wo der Dienstleistungssektor zwei Drittel der Arbeitsplätze ausmacht, hatte die Entwicklung des Banken- und Finanzwesens unter anderem auch günstige Auswirkungen auf das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie die Verkehrsinfrastruktur. In allen vier Regionen erlebte auch die Landwirtschaft einen vergleichbaren Strukturwandel, der einen kontinuierlichen Rückgang der Arbeitsplätze, der Anzahl der Betriebe und demzufolge ein Anwachsen der Betriebsgröße mit sich brachte. Neben der land- und forstwirtschaftlichen Produktion ist die Großregion vor allem auch durch den Weinbau in den Tälern von Mosel und Saar charakterisiert.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)

Jahr	Saar	Lor	Lux	Trier / W.	Region
	Mill. ECU bzw. ECU				
BIP nominal (Mill. ECU)					
1990	17 237	31 401	6 871	14 820	70 329
1991	18 422	32 944	7 550	15 927	74 843
1992	19 754	:	8 158	16 959	:
BIP je Einwohner nominal (ECU)					
1990	16 105	13 624	17 994	13 570	14 549
1991	17 142	14 299	19 113	14 410	15 406
1992	18 312	:	20 785	15 120	:

Die hohen Einbußen an Arbeitsplätzen in den traditionellen Bereichen wurden nicht immer durch die Ansiedlung neuer Industrien oder durch das Wachstum des Dienstleistungssektors (Saarland und Lothringen) kompensiert. Heute umfaßt der sekundäre Sektor, d. h. die Industrie, die im Saarland immer noch dominiert, rund 40 % der Arbeitsplätze in der Großregion. Die Metallbranche ist weiterhin tonangebend für die Industriestruktur der Großregion, doch sind auch andere Wirtschaftszweige vertreten. Der Bau von Straßenfahrzeugen ist im Saarland sowohl vom Umsatz als auch von den Arbeitsplätzen her zur größten Branche herangewachsen. Im Raum Trier / Westpfalz stellt das Ernährungsgewerbe einen bedeutenden Industriezweig dar, ebenso der Straßenfahrzeugbau, der Maschinenbau und die Schuh- und Schmuckherstellung. Lothringen strebt eine Diversifizierung seiner Wirtschaftsstruktur an, indem Bereiche wie Holzwirtschaft, Lebensmittel- und chemische Industrie entwickelt wurden. Vor einiger Zeit hat auch die Automobilindustrie Einzug in Lothringen gehalten. In Luxemburg ist weiterhin die Stahlbranche der größte Industriezweig. Bedeutende Produktionssektoren sind aber auch die Metallverarbeitung, die Reifenherstellung, die Kunststoffindustrie sowie das Glas- und Porzellanngewerbe.

Gesundheit

Trotz der Alterung der Bevölkerung weist die Großregion in den letzten zwanzig Jahren vornehmlich gleichbleibende (Saarland und Trier / Westpfalz) beziehungsweise rückläufige (Lothringen und Luxemburg) Sterblichkeitsindikatoren auf.

Herz- und Kreislauferkrankungen sowie Krebs sind die beiden Haupttodesursachen (etwa 7 von 10 Sterbefällen). In den beiden deutschen Ländern wird hingegen eine größere Häufigkeit der Sterbefälle beobachtet, die auf Herz- und Kreislauferkrankungen zurückzuführen sind, 53 % im Saarland und 52 % in der Region Trier / Westpfalz gegenüber 45 % für den Grenzraum insgesamt.

12 763 Ärzte waren 1992 in der Großregion tätig. Mit einer Dichte von 260 Ärzten pro 100 000 Einwohner ist die medizinische Versorgung der Großregion schlech-

1) Eine ausführlichere Darstellung der Pendlerverflechtung enthält der Beitrag von Jochen Gebauer: Die Pendlerverflechtung der Großregion Saar-Lor-Lux-Trier / Westpfalz, in: Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz, Heft 11, November 1993.

ter als in Frankreich und in der Bundesrepublik. Mit 323 Ärzten pro 100 000 Einwohner bietet das Saarland die beste medizinische Versorgung. In Anbetracht der großen Bevölkerung ist die Bettenkapazität der Krankenhäuser je nach Region unterschiedlich. Bei einem durchschnittlichen Verhältnis von 672 Betten pro 100 000 Einwohner liegt die Kapazität im Saarland mit 852 Betten am höchsten und mit 577 Betten in Lothringen am niedrigsten.

Umwelt

Die Großregion bietet ein abwechslungsreiches Landschaftsbild (Wälder, Naturparks, Mittelgebirgszonen mit ausgeprägtem Umweltschutz). Industrialisierung, Urbanisierung und diverse Infrastrukturen haben dieses wertvolle Naturgut jedoch, je nach Region in unterschiedlichem Maße, geschädigt. Die Waldflächen bedecken im Saarland, in Lothringen und Luxemburg jeweils rund ein Drittel des Gebiets, in Trier / Westpfalz mit dem Hoch- und Idarwald und dem Pfälzerwald fast 44 %.

Der Schutz dieses Naturerbes wird nunmehr durch eine umfangreiche Gesetzgebung unterstützt. Obwohl sie von einer Region zur anderen nicht unbedingt homo-

gen ist, besteht das Bestreben einer Harmonisierung auf Ebene der Europäischen Union.

Was die Wasserqualität angeht, so liegt Frankreich, insbesondere Lothringen, im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarn erheblich im Rückstand.

Lebensbedingungen

Große Unterschiede kennzeichnen das Einkommensniveau der Bewohner der Großregion (soweit Zahlenmaterial verfügbar ist), was unter anderem die Entwicklung der Grenzgängerarbeit erklärt, die in den letzten zehn Jahren zugunsten des Saarlandes, des Raums Trier / Westpfalz und vor allem Luxemburgs ausfiel.

Die zunehmende Technisierung hat die Lebensbedingungen der Haushalte einschneidend verändert. Fast alle Haushalte der Großregion haben Telefon, Fernseher, Kühlschrank / Gefriergerät und Waschmaschine. Drei von vier Haushalten besitzen ein Auto und, in den beiden deutschen Regionen, jeder zweite einen Videorecorder.

Diplom-Volkswirt Jochen Gebauer
Diplom-Volkswirt Hans-Henning Meincke

Auslandsumsatz der Industrie

Die Fähigkeit, sich auf dem Auslandsmarkt behaupten zu können, nimmt mit der Unternehmensgröße zu. Diese Aussage stützt sich auf die Annahme, daß für den Eintritt ins Exportgeschäft eine gewisse Kapitalbasis benötigt wird. Häufig wird der Export mit zusätzlichen

Dienst- und Serviceleistungen gekoppelt. Hierfür werden Mittel in einem Umfang benötigt, wie sie nur größere Unternehmen aufbringen können.

Großbetriebe am stärksten auf dem Auslandsmarkt engagiert

Im Jahre 1993 vereinigten die 33 Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit mindestens 1 000 Beschäftigten – das sind nur 1,3 % aller Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten, aber 43 % des Gesamtumsatzes – mehr als zwei Drittel des gesamten Auslandsumsatzes auf sich. Die Exportquote dieser Großbetriebe lag mit 54,5 % weit über den Exportquoten der übrigen Betriebsgrößenklassen, wo sie im Durchschnitt 18,7 % erreicht. Von den rund 121 000 für den Export beschäftigten Personen entfielen mehr als die Hälfte auf Großbetriebe. Die geringsten Exportchancen hatten mit einer Exportquote von 8,5 % die 1 410 Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten. Zum Auslandsumsatz der Industrie trugen sie nur mit einem Anteil von 2 % bei. Am Inlandsmarkt hatten sie dagegen einen Anteil von 11 %.

Mit zunehmender Betriebsgröße wächst die Beteiligung am Auslandsgeschäft. So erreichten die Betriebe mit 50 bis 99 Beschäftigten bereits eine Exportquote von

Exportquote der Industrie 1980 bis 1993
nach Beschäftigtengrößenklassen

Jahr	Insgesamt	davon in Betrieben mit ... Beschäftigten					
		bis 49	50 - 99	100 - 199	200 - 499	500 - 999	1 000 und mehr
		%					
1980	30,3	4,9	13,2	13,4	14,2	19,6	52,5
1981	35,4	7,1	11,7	17,3	19,2	23,2	57,2
1982	36,3	7,9	12,7	17,4	20,3	23,9	58,6
1983	34,2	8,0	12,2	17,8	21,0	23,3	54,0
1984	35,5	8,9	13,5	21,2	23,0	25,4	54,4
1985	36,6	9,1	13,8	23,6	25,0	27,6	55,1
1986	35,5	8,6	14,2	20,2	24,2	26,9	55,6
1987	36,1	8,1	13,1	21,9	24,2	25,3	56,3
1988	38,2	8,3	14,5	21,8	26,5	28,6	59,0
1989	39,4	9,9	15,7	22,7	27,7	27,7	59,3
1990	36,6	8,4	15,2	20,3	26,5	23,1	56,6
1991	33,5	8,0	11,9	19,2	22,4	25,2	51,0
1992	33,6	8,3	11,3	18,2	23,0	25,9	52,7
1993	33,9	8,5	11,0	17,1	23,6	24,4	54,5

11 %. Von Größenklasse zu Größenklasse nimmt der Exportanteil nun relativ gleichmäßig zu und erreicht bei den Mittelbetrieben mit 200 bis 499 Beschäftigten 23,6 %. Die Exportquote der Betriebe mit 500 bis 999 Beschäftigten lag mit 24,4 % nur geringfügig höher, während sich zur obersten Größenklasse ein deutlicher Sprung auf 54,5 % ergibt. Der Umsatz je Beschäftigten liegt bei diesen Betrieben (341 000 DM) weit über dem Durchschnitt der übrigen Betriebe (245 000 DM). Mit 207 000 DM erzielten die Kleinbetriebe mit weniger als 50 Beschäftigten den geringsten Umsatz je Beschäftigten.

Großbetriebe bestimmten das Wachstum der Exportquote

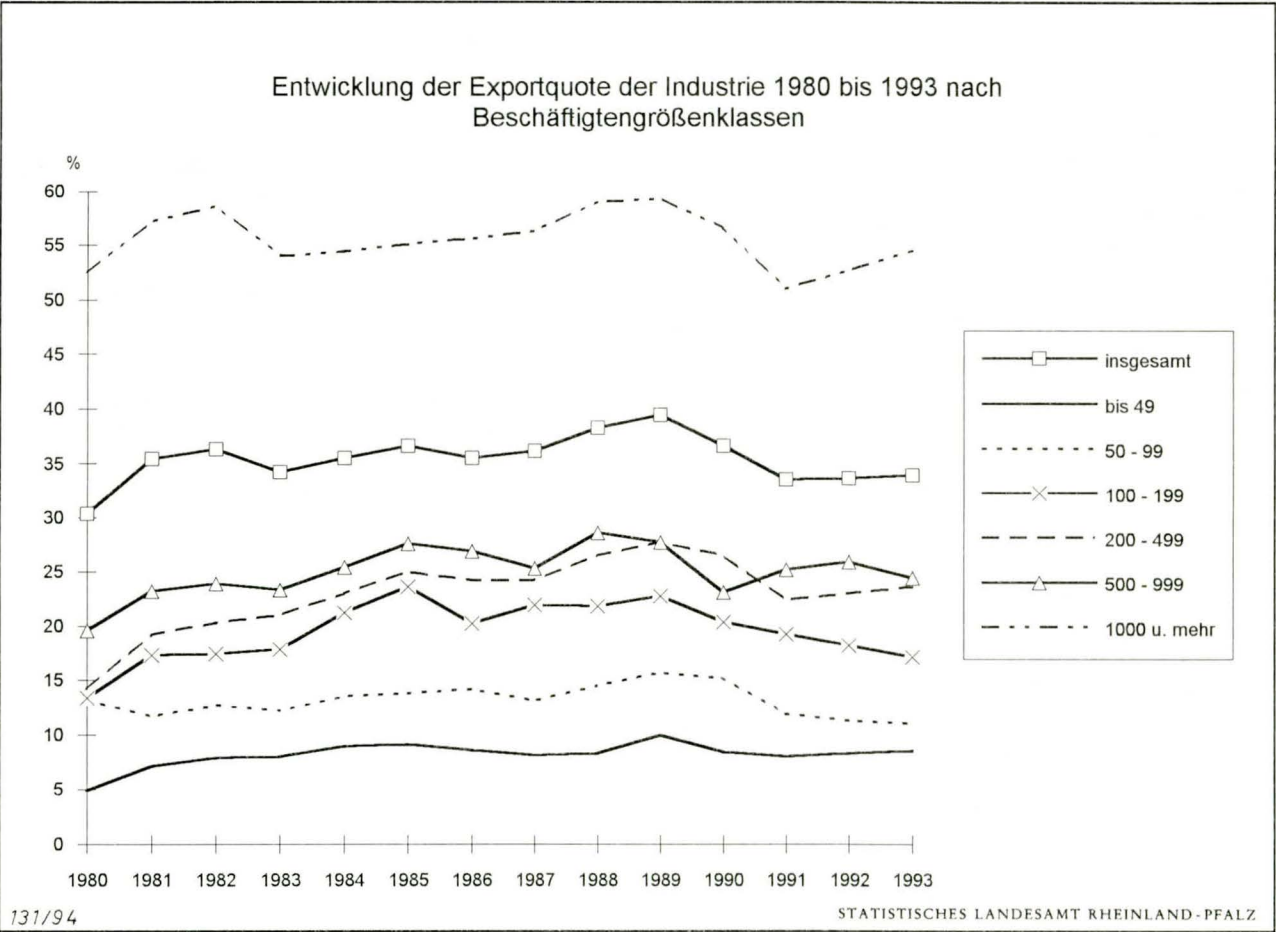
Die Exportquote zeigte in der Vergangenheit langfristig eine steigende Tendenz, bedingt vor allem durch das Wachstum der Auslandsumsätze der Großbetriebe. Mittelfristig traten jedoch zum Teil erhebliche Schwankungen auf, die auf die unterschiedliche konjunkturelle Entwicklung im In- und Ausland zurückzuführen sind. Seit Beginn der 70er Jahre ist die Exportquote von 21 % im Jahre 1971 bis auf 39,4 % im Jahre 1989 angestiegen, wobei 1974 (30%), 1982 (36,3 %), 1985 (36,6 %) und 1989 (39,4 %) jeweils Spitzen auftraten. 1990 und 1991 ist der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz vor allem durch die infolge der Wiedervereinigung Deutschlands gute Binnenkonjunktur bei gleich-

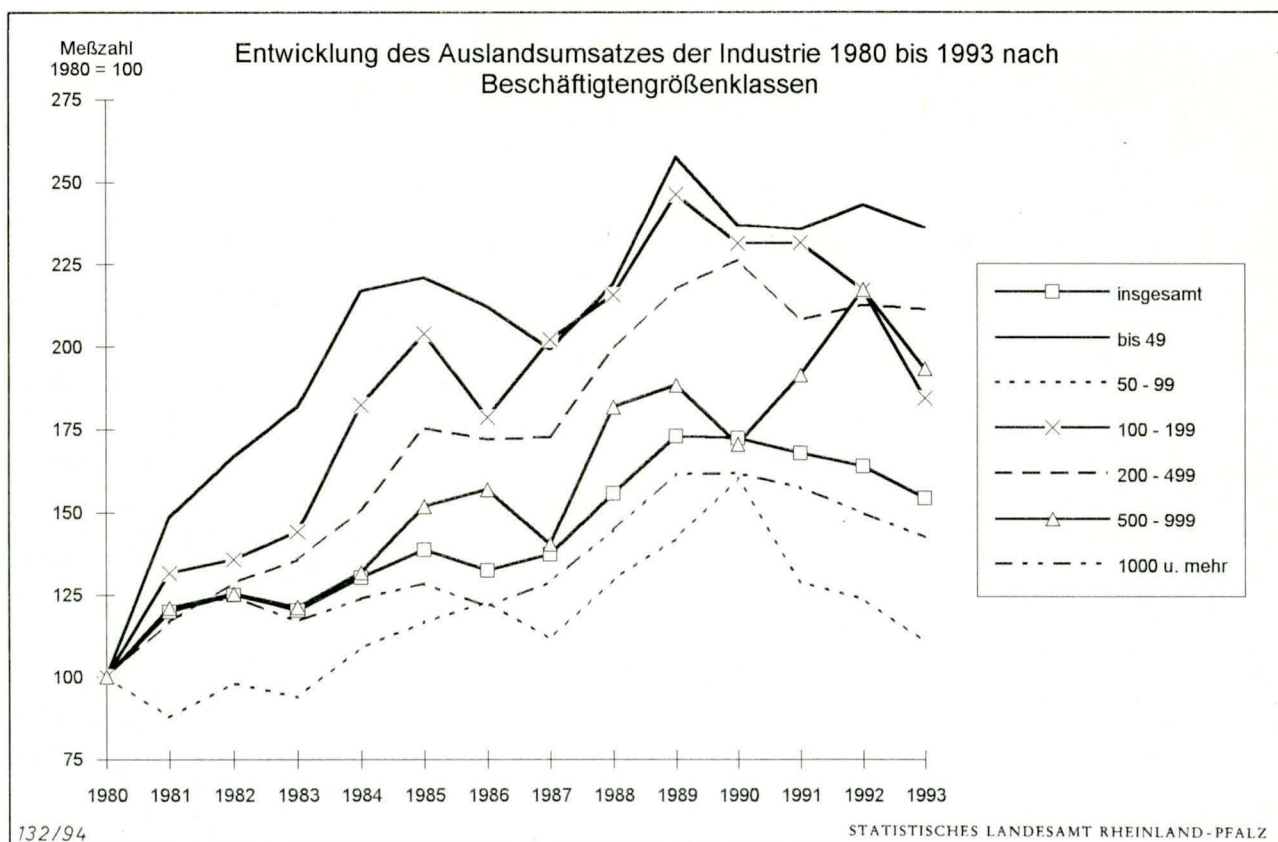
zeitiger Depression im Ausland wieder auf 33,5 % gesunken. Seit 1993 ist mit dem allmählichen Ansprungen der Auslandskonjunktur eine Steigerung der Ausfuhrquote auf 33,9 % zu beobachten, die sich im ersten Halbjahr 1994 verstärkt fortsetzte.

Klein- und Mittelbetriebe gewinnen an Bedeutung

Der Auslandsumsatz der Industrie ist von 1980 bis 1989 um 15,9 Mrd. DM oder 73 % auf 37,7 Mrd. DM angewachsen bei einer Steigerung des Gesamtumsatzes um 33 %. Zu dem starken Wachstum der Exporte trugen die Großbetriebe mit 1 000 und mehr Beschäftigten mit fast 10 Mrd. DM am stärksten bei. Danach folgten die Klein- und Mittelbetriebe mit 100 bis 499 Beschäftigten, die mit 3,7 Mrd. DM, und die Betriebe mit 500 bis 999 Beschäftigten, die mit 1,4 Mrd. DM ebenfalls erheblich an der positiven Entwicklung des Auslandsumsatzes beteiligt waren. Die 1 935 Kleinbetriebe mit weniger als 100 Beschäftigten kamen zusammen nur auf knapp 800 Mill. DM.

Beim relativen Wachstum lagen mit 158 % dagegen die Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten an der Spitze, die ihren Anteil am Auslandsumsatz von 1,3 % auf 2 % erhöhen konnten. Nach den Kleinstbetrieben kamen bereits die Klein- und Mittelbetriebe mit 100 bis 199 Beschäftigten (+ 147 %), mit 200 bis 499 Beschäftigten (+ 118 %) sowie die Betriebe mit 500 bis 999 Beschäftigten (+ 88 %). Da diese Betriebe ebenfalls





überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichneten, konnten sie ihr Gewicht von 20,9 % auf 25,8 % erhöhen. An Gewicht verloren haben die Großbetriebe ab 1 000 Beschäftigten (– 4,8 Prozentpunkte) sowie die Kleinbetriebe mit 50 bis 99 Beschäftigten (– 0,7 Prozentpunkte).

Zu dem seit 1989 beobachteten Rückgang des Auslandsumsatzes um 4 Mrd. DM oder 10,7 % trugen die Großbetriebe mit 1 000 und mehr Beschäftigten maßgeblich bei, und zwar mit 3,1 Mrd. DM oder 11,7 %. An zweiter Stelle kamen mit knapp 1 Mrd. DM die Klein- und Mittelbetriebe mit 100 bis 499 Beschäftigten, während

Exportabhängigkeit der Industrie 1980 und 1993 nach Beschäftigtengrößenklassen
(Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Hauptgruppe Beschäftigtengrößenklasse	Insgesamt			Inland			Ausland		
	Beschäftigte	Umsatz ¹⁾		Umsatz ¹⁾	Inlandsquote ²⁾	Beschäftigte ³⁾	Umsatz ¹⁾	Exportquote	Beschäftigte ³⁾
		insgesamt	je Beschäftigten						
	Anzahl	1 000 DM	DM	1 000 DM	%	Anzahl	1 000 DM	%	Anzahl
1980									
Verarbeitendes Gewerbe ⁴⁾	396 860	71 948 062	181 293	50 145 859	69,7	276 600	21 802 203	30,3	120 300
davon ... Beschäftigten									
bis 49	45 002	5 789 415	128 648	5 503 401	95,1	42 800	286 014	4,9	2 200
50 – 99	45 090	6 078 642	134 811	5 275 462	86,8	39 100	803 180	13,2	6 000
100 – 199	46 849	7 304 860	155 923	6 323 846	86,6	40 500	981 014	13,4	6 300
200 – 499	70 595	13 721 754	194 373	11 770 784	85,8	60 600	1 950 970	14,2	10 000
500 – 999	51 778	8 256 459	159 459	6 637 797	80,4	41 600	1 618 662	19,6	10 200
1 000 und mehr	137 546	30 796 932	223 903	14 634 569	47,5	65 300	16 162 363	52,5	72 200
1993									
Verarbeitendes Gewerbe ⁴⁾	356 717	99 239 203	278 201	65 560 570	66,1	235 800	33 678 633	33,9	120 900
davon ... Beschäftigten									
bis 49	38 560	7 982 869	207 025	7 307 315	91,5	35 300	675 554	8,5	3 300
50 – 99	37 205	8 073 629	217 004	7 184 494	89,0	33 100	889 135	11,0	4 100
100 – 199	40 671	10 595 170	260 509	8 786 821	82,9	33 700	1 808 349	17,1	7 000
200 – 499	70 358	17 507 748	248 838	13 381 479	76,4	53 800	4 126 269	23,6	16 600
500 – 999	46 116	12 821 898	278 036	9 688 695	75,6	34 900	3 133 203	24,4	11 200
1 000 und mehr	123 748	42 257 889	341 483	19 211 766	45,5	56 300	23 046 123	54,5	67 400

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Anteil des Inlandsumsatzes am Umsatz insgesamt. – 3) Verteilung der Beschäftigten geschätzt im Verhältnis Inlandsumsatz zum Auslandsumsatz. Zwischen der Addition der Wirtschaftszweige und Hauptgruppe sowie zwischen der Addition der Hauptgruppe und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt treten dadurch zwangsläufig Differenzen auf. – 4) Einschließlich Bergbau.

die größeren Betriebe mit 500 bis 999 Beschäftigten ihre Exporte in dieser Zeit um 83,5 Mill. DM steigern konnten. Die positive Entwicklung in der zweithöchsten Betriebsgrößenklasse ist jedoch in erster Linie darauf zurückzuführen, daß einzelne Betriebe zwischenzeitlich unter die 1 000-Beschäftigten-Grenze gefallen sind.

Im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich erzielen acht Betriebe 80 % des Auslandsumsatzes

Als Folge des Konzentrationsprozesses im verarbeitenden Gewerbe hat sich die Zahl der Geheimhaltungsfälle in den statistischen Ergebnissen wesentlich erhöht. Aus diesem Grunde ist eine kombinierte Auswertung der Ergebnisse nach Industriehauptgruppen und Betriebsgrößenklassen nur noch sehr begrenzt möglich. Trotzdem ergeben sich für 1993 einige wesentliche Erkenntnisse. So wurde mit 16,8 Mrd. DM die Hälfte des gesamten Auslandsumsatzes der Industrie im Bereich des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes erzielt. Am Gesamtumsatz war diese Industriehauptgruppe dagegen nur mit 36,9 % beteiligt. Die Exportquote lag mit 45,9 % weit über dem Durchschnitt aller Industriebetriebe (33,9 %). Auf über 50 000 Arbeitsplätzen wurden für den Auslandsmarkt bestimmte Produkte hergestellt.

An zweiter Stelle stand mit gut einem Drittel aller Auslandsumsätze das Investitionsgüter produzierende Gewerbe. Hier waren rund 49 000 Arbeitsplätze vom Export abhängig. Die Exportquote lag mit 34,4 % ebenfalls überdurchschnittlich hoch. Eine relativ geringe Bedeutung hatten dagegen der Verbrauchsgüterbereich und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, die nur 10,5 bzw. 4 % des Gesamtexportvolumens auf sich vereinigten. Ihre Exportquoten lagen mit 20,6 und 12,8 % deutlich unter dem Durchschnitt.

Gut 80 % des im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe erzielten Exportumsatzes wurden von den acht Betrieben mit 1 000 und mehr Beschäftigten erwirtschaftet. Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz war hier mit 56,6 % deshalb auch besonders hoch. Die 111 Klein- und Mittelbetriebe mit 100 bis 499 Beschäftigten, auf die 11 % des Auslandsumsatzes des Grundstoff- und Produktionsgüterbereichs entfielen, wiesen mit 27 % eine Exportquote auf, die nicht einmal halb so hoch war wie diejenige der Großbetriebe. Für die 359 Kleinbetriebe mit weniger als 100 Beschäftigten stehen aus Datenschutzgründen keine Informationen zur Verfügung.

Beim Investitionsgütersektor verhindern die Geheimhaltungsbestimmungen Hinweise auf die Verteilung des Auslandsumsatzes auf die einzelnen Betriebsgrößenklassen. Dasselbe gilt für das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Im Verbrauchsgütersektor ist nur eine Aussage über die Situation der Mittelbetriebe möglich. Bei einer mittleren Quote von 20,6 % wiesen die Betriebe mit 100 bis 499 Beschäftigten eine Exportquote von 18,3 % auf. Vom Ausland abhängig waren hier rund 6 000 Arbeitsplätze. Aus der Tatsache, daß sie mit über 40 % am Auslandsumsatz der Industriehauptgruppe beteiligt sind, ist zu schließen, daß hier die Großbetriebe bei weitem nicht die Rolle auf dem Auslandsmarkt spielen wie im Grundstoff- und Produktionsgütersektor.

**Auslandsumsatz der Industrie 1980 bis 1993
nach Beschäftigtengrößenklassen**

Jahr	Insgesamt	davon in Betrieben mit ... Beschäftigten					
		bis 49	50-99	100-199	200-499	500-999	1000 und mehr
Mill. DM							
1980	21 802	286	803	981	1 951	1 619	16 162
1981	26 152	425	705	1 291	2 278	1 960	19 493
1982	27 252	477	788	1 331	2 511	2 032	20 113
1983	26 221	520	754	1 414	2 644	1 965	18 924
1984	28 394	620	875	1 788	2 944	2 134	20 033
1985	30 224	632	938	2 001	3 423	2 459	20 771
1986	28 896	607	987	1 753	3 356	2 541	19 652
1987	29 937	570	897	1 984	3 372	2 274	20 840
1988	33 980	626	1 041	2 115	3 889	2 943	23 366
1989	37 701	737	1 140	2 418	4 244	3 050	26 112
1990	37 598	678	1 287	2 271	4 417	2 762	26 183
1991	36 626	674	1 035	2 273	4 060	3 100	25 484
1992	35 741	696	995	2 131	4 150	3 521	24 248
1993	33 679	676	889	1 809	4 126	3 133	23 046
Anteil in %							
1980	100	1,3	3,7	4,5	8,9	7,4	74,1
1981	100	1,6	2,7	4,9	8,7	7,5	74,5
1982	100	1,8	2,9	4,9	9,2	7,5	73,8
1983	100	2,0	2,9	5,4	10,1	7,5	72,2
1984	100	2,2	3,1	6,3	10,4	7,5	70,6
1985	100	2,1	3,1	6,6	11,3	8,1	68,7
1986	100	2,1	3,4	6,1	11,6	8,8	68,0
1987	100	1,9	3,0	6,6	11,3	7,6	69,6
1988	100	1,8	3,1	6,2	11,4	8,7	68,8
1989	100	2,0	3,0	6,4	11,3	8,1	69,3
1990	100	1,8	3,4	6,0	11,7	7,3	69,6
1991	100	1,8	2,8	6,2	11,1	8,5	69,6
1992	100	1,9	2,8	6,0	11,6	9,9	67,8
1993	100	2,0	2,6	5,4	12,3	9,3	68,4

Im Laufe der letzten 13 Jahre hat sich auch hier ein deutlicher Wandel vollzogen. So belief sich im Jahre 1980 der Anteil des Grundstoff- und Produktionsgütersektors am Auslandsumsatz des verarbeitenden Gewerbes auf 47 %, im Jahre 1993 waren es 49,9 %. Die Exportquote ist in diesem Zeitraum um 10,7 Prozentpunkte gestiegen. An Bedeutung gewonnen haben außerdem der Verbrauchsgüter- sowie der Nahrungs- und Genußmittelsektor mit Anteilsgewinnen am Auslandsumsatz von 2,5 und 1,5 Punkten. Dagegen lag der Anteil der Exporte im Investitionsgütersektor 1980 mit 42,4 % deutlich höher als 1993 (– 6,8 Punkte). Die Exportquote ist hier entsprechend um 3,4 Punkte gesunken.

Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe haben sich außerdem die Gewichte der einzelnen Betriebsgrößenklassen zum Teil erheblich verändert. Während sich bei den Großbetrieben mit 1 000 und mehr Beschäftigten der Anteil am Auslandsumsatz der Hauptgruppe um 3,2 Punkte verringerte, konnten die Betriebe mit 100 bis 499 Beschäftigten 4,6 Prozentpunkte hinzugewinnen. Die Exportquote der Klein- und Mittelbetriebe hat sich damit in dieser Zeit um 18,3 Punkte auf 27 % erhöht, während sie bei den Großbetrieben nur um 3,4 Punkte zunahm.

Diplom-Volkswirt Hans-Henning Meincke

Nichtwohnbau 1993

Während Wohngebäude innerhalb Ihrer Gebäudekategorie relativ homogen sind und daher bezüglich der statistischen Merkmale (Wohnfläche, Geschoßfläche, Rauminhalt, Raumzahl) gut miteinander verglichen werden können, sind Nichtwohngebäude im allgemeinen heterogen zusammengesetzt. Es stellt sich daher die Frage nach einem geeigneten Beurteilungsmaßstab für die Bautätigkeit im Nichtwohnbereich. Am besten geeignet erscheinen die Merkmale „Rauminhalt“, „Nutzfläche“ und die veranschlagten „reinen Baukosten“. Die statistisch erfaßten Baukosten der Gebäude enthalten keine Bauneben- sowie keine Grundstücks- und Erschließungskosten. Die gesetzliche Mehrwertsteuer ist in den Baukosten enthalten. Als Vergleichsmaßstab ist der Rauminhalt, der als Indikator für die Größe eines Gebäudes im Sinne der Baumasse angesehen werden kann, geeignet. Nach § 21 Abs. 2 Baunutzungsverordnung (BauNVO) ist die Baumasse nach den Außenmaßen der Gebäude vom Fußboden des untersten Vollgeschosses bis zur Decke des obersten Vollgeschosses zu ermitteln. Kritischer zu beurteilen ist der Baukostenvergleich, denn in der Regel erreichen bzw. überschreiten im Nichtwohnbau nur Büro- und Verwaltungsgebäude sowie die Anstaltsgebäude einen dem Wohnungsbau vergleichbaren Kubikmeterpreis, während land- und nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude meist sehr einfach und kostengünstig erstellt werden.

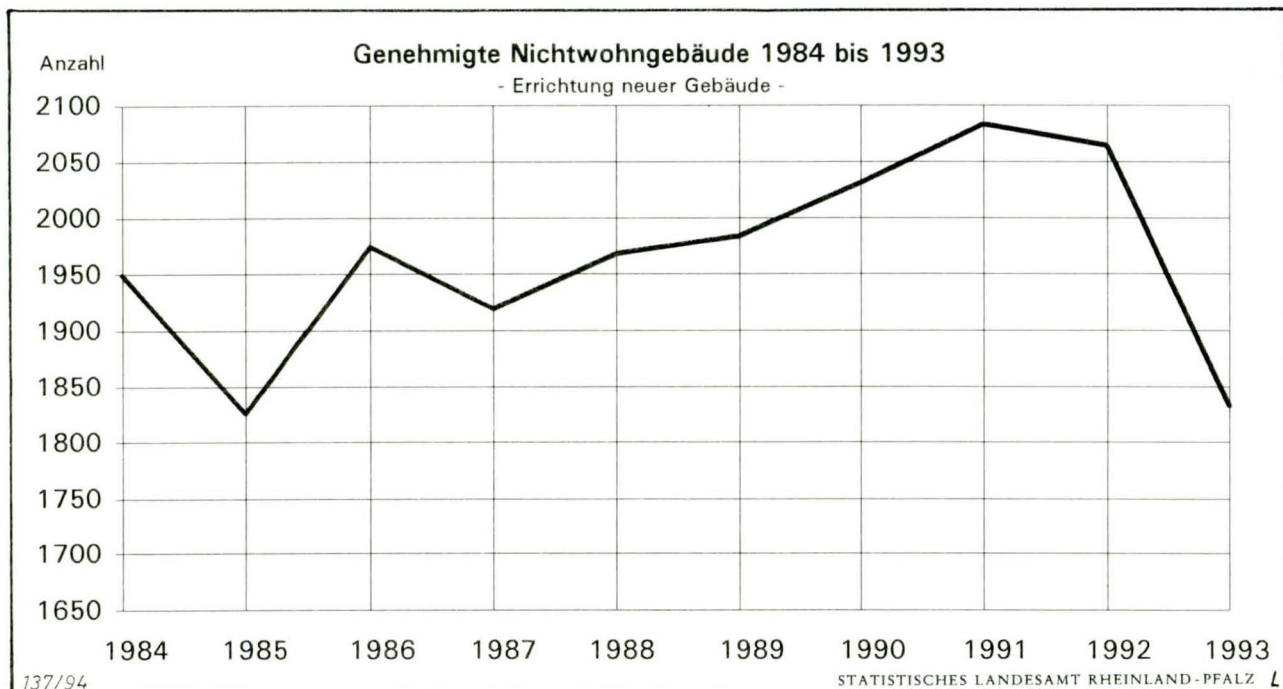
Nichtwohngebäude werden in der Baustatistik nach Gebäudearten differenziert, wobei zunächst zwischen Anstaltsgebäuden, Büro- und Verwaltungsgebäuden, landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden, nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden und sonstigen Nichtwohngebäuden unterschieden wird. Zu der Gruppe der nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäude zählen insbesondere Fabrik- und Werkstattgebäude, Handels- und Lagergebäude sowie Hotels und Gaststätten.

Die Abgrenzung zum Wohnbau (Wohngebäude) ergibt sich durch das jeweilige Verhältnis zwischen Nutz- und Wohnfläche. Wenn die Fläche eines Gebäudes zu mehr als der Hälfte Nichtwohnzwecken dient, so handelt es sich um ein Nichtwohngebäude. Ein Gebäude das mindestens 50 Prozent Wohnfläche aufweist, ist als Wohngebäude definiert. Die Anzahl der im Gebäude befindlichen Wohnungen ist ohne Belang. In Nichtwohngebäuden kann demnach auch Wohnraum vorhanden sein (z. B. Werkswohnung, Hausmeisterwohnung).

Nachfragerückgang nach nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden

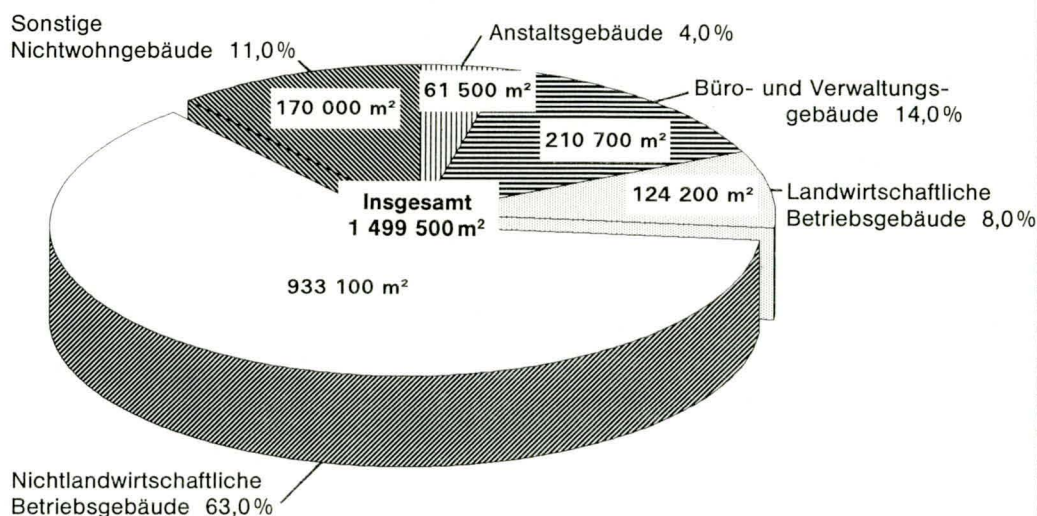
Im Berichtsjahr 1993 genehmigten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden den Bau von 1 833 neuen Nichtwohngebäuden, 11 % weniger als im Jahre 1992 (2 064). In die Gebäude war eine Nutzfläche von rund 1,5 Mill. m² und ein Rauminhalt von fast 9,6 Mill. m³ eingeplant. Der Rückgang der genehmigten Nutzfläche bezieht sich bei Vorjahreswerten von gut 1,8 Mill. m² auf fast 19 %, bei den Bauvolumina (1992: 11,8 Mill. m³) waren Einbußen von ebenfalls rund 19 % zu verzeichnen.

Bei der Betrachtung der einzelnen Gebäudekategorien wird sichtbar, daß die rückläufigen Baugenehmigungen im Nichtwohnbau in erster Linie auf die schwächere Nachfrage nach nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden zurückzuführen ist. In diesem Sektor sollen 999 neue Gebäude errichtet werden, 1992 waren es noch 1 191 gewesen (- 16 %). Die weitere Untergliederung der nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäude ergab, daß die Nachfrage nach Fabrikations- und Werkstattgebäuden (301 Gebäude) deutlich hinter dem



Geplante Nutzfläche (m²) in genehmigten Nichtwohngebäuden 1993

– Errichtung neuer Nichtwohnbaugebäude –



STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ

Genehmigungsergebnis von 1992 (386) zurückblieb (– 22 %). Auch die Handels- und Lagergebäude waren mit 523 genehmigten Bauanträgen weniger gefragt (– 12 %) als im Vorjahr (594). Für die anteilmäßig weniger bedeutsamen Hotel- und Gaststättengebäude war im Berichtsjahr 1993 (51 Gebäude) ein Plus zu verzeichnen (1992: 42). Die schwächere Investitionsneigung im Nichtwohnbau war 1993 durch eine die Konjunktorentwicklung abwartende Haltung der Bauherren geprägt. Auf die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude entfielen 345 Baugenehmigungen (1992: 346), auf Sonstige Nichtwohngebäude 269 (297), auf Büro- und Verwaltungsgebäude 197 (214). Am Ende der Skala rangieren die Anstaltsgebäude mit 23 neu geplanten Bauten (16).

Trotz der starken Nachfrageeinbußen in Teilbereichen, kann die Nichtwohnbautätigkeit bei längerfristiger Betrachtung noch als relativ stetig bezeichnet werden. Zwar markiert das Genehmigungsergebnis des Jahres 1993 mit 1 833 geplanten Neuerrichtungen zahlenmäßig den Tiefstand seit 1985 (1 826 Gebäude), jedoch liegt das Jahresergebnis nur um gut 6 % unter dem für Nichtwohnbauten errechneten Genehmigungsmittelwert der letzten 10 Jahre (1 963). Der Wohnungsbau ist weit größeren konjunkturellen Schwankungen unterworfen. Die jährlichen prozentualen Veränderungsrate für Wohngebäude lagen in den letzten 10 Jahren zwischen – 19 % (1984) und + 11,5 % (1990).

Weniger Bauleistung nachgefragt

Der Vergleich der zu erbringenden Bauleistungen des Jahres 1993 mit den in 1992 geplanten Nutzflächen bzw. Bauvolumina ergab, daß mit Ausnahme der Anstaltsgebäude in allen anderen Gebäudekategorien des Nichtwohnbaus nicht nur weniger, sondern auch kleiner gebaut werden soll. Insgesamt hatten die Bau-

herren im Jahre 1993 rund 9,6 Mill. m³ umbauten Raum und 1,5 Mill. m² Nutzfläche in ihren neuen Nichtwohngebäuden vorgesehen. Die geplante Vorjahresbauleistung hatte noch bei gut 11,8 Mill. m³ Rauminhalt bzw. bei rund 1,85 Mill. m² Nutzfläche gelegen. Da die Einbußen hinsichtlich der zu erbringenden Bauleistung von jeweils rund – 19 % bei Rauminhalt und nutzbarer Fläche nicht allein im zahlenmäßigen Rückgang an Baugenehmigungen (– 231 Gebäude bzw. – 11,2 %) begründet sein können, stellt sich die Frage nach der geplanten Gebäudegröße in den einzelnen Gebäudekategorien.

Für 1993 errechnen sich durchweg geringere Mittelwerte je Gebäudeart als 1992. So verringerte sich das durchschnittliche Planungsvolumen und der Flächenumfang in den 999 geplanten nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden von im Schnitt 6 770 m³ und 1 010 m² im Jahre 1992 auf 6 590 m³ Rauminhalt bzw. rund 930 m² Nutzfläche. In den 197 Büro- und Verwaltungsgebäuden sind durchschnittlich nach rund 7 060 m³ und 1 210 m² (1992) nur noch 5 850 m³ bzw. 1 070 m² vorgesehen. Auch die 1993 genehmigten Anstaltsgebäude (2 670 m² Nutzfläche) und die land-

Baugenehmigungen im Nichtwohnbau 1989 bis 1993 nach Bauleistung

Jahr	Nichtwohngebäude		
	Errichtung neuer Gebäude		Einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden
	Rauminhalt	Nutzfläche	
	1 000 m³	100 m²	
1989	9 948	1 647,6	1 934,7
1990	10 975	1 741,1	1 998,7
1991	12 064	1 906,4	2 195,6
1992	11 839	1 845,4	2 167,7
1993	9 594	1 499,5	1 732,1

wirtschaftlichen Betriebsgebäude mit im Schnitt 360 m² werden flächenmäßig kleiner ausfallen als die 1992 genehmigten Gebäude der vergleichbaren Kategorien (3 030 m² bzw. 425 m²). Lediglich für die Gruppe der sonstigen Nichtwohngebäude (Kindergärten, Schulen, Museen, Sporthallen) errechnen sich 1993 durchschnittlich die gleichen Planungsgrößen wie im Vorjahr (632 m²). Die Ergebnisse belegen, daß auch die positiven Investitionsentscheidungen im Nichtwohnbau 1993 von einer Zurückhaltung hinsichtlich der Planungsgrößen der Gebäude bestimmt waren.

Neubauinvestitionen von rund 2,3 Milliarden DM

Die veranschlagten reinen Baukosten der 1 833 neuen Nichtwohngebäude bezifferten sich im Jahre 1993 auf über 2,33 Mrd. DM. 1992 waren Nichtwohnbauinvestitionen von nahezu 2,6 Mrd. DM vorgesehen gewesen. Im Anstaltsbereich belief sich 1993 der Investitionsbedarf an reinen Baukosten je Gebäude auf fast 6,2 Mill. DM, es folgen die Büro- und Verwaltungsgebäude mit einem Durchschnittswert von fast 3 Mill. DM je Bauvorhaben, die Sonstigen Nichtwohngebäude

Baugenehmigungen für neue Nichtwohngebäude 1986 bis 1993 nach Gebäudearten und Rauminhalt

Jahr	Insgesamt	Anstalts- gebäude	Büro- und Verwaltungs- gebäude	Landwirt- schaftliche Betriebs- gebäude	Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude				Sonstige Nichtwohn- gebäude
					zusammen	darunter			
						Fabrik- und Werkstatt- gebäude	Handels- und Lager- gebäude	Hotels und Gaststätten	
Anzahl									
1986	1 974	19	136	526	1 032	383	468	42	261
1987	1 919	33	121	461	1 072	396	515	36	232
1988	1 968	28	129	425	1 173	385	605	42	213
1989	1 984	29	155	409	1 164	394	595	25	227
1990	2 031	14	179	429	1 184	430	561	38	225
1991	2 083	25	198	338	1 276	424	635	51	246
1992	2 064	16	214	346	1 191	386	594	42	297
1993	1 833	23	197	345	999	301	523	51	269
Insgesamt	15 856	187	1 329	3 279	9 091	3 099	4 496	327	1 970
Anteil in %									
1986	100	1,0	6,9	26,6	52,3	19,4	23,7	2,1	13,2
1987	100	1,7	6,3	24,0	55,9	20,6	26,8	1,9	12,1
1988	100	1,4	6,6	21,6	59,6	19,6	30,7	2,1	10,8
1989	100	1,5	7,8	20,6	58,7	19,9	30,0	1,3	11,4
1990	100	0,7	8,8	21,1	58,3	21,2	27,6	1,9	11,1
1991	100	1,2	9,5	16,2	61,3	20,4	30,5	2,4	11,8
1992	100	0,8	10,4	16,8	57,7	18,7	28,8	2,0	14,4
1993	100	1,3	10,7	18,8	54,5	16,4	28,5	2,8	14,7
Insgesamt	100	1,2	8,4	20,7	57,3	19,5	28,4	2,1	12,4
1 000 m³									
1986	7 659	117	948	913	4 686	1 915	2 246	124	995
1987	7 913	261	804	841	5 116	1 968	2 812	73	891
1988	8 705	256	660	699	6 197	2 436	3 249	102	893
1989	9 948	272	649	821	7 232	3 262	3 339	50	974
1990	10 975	165	1 144	863	7 615	3 095	3 891	149	1 188
1991	12 064	309	1 592	715	8 296	3 183	4 611	175	1 153
1992	11 839	220	1 510	903	8 067	3 107	4 376	180	1 138
1993	9 594	284	1 152	688	6 583	2 363	3 734	139	887
Insgesamt	78 697	1 884	8 459	6 443	53 792	21 329	28 258	992	8 119
Anteil in %									
1986	100	1,5	12,4	11,9	61,2	25,0	29,3	1,6	13,0
1987	100	3,3	10,2	10,6	64,7	24,9	35,5	0,9	11,3
1988	100	2,9	7,6	8,0	71,2	28,0	37,3	1,2	10,3
1989	100	2,7	6,5	8,3	72,7	32,8	33,6	0,5	9,8
1990	100	1,5	10,4	7,9	69,4	28,2	35,5	1,4	10,8
1991	100	2,6	13,2	5,9	68,8	26,4	38,2	1,5	9,6
1992	100	1,9	12,8	7,6	68,1	26,2	37,0	1,5	9,6
1993	100	3,0	12,0	7,2	68,6	24,6	38,9	1,4	9,2
Insgesamt	100	2,4	10,7	8,2	68,4	27,1	35,9	1,3	10,3

(1,65 Mill. DM) und die nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäude (1,1 Mill. DM). Auf die meist in Einfachbauweise mit Fertigteilen erstellten landwirtschaftlichen Betriebsgebäude entfielen rund 220 000 DM Baukosten je Gebäude. Je Quadratmeter Nutzfläche waren die Büro- und Verwaltungsgebäude mit 2 763 DM am teuersten, gefolgt von den Sonstigen Nichtwohngebäuden (2 616 DM) und den Anstaltsgebäuden (2 303 DM). Für nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude waren je Quadratmeter nutzbarer Fläche im Jahre 1993 erstmals durchschnittlich mehr als 1 000 DM (1 163 DM) zu finanzieren, während für Landwirtschaftsbauten Baukosten von 607 DM aufzubringen waren.

Nutzflächenzuwachs durch Baumaßnahmen geringer

Nahezu unverändert blieb 1993 die Zahl der Um-, Aus- bzw. Erweiterungsbaumaßnahmen an bestehenden Nichtwohngebäuden. Mit 1 313 Baumaßnahmen wurde das Vorjahresergebnis fast erreicht (1 329). Die reinen Baukosten für die Umgestaltung bzw. Erweiterung vorhandener Nichtwohngebäude schlugen mit rund 577 Mill. DM zu Buche. Die Vorjahresinvestitionen in bereits bestehende Nichtwohngebäude hatten mit fast 709 Mill. DM höher gelegen. Mit einem durch bauliche Veränderungen geplanten Flächenzuwachs von rund 233 000 m² Nutzfläche wird weniger zusätzlich nutzbare Fläche geschaffen als 1992 (317 000 m²) vorgesehen war.

Gemessen an den Gesamtinvestitionen im Nichtwohnbausektor von etwas mehr als 2,9 Mrd. DM (1992: 3,3 Mrd. DM) erreichten die durch bauliche Veränderungen ausgelösten Investitionen einen Anteil von knapp 20 % und lagen damit um rund 1,5 Prozentpunkte unter dem Anteil von 1992. Der Stellenwert der Baumaßnahmen – fast 42 % aller Bauvorhaben waren Baumaßnahmen – ist für die Investoren in den Nichtwohnbau nach wie vor hoch, da oftmals für die Errichtung neuer Wirtschafts- und Öffentlichkeitsbauten keine ausreichenden Bebauungsflächen zur Verfügung stehen bzw. innerbetriebliche Einflußfaktoren (Fertigungsablauf, Materialfluß) gegen eine Neuerrichtung und für eine bauliche Veränderung sprechen. Der durchschnittliche Nutzflächenzuwachs je Baumaßnahme war 1993 mit rund 177 m² (1992: 239 m²) relativ gering, während er im Neubaubereich im Schnitt bei 818 m² je Gebäude lag (894 m²). Ebenso wie im Neubaubereich war 1993 auch bei den baulichen Veränderungen eine eher vorsichtige Einschätzung der Investoren hinsichtlich der zusätzlich benötigten Flächen feststellbar.

Westerwaldkreis bei den Genehmigungen an der Spitze, höchste Investitionen in Mainz

Die meisten Nichtwohnbauvorhaben (Neuerrichtungen) kamen 1993 im Westerwaldkreis zur Genehmigung. Hier wurden 149 Gebäude mit einer Gesamtnutzfläche von 121 000 m² und einem Investitionsvolumen von rund 150 Mill. DM zum Bau freigegeben. In der weiteren Rangfolge rangiert der Kreis Mayen-Koblenz mit 124 Gebäuden an zweiter Stelle, gefolgt von den Krei-

**Baugenehmigungen für neue Nichtwohngebäude
1984 bis 1993
nach Gebäudearten und veranschlagten Baukosten**

Jahr	Insgesamt	Anstaltsgebäude	Büro- und Verwaltungsgebäude	Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	Sonstige Nichtwohngebäude
Veranschlagte Baukosten in DM je m ³ Rauminhalt						
1984	193	465	408	108	153	348
1985	169	451	391	96	126	347
1986	230	470	521	90	162	375
1987	202	443	384	92	154	346
1988	188	578	402	93	144	298
1989	179	397	380	95	140	340
1990	194	364	453	95	139	350
1991	208	726	360	107	147	360
1992	219	456	426	95	147	506
1993	243	499	505	110	165	501
Veranschlagte Baukosten in DM je m ² Nutzfläche						
1984	1 128	2 391	2 324	548	911	2 068
1985	1 100	2 844	2 068	504	887	2 020
1986	1 341	2 533	2 931	481	957	2 322
1987	1 215	2 243	2 395	498	965	1 869
1988	1 097	3 431	1 955	497	869	1 718
1989	1 079	1 922	1 873	514	878	2 132
1990	1 226	1 696	2 486	539	904	2 382
1991	1 318	4 185	1 943	597	980	2 283
1992	1 406	2 068	2 481	586	988	3 070
1993	1 553	2 303	2 763	607	1 163	2 616

sen Bitburg-Prüm (107), Mainz-Bingen (85), Neuwied (79) und Bernkastel-Wittlich (75). Unter den kreisfreien Städten nahm Mainz mit 63 genehmigten Nichtwohnbauvorhaben die Spitzenposition ein. Hier betragen der geplante Nutzflächenzuwachs 103 000 m² und die Gesamtinvestitionssumme 357 Mill. DM (rund 15 % der 1993 veranschlagten Baukosten im gesamten Nichtwohnbau). Dichtauf folgt Ludwigshafen mit 61 Genehmigungen. Bei einer vorgesehenen Nutzfläche von 47 000 m² waren hier die geplanten Bauvorhaben allerdings deutlich kleiner und daher bei kalkulierten Baukosten von rund 95 Mill. DM wesentlich preiswerter.

Mit 766 Nichtwohnbauten wurden 1993 die meisten Genehmigungen im Regierungsbezirk Koblenz erteilt. Auf den bevölkerungsreichsten Bezirk Rheinhessen-Pfalz entfielen mit 759 Neubaufreigaben nur unwesentlich weniger Bauanträge, im Regierungsbezirk Trier sollen 308 Nichtwohngebäude errichtet werden.

Truppenabzug beeinflusst Nichtwohnbautätigkeit zusätzlich negativ

Für den Rückgang im Nichtwohnbau dürfte auf regionaler Ebene neben konjunkturellen Gründen auch der Truppenabbau der alliierten Streitkräfte – in Rheinland-Pfalz vorwiegend US-amerikanische Truppen – verantwortlich sein. Eine genaue Beurteilung der Hochbausituation in unmittelbarer Standortnähe ist schwierig, weil die in den exterritorialen Gebieten (Kasernen, Truppen-

Genehmigungen im Nichtwohnbau 1993 in den Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)					Errichtung neuer Gebäude					
	Gebäude/ Bau- maß- nahmen	Nutz-	Wohn-	Wohn- ungen	Veran- schlagte Kosten der Bauwerke	Ge- bäude	Raum- inhalt	Nutz-	Wohn-	Wohn- ungen	Veran- schlagte Kosten der Bauwerke
		fläche						fläche			
		Anzahl	1 000 m²					Anzahl	1 000 DM		
Kreisfreie Stadt Koblenz	38	45,0	1,1	14	132 705	21	279	42,1	0,7	8	123 701
Landkreise											
Ahrweiler	64	43,9	1,3	14	47 300	53	279	41,2	1,5	15	42 117
Altenkirchen (Ww.)	125	67,0	0,4	6	114 926	70	330	57,0	0,2	2	94 233
Bad Kreuznach	115	48,8	1,8	12	65 019	71	217	40,3	1,1	10	49 259
Bad Kreuznach, St	36	19,7	0,5	2	29 458	27	88	18,6	0,5	5	26 733
Birkenfeld	64	38,7	0,7	9	68 995	28	178	29,6	0,4	5	53 256
Idar-Oberstein, St	18	20,1	0,4	5	46 160	4	96	15,3	0,2	2	37 950
Cochem-Zell	102	36,8	0,9	12	48 276	53	149	27,2	0,5	6	29 438
Mayen-Koblenz	177	116,3	2,6	30	158 888	124	603	101,1	1,9	26	140 150
Andernach, St	23	18,1	0,1	2	29 162	15	106	17,3	0,1	2	27 065
Mayen, St	11	4,8	0,1	1	8 622	7	21	3,9	-	-	6 435
Neuwied	120	59,9	2,3	28	77 803	79	311	51,9	2,8	35	64 061
Neuwied, St	63	41,0	0,9	16	48 646	40	230	36,9	1,6	24	41 003
Rhein-Hunsrück-Kreis	113	45,6	1,7	19	65 383	73	245	42,3	0,8	9	47 653
Rhein-Lahn-Kreis	84	47,9	0,5	4	69 466	45	289	42,0	0,3	3	56 103
Lahnstein, St	6	12,3	0,2	1	18 628	5	130	11,9	0,2	1	.
Westerwaldkreis	203	131,0	2,6	28	170 863	149	687	120,8	2,1	22	149 973
RB Koblenz	1 205	680,9	15,9	176	1 019 624	766	3 567	595,6	12,3	141	849 944
Kreisfreie Stadt Trier	48	52,6	- 0,1	- 2	105 944	30	360	55,9	0,3	3	82 921
Landkreise											
Bernkastel-Wittlich	145	61,9	1,9	21	87 797	75	273	51,6	0,7	10	65 687
Bitburg-Prüm	151	59,0	0,2	3	71 376	107	337	52,7	0,1	2	55 152
Daun	111	31,0	1,2	14	49 776	47	141	25,2	0,8	9	27 807
Trier-Saarburg	66	31,4	2,2	23	46 875	49	178	30,6	1,2	10	41 648
RB Trier	521	235,9	5,4	59	361 768	308	1 288	216,0	3,2	34	273 215
Kreisfreie Städte											
Frankenthal (Pfalz)	31	14,6	0,4	-	23 421	14	67	11,5	0,9	7	17 528
Kaiserslautern	37	63,5	0,7	10	63 519	17	575	56,4	0,7	10	54 314
Landau i. d. Pfalz	45	32,1	0,4	4	38 668	25	182	21,9	0,3	2	21 883
Ludwigshafen a. Rhein	94	52,8	1,6	15	109 401	61	234	46,9	1,6	16	94 705
Mainz	96	118,2	2,3	21	416 370	63	807	103,1	1,8	19	357 020
Neustadt a. d. Weinstr.	45	24,9	0,3	5	34 460	28	124	21,9	0,1	2	27 644
Pirmasens	24	35,5	- 0,2	- 4	86 760	18	200	34,9	-	-	85 275
Speyer	35	14,9	0,2	2	22 590	11	87	10,6	0,1	1	12 744
Worms	20	23,6	0,3	3	25 685	18	231	23,3	0,3	3	25 120
Zweibrücken	15	10,6	0,1	2	26 997	7	87	9,9	-	-	12 670
Landkreise											
Alzey-Worms	86	29,1	1,1	14	47 394	47	131	22,6	0,7	7	33 353
Bad Dürkheim	141	58,2	2,1	23	98 224	61	214	39,3	1,5	15	61 521
Donnersbergkreis	89	24,4	1,3	8	36 996	31	102	18,9	0,1	1	22 071
Germersheim	107	63,1	2,1	24	90 942	57	471	58,9	1,9	23	76 973
Kaiserslautern	68	31,3	0,8	10	56 288	40	143	24,5	0,5	5	39 264
Kusel	62	19,8	0,7	9	28 016	31	106	16,2	0,4	5	17 695
Südliche Weinstraße	81	51,5	1,3	12	92 035	55	251	48,7	1,1	10	78 644
Ludwigshafen	104	66,2	3,2	94	93 118	54	359	52,7	3,9	97	72 650
Mainz-Bingen	151	61,4	3,3	36	104 087	85	287	52,1	2,0	22	77 748
Bingen am Rhein, St	20	8,1	0,4	4	15 070	10	35	7,1	0,2	2	7 805
Ingelheim am Rhein, St	21	8,7	0,6	6	15 110	11	36	7,2	0,3	4	12 135
Pirmasens	89	19,7	- 0,1	4	29 576	36	81	13,7	0,2	3	17 234
RB Rheinhessen-Pfalz	1 420	815,4	22,2	292	1 524 547	759	4 738	687,9	18,0	248	1 206 056
Kammerbezirke											
Rheinhessen	353	232,3	7,0	74	593 536	213	1 455	201,1	4,8	51	493 241
Pfalz	1 067	583,1	15,2	218	931 011	546	3 283	486,8	13,2	197	712 815
Rheinland-Pfalz	3 146	1 732,1	43,4	527	2 905 939	1 833	9 594	1 499,5	33,5	423	2 329 215
Grenzregion Trier/Westpfalz ¹⁾	969	479,3	9,6	107	758 915	516	2 760	420,0	5,5	63	574 994
Kreisfreie Städte	528	488,4	7,2	70	1 086 520	313	3 232	438,4	6,7	71	915 525
Landkreise	2 618	1 243,8	36,3	457	1 819 419	1 520	6 362	1 061,1	26,9	352	1 413 690

1) Des Grenzraumes Saarland-Lothringen-Luxemburg-Trier/Westpfalz.

übungsplätze, Flugplätze) zu errichtenden Nichtwohngebäude bzw. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden keinen Eingang in die Baustatistik finden und die in diesen Gebieten zu erbringende Bauleistung statistisch nicht erfaßt werden kann (für diese Bauvorhaben existiert keine statistische Melde- sondern nur eine Anzeigepflicht gegenüber den Staatsbauämtern).

Meßbar ist lediglich die außerhalb der militärischen Anlagen in unmittelbarer Standortnähe erbrachte bzw. geplante Bauleistung (Baugenehmigungsentwicklung im Nichtwohnungsbau in Standorten und standortnahen Gebieten mit hohem Bevölkerungsanteil an Angehörigen ausländischer Streitkräfte). Für die Bauunternehmen und die Handwerksbetriebe, deren Auftragseingang vom Truppenabzug unmittelbar beeinflußt wird, sind die negativen Auswirkungen noch spürbarer, als dies aus der Hochbaustatistik ersichtlich wird.

In den Kreisen bzw. kreisfreien Städten mit einem bislang hohen Bevölkerungsanteil an Angehörigen ausländischer Streitkräfte blieb die Anzahl der ausgesprochenen Baugenehmigungen für Nichtwohnungsbauten gegenüber dem Jahr 1992 im Landkreis Kaiserslautern, im Rhein-Hunsrück-Kreis sowie im Kreis Pirmasens ohne nennenswerte Veränderungen. Im Kreis Bitburg-Prüm mit 107 (Vorjahr 127) genehmigten Nichtwohngebäuden, im Kreis Birkenfeld mit 28 Bauanträgen (51) und in der Stadt Kaiserslautern mit 17 (30) Nichtwohnungsbauvorhaben waren die rein zahlenmäßigen Einbußen gravierender. Hinsichtlich der geplanten Bauleistungen in diesen Städten und Landkreisen war die Negativentwicklung einheitlich. So ging die in den neuen Nichtwohngebäuden zur Verfügung stehende Nutzfläche im Vorjahresvergleich im Kreis Pirmasens von 23 800 m² auf 13 700 m² zurück (– 42 %). In der Stadt Kaiserslautern waren 1993 noch 56 400 m² Nutzflächenzuwachs geplant, 35 % weniger als 1992 (86 800 m²). In der gleichen prozentualen Größenordnung (– 33 %) stellt sich das auf die Nutzfläche bezogene Genehmigungsergebnis im Rhein-Hunsrück-Kreis dar. Hier entstehen 42 300 m² Nichtwohnungsbaufläche, gut 20 000 m² weniger als 1992 (63 200 m²). Auch im Kreis Birkenfeld mit Planungen von 29 600 m² konnte das Ergebnis der Vorperiode (40 500 m²) bei weitem nicht erreicht werden

(– 27 %). Nur im Kreisgebiet Bitburg-Prüm waren 1993 die Einbußen an quantitativer Bauleistung unterproportional (– 3,3 %). Mit 52 700 m² soll nahezu genau so viel an Nutzfläche geschaffen werden wie im Vorjahr (54 500 m²).

Flächenverbrauch nimmt ab

Für die 1 833 neu zu errichtenden Nichtwohngebäude sollten im Jahre 1993 rund 6,7 Mill. m² Grundstücksfläche verbraucht werden. Je Gebäude errechnet sich eine durchschnittliche Grundstücksgröße von 3 650 m². Im Vorjahr hatte der Flächenverbrauch der 2 064 genehmigten Gebäude bei fast 8,3 Mill. m² gelegen, je Gebäude waren das knapp über 4 000 m². Den größten Grundstücksflächenbedarf je Gebäude hatten Anstaltsgebäude (6 273 m²) und, wenn auch deutlich weniger, die nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäude mit im Schnitt fast 4 300 m². Die Mittelwerte für Grundstücke von Sonstigen Nichtwohngebäuden (3 155 m²) und Büro- und Verwaltungsgebäuden (3 124 m²) differierten nur unwesentlich voneinander. Am kleinsten waren die Grundstücke, auf denen landwirtschaftliche Betriebsgebäude errichtet werden sollen (2 270 m²). Insgesamt weisen die neuen Nichtwohngebäude eine Grundfläche von 1,26 Mill. m² auf, das sind 685 m² je Bauvorhaben. Die zur Verfügung stehende Geschoßfläche wird rund 1,7 Mill. m² betragen.

Die Baudichte, wie sie sich in der Geschoßflächendichte (Grundstücksfläche je m² Geschoßfläche) als Maß für die Grundstücksausnutzung ergibt, weist innerhalb der einzelnen Gebäudearten erhebliche Abweichungen auf. Differenziert nach Gebäudearten errechnet sich 1993 für landwirtschaftliche Betriebsgebäude eine Nutzungsdichte von nur 5,8. Für Sonstige Nichtwohngebäude lag der Wert bei 4,4 und für nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude bei 4,1. Weit besser ausgenutzt waren die Grundstücke der Büro- und Verwaltungsgebäude mit einer Dichte von 2,4 sowie die Anstaltsgebäude für die je Quadratmeter geschaffener Geschoßfläche nur knapp 2 m² Grundstücksfläche verbraucht werden.

Baugenehmigungen im Nichtwohnungsbau 1990 bis 1993 in kreisfreien Städten und Landkreisen mit hohem Wohnungsanteil ausländischer Streitkräfte

Gebiet	Wohnungen von Angehörigen ausländischer Streitkräfte ¹⁾ (GWZ 1987)	Errichtung neuer Nichtwohngebäude								Veränd. in % 1992 zu 1993
		Anzahl				Nutzfläche (100 m ²)				
		1990	1991	1992	1993	1990	1991	1992	1993	
Landkreis Kaiserslautern	4 598	34	46	38	40	184	271	273	245	– 10,3
Landkreis Bitburg-Prüm	2 686	152	113	127	107	542	542	545	527	– 3,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 653	53	43	72	73	395	274	632	423	– 33,1
Landkreis Birkenfeld	1 164	47	53	51	28	388	372	405	296	– 26,9
Kaiserslautern, Stadt	1 133	22	23	30	17	382	314	868	564	– 35,0
Landkreis Pirmasens	982	33	37	37	36	130	172	238	137	– 42,4

1) Von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich angemietete und bewohnte Wohnungen am 25. 5. 1987 (GWZ 1987).

Genehmigungen im Nichtwohnbau 1993 nach Gebäudearten und Bauherren

Gebäudeart Bauherr	Insgesamt (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)					Errichtung neuer Gebäude					
	Ge- bäude/ Bau- maß- nahmen	Nutz-	Wohn-	Wohn- nungen	Veran- schlagte Kosten der Bauwerke	Ge- bäude	Raum- inhalt	Nutz-	Wohn-	Wohn- nungen	Veran- schlagte Kosten der Bauwerke
		fläche						fläche			
	Anzahl	1 000 m²		Anzahl	1 000 DM	Anzahl	1 000 DM	1 000 m²		Anzahl	1 000 DM
Anstaltsgebäude	44	57,2	2,0	78	169 231	23	284	61,5	2,4	80	141 645
Öffentliche Bauherren	6	13,1	− 0,2	− 1	24 286	4	55	12,7	−	−	.
Unternehmen	17	20,9	− 0,1	− 1	79 517	8	130	27,3	−	−	66 162
Private Haushalte	4	7,2	2,3	79	16 890	3	35	7,2	2,3	79	.
Organisationen ohne Erwerbscharakter	17	16,0	0,1	1	48 538	8	65	14,3	0,1	1	35 898
Büro- und Verwaltungs- gebäude	335	235,3	6,4	76	689 649	197	1 152	210,7	7,9	91	582 188
Öffentliche Bauherren	36	38,5	− 0,1	− 1	.	18	147	27,0	0,1	1	.
Unternehmen	279	189,8	6,9	78	527 877	169	974	177,9	7,7	88	471 869
Private Haushalte	12	4,8	− 0,0	1	11 080	8	24	4,3	0,2	2	.
Organisationen ohne Erwerbscharakter	8	2,2	− 0,4	− 2	.	2	7	1,5	−	−	.
Landwirtschaftliche Betriebs- gebäude	520	143,4	9,1	90	106 025	345	688	124,2	2,1	24	75 450
Öffentliche Bauherren	4	0,4	−	−	.	3	2	0,5	−	−	.
Unternehmen	500	140,7	8,6	84	103 912	339	684	123,5	2,1	24	74 875
Private Haushalte	15	0,6	0,5	6	1 309	3	1	0,3	−	−	.
Organisationen ohne Erwerbscharakter	1	1,8	−	−	.	−	−	−	−	−	−
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	1 665	1 077,2	26,2	278	1 314 146	999	6 583	933,1	19,3	202	1 085 283
Öffentliche Bauherren	64	31,5	0,4	5	98 720	45	175	27,7	0,2	2	.
Unternehmen	1 448	1 017,1	23,1	243	1 170 204	883	6 263	880,6	17,3	183	956 667
Private Haushalte	122	21,5	2,7	30	28 065	60	111	18,8	1,8	17	21 324
Organisationen ohne Erwerbscharakter	21	7,1	−	−	17 157	11	33	5,9	−	−	.
Sonstige Nichtwohngebäude	592	219,1	− 0,3	5	626 888	269	887	170,0	1,8	26	444 649
Öffentliche Bauherren	334	113,4	− 0,7	− 3	344 785	159	457	83,5	0,2	2	221 061
Unternehmen	100	48,0	0,6	12	155 888	41	222	41,3	1,1	17	132 885
Private Haushalte	23	7,4	−	− 1	10 193	12	39	6,6	0,2	4	8 175
Organisationen ohne Erwerbscharakter	135	50,2	− 0,2	− 3	116 022	57	168	38,6	0,3	3	82 528
Öffentliche Bauherren	444	196,8	− 0,7	−	613 902	229	836	151,3	0,5	5	434 604
Bund, Länder, Sozial- versicherung	38	44,9	− 0,3	− 2	166 938	25	187	33,4	−	−	127 466
Gemeinden	406	151,9	− 0,4	2	446 964	204	649	118,0	0,5	5	307 138
Unternehmen	2 344	1 416,5	39,1	416	2 037 398	1 440	8 273	1 250,7	28,2	312	1 702 458
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	505	140,8	8,6	82	103 701	342	683	123,6	2,0	22	73 687
Produzierendes Gewerbe	581	539,5	7,5	70	642 387	373	3 885	482,4	5,1	51	544 331
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen (einschl. Immobilienfonds)	1 243	724,9	23,1	264	1 269 906	715	3 639	633,8	21,1	239	1 063 877
Verkehr- und Nachrichten- übermittlung	15	11,3	−	−	21 404	10	66	11,0	−	−	20 563
dar. Bundesbahn und Bundespost	1	1,5	−	−	.	1	8	1,5	−	−	.
Private Haushalte	176	41,6	5,5	115	67 537	86	211	37,1	4,5	102	56 029
Organisationen ohne Erwerbscharakter	182	77,3	− 0,6	− 4	187 102	78	273	60,3	0,4	4	135 324
Nichtwohngebäude insgesamt	3 146	1 732,1	43,4	527	2 905 939	1 833	9 594	1 499,5	33,5	423	2 329 215

Fertigstellungen im Nichtwohnbau 1993 nach Gebäudearten und Bauherren

Gebäudeart Bauherr	Insgesamt (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)					Errichtung neuer Gebäude					
	Ge- bäude/ Bau- maß- nahmen	Nutz-	Wohn-	Woh- nungen	Veran- schlagte Kosten der Bauwerke	Ge- bäude	Raum- inhalt	Nutz-	Wohn-	Woh- nungen	Veran- schlagte Kosten der Bauwerke
		fläche						fläche			
	Anzahl	1 000 m²		Anzahl	1 000 DM	Anzahl	1 000 DM	1 000 m²		Anzahl	1 000 DM
Anstaltsgebäude	49	51,7	0,3	11	145 112	21	184	42,8	–	–	80 558
Öffentliche Bauherren	17	22,4	0,1	1	.	9	94	21,0	–	–	36 509
Unternehmen	12	16,7	– 0,1	– 1	.	6	62	15,0	–	–	29 988
Private Haushalte	1	0,0	–	–	.	–	–	–	–	–	–
Organisationen ohne Erwerbscharakter	19	12,7	0,3	11	64 167	6	29	6,8	–	–	14 061
Büro- und Verwaltungs- gebäude	315	208,5	7,8	92	509 652	174	920	176,7	8,2	95	403 481
Öffentliche Bauherren	32	20,2	– 0,8	– 11	73 745	11	80	14,5	0,1	2	.
Unternehmen	256	174,4	8,6	101	407 994	144	780	149,0	7,7	87	337 706
Private Haushalte	15	5,1	0,0	2	9 938	10	21	4,6	0,3	5	.
Organisationen ohne Erwerbscharakter	12	8,8	– 0,0	–	17 975	9	39	8,6	0,1	1	15 352
Landwirtschaftliche Betriebs- gebäude	495	135,3	7,7	73	91 974	348	662	122,2	1,8	15	67 304
Öffentliche Bauherren	1	1,1	–	–	.	1	5	1,1	–	–	.
Unternehmen	481	131,9	7,2	68	.	341	646	118,8	1,8	15	65 701
Private Haushalte	13	2,3	0,6	5	.	6	11	2,2	–	–	.
Organisationen ohne Erwerbscharakter	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	1 733	1 228,7	23,6	290	1 355 118	1 083	7 354	1 069,1	19,2	240	1 119 220
Öffentliche Bauherren	83	55,2	0,1	– 1	75 201	60	235	50,4	0,3	2	65 753
Unternehmen	1 512	1 147,4	21,6	271	1 240 136	945	7 005	996,0	17,6	225	1 023 969
Private Haushalte	116	15,7	1,8	20	21 315	66	67	13,2	1,3	13	13 865
Organisationen ohne Erwerbscharakter	22	10,3	0,0	–	18 466	12	47	9,5	–	–	15 633
Sonstige Nichtwohngebäude	579	222,0	1,2	19	635 900	277	1 066	171,0	4,1	52	458 367
Öffentliche Bauherren	315	119,2	– 1,0	– 14	366 164	154	555	87,7	–	–	246 675
Unternehmen	109	46,6	0,8	10	97 035	53	270	39,7	2,1	22	79 272
Private Haushalte	10	3,3	0,2	2	5 382	4	14	2,4	0,4	6	3 305
Organisationen ohne Erwerbscharakter	145	52,9	1,1	21	167 319	66	227	41,2	1,6	24	129 115
Öffentliche Bauherren	448	218,1	– 1,6	– 25	560 905	235	970	174,7	0,4	4	391 080
Bund, Länder, Sozial- versicherung	46	40,4	– 0,1	– 2	122 655	28	192	34,7	–	–	92 554
Gemeinden	402	177,8	– 1,5	– 23	438 250	207	778	140,0	0,4	4	298 526
Unternehmen	2 370	1 517,0	38,1	449	1 870 374	1 489	8 763	1 318,6	29,2	349	1 536 636
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	491	135,2	6,7	65	91 039	351	662	121,8	2,1	18	67 655
Produzierendes Gewerbe	690	653,0	4,9	47	789 820	462	4 267	588,7	3,5	35	706 529
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen (einschl. Immobilienfonds)	1 180	717,6	26,5	337	980 504	670	3 748	597,2	23,7	296	754 951
Verkehr- und Nachrichten- übermittlung	9	11,2	–	–	9 011	6	86	10,9	–	–	7 501
dar. Bundesbahn und Bundespost	2	1,2	–	–	.	1	6	1,0	–	–	.
Private Haushalte	155	26,3	2,6	29	38 550	86	112	22,4	2,0	24	27 053
Organisationen ohne Erwerbscharakter	198	84,8	1,4	32	267 927	93	341	66,1	1,7	25	174 161
Nichtwohngebäude insgesamt	3 171	1 846,2	40,6	485	2 737 756	1 903	10 186	1 581,9	33,4	402	2 128 930

Massivbauweise bevorzugte Konstruktionsart

Auch 1993 bevorzugten die Bauherren eine massive Bauweise bei der Errichtung ihrer neuen Nichtwohngebäude. 1 181 Gebäuden (64 %) lag eine entsprechende Konstruktion zugrunde, die in sonstigen Mauersteinen (799), Stahlbeton (250), Ziegelbauweise (126) und sonstigen Baustoffen (6) ausgeführt werden soll. Für eine Skelettbauweise entschieden sich die Bauherren in 652 Fällen (36 %). Bei dieser Art der Konstruktion dominierten Bauausführungen in Stahl (390 Gebäude). Holzkonstruktionen wurden 137mal gewählt, auf Stahlbetonkonstruktionen entfielen 117 Baufreigaben. Auch hier waren die mit sonstigen Baustoffen zu erstellenden Gebäude (8) kaum vertreten.

Ein Drittel der Nichtwohngebäude vorgefertigt

Gut ein Drittel (628) der 1 833 im Jahre 1993 neu genehmigten Nichtwohngebäude sollen in Fertigteilbauweise entstehen. Nichtlandwirtschaftliche und landwirtschaftliche Betriebsgebäude sind wegen der einfacheren, meist nicht sehr individuellen Bauausführung, für eine vorproduzierte Bauweise prädestiniert. Mit 433 bzw. 123 Baufreigaben waren diese beiden Gebäudekategorien im Fertigteilbau erneut am häufigsten vertreten (69 bzw. 19,6 %).

Das Volumen aller vorgefertigten Nichtwohngebäude betrug knapp über 5 Mill. m³, die in den neuen Gebäuden zur Verfügung stehende Nutzfläche beziffert sich auf 695 000 m². In der Vorperiode sollten 735 (35,6 %) aller neuen Nichtwohnbauten vorproduzierte Gebäudekonstruktionen sein. Deren Rauminhalt und Nutzflächenangebot hatte mit insgesamt rund 6,2 Mill. m³ bzw. 885 000 m² deutlich über der 1993 geplanten Bauleistung gelegen. Die veranschlagten Investitionen im Fertigteilbau lagen 1993 bei rund 738 Mill. DM, je vorgefertigtes Nichtwohngebäude waren bei einer durchschnittlichen Gebäudegröße von rund 1 100 m² Baukosten von knapp 1,2 Mill. DM von den Bauherren zu finanzieren.

1 903 Nichtwohngebäude fertiggestellt

Im Jahre 1993 konnten 1 903 neue Nichtwohngebäude fertiggestellt und ihrer zukünftigen Zweckbestim-

mung übergeben werden. Das Vorjahresergebnis (1 896 Gebäude) wurde geringfügig (+ 0,4 %) übertroffen. Darüber hinaus wurden 1 268 Baumaßnahmen an bestehenden Nichtwohngebäuden vollendet, 4,4 % mehr als 1992 (1 215). Trotz der geringfügig gestiegenen Zahl fertiggestellter Neubauten waren bereits 1993 sowohl bei der bezugsfertigen Nutzfläche (knapp 1,6 Mill. m²) als auch beim Rauminhalt der Gebäude (10,2 Mill. m³) kräftige Einbußen hinsichtlich der quantitativen Bauleistung (jeweils – 11,6 %) zu verzeichnen, ein Trend, der sich bei den im gleichen Jahr genehmigten aber noch nicht vollendeten Nichtwohngebäuden fortgesetzt und mit jeweils rund – 19 % bezugsreifer Nutzfläche bzw. Rauminhalt noch verstärkt hat.

Zu den Fertigstellungen des vergangenen Jahres zählen 1 083 (1992: 1 122) nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude, 348 (328) landwirtschaftliche Betriebsgebäude, 277 (244) Sonstige Nichtwohngebäude und 174 (190) Büro- und Verwaltungsgebäude. Hinzu kommen noch 21 (12) bezugsfertige Anstaltsgebäude. Die Neubaukosten bezifferten sich auf gut 2,1 Mrd. DM und übertrafen das Finanzierungsvolumen des Vorjahres um knapp 100 Mill. DM.

Für vollendete Baumaßnahmen an bestehenden Nichtwohngebäuden hatten die Gebäudeeigentümer zusätzlich nochmals rund 610 Mill. DM zu finanzieren, so daß sich die Gesamtbaukosten aller Bauvorhaben 1993 auf knapp über 2,7 Mrd. DM beliefen. In den Bau von Anstaltsgebäuden flossen 1993 insgesamt 145 Mill. DM, fast 510 Mill. DM kosteten alle Bauvorhaben im Büro- und Verwaltungsbereich. Im nichtlandwirtschaftlichen Sektor wurden rund 1,36 Mrd. DM investiert, für die Gruppe der Öffentlichkeitsbauten wurden rund 636 Mill. DM veranschlagt. Mit Baukosten von 92 Mill. DM lagen die Gesamtinvestitionen für landwirtschaftliche Betriebsgebäude am Ende der Skala.

Die meisten Gebäude wurden 1993 in den nördlichen Landesteilen bezugsfertig. Im Westerwaldkreis waren es 167 Nichtwohngebäude, die Ihrer Bestimmung übergeben werden konnten, im Kreis Bitburg-Prüm 118, im Landkreis Mayen-Koblenz 98. Es folgen die Landkreise Altenkirchen (84), Bernkastel-Wittlich (82) und Neuwied mit 81 Bezugsfertigstellungen.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993			1994				
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 852	3 904	3 900	3 904	3 908
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 052	2 001	3 147	2 597	3 009	1 467 ^p	3 122 ^p	2 666 ^p	2 576 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,1	9,5	8,1	9,1	4,5 ^p	9,4 ^p	8,3 ^p	7,7 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 560	3 524	3 535	3 653	3 732	3 080 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	10,8	10,7	11,4	11,2	9,5 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 553	3 656	3 501	3 191	3 389	3 362 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,0	11,2	10,6	10,0	10,2	10,4 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	24	22	19	18	22	18 ^p
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	6,6	6,1	5,3	5,1	5,9	5,6 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	7	- 132	34	462	343	- 282 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	0,0	- 0,4	0,1	1,4	1,0	- 0,9 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	12 290	11 299	9 709	10 843	12 283
* Fortgezogene	Anzahl	7 320	7 426	6 304	7 339	8 024
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 970	3 873	3 405	3 504	4 259
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	12 173	12 664	11 099	11 877	12 766
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	88 985	117 703	109 939	109 828	121 617	134 289	128 884	128 500	135 185
* Männer	Anzahl	47 150	65 894	61 099	60 534	66 921	76 779	73 309	71 947	75 453
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 761	5 936	.	5 301	.	.	.	5 891	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	29 993	41 224	.	39 522	.	.	.	44 692	.
Arbeitslosenquote	%	5,7	7,5	7,0	7,0	7,7	8,5	8,1	8,1	8,5
Offene Stellen	Anzahl	20 320	19 617	22 755	24 070	26 612	20 865	20 858	21 823	24 567
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	1 409	1 533	.	2 012	.	.	.	859	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 419	4 528	.	5 202	.	.	.	3 940	.
Kurzarbeiter	Anzahl	13 123	35 286	42 551	39 059	21 350	21 935	19 508	16 216	3 791
Männer	Anzahl	9 875	28 635	33 658	31 368	16 970	17 538	15 682	12 919	2 684
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾	t	14 269	13 805	13 111	13 754	12 873	11 791	12 777	11 786	10 512
* Rinder	t	4 755	4 111	3 754	3 895	3 748	3 479	3 592	3 173	2 691
* Kälber	t	33	29	25	22	18	24	24	19	14
* Schweine	t	9 354	9 550	9 234	9 706	9 013	8 196	9 012	8 502	7 730
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	65	65	72	68	68	66	72	68	66
* an Molkereien geliefert	%	95,0	95,3	96,1	96,1	95,8	95,8	96,4	96,3	96,2
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 678	2 594	2 601	2 601	2 586	2 494	2 489	2 484	2 479
* Beschäftigte	1 000	385	357	358	357	355	335	335	334	334
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	258	235	236	235	234	219	219	219	219
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	33 985	30 320	30 004	30 845	29 549	29 236	29 095	29 507	26 086
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 785	1 706	1 602	1 836	1 625	1 528	1 611	1 715	1 592
* Löhne	Mill. DM	997	932	875	1 005	895	827	884	922	887
* Gehälter	Mill. DM	788	774	728	831	730	701	727	793	705
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 877	8 270	7 995	8 668	8 029	8 136	8 420	8 925	7 948
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 978	2 807	2 739	2 893	2 677	2 944	3 071	3 226	2 769
* Exportquote ⁹⁾	%	33,6	33,9	34,3	33,4	33,3	36,2	36,5	36,1	34,8

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) In- und ausländischer Herkunft; einschl. Abschnittsfette, ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Kohleverbrauch ^{1) 3)}	1 000 t SKE	271	260	.	253	.	.	.	256	.
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ^{2) 3)}	Mill. m ³	807	697	.	696	.	.	.	761	.
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000 t	126	105	.	88	.	.	.	93	.
davon										
* leichtes Heizöl	1 000 t	50	47	.	36	.	.	.	34	.
* schweres Heizöl	1 000 t	76	58	.	52	.	.	.	59	.
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 125	1 070	1 076	1 095	1 070	1 111	1 155	1 143	1 124
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	230	234	208	196	194	250	236	204	206
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	116	108	103	109	103	104	119	120	...
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	116	110	111	114	111	117	120	118	...
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	124	120	132	139	136	125	134	139	...
Chemische Industrie	1985 = 100	118	114	114	116	113	120	123	120	...
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	104	97	84	95	81	80	115	117	...
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	100	104	70	82	65	70	180	173	...
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	86	69	73	76	63	63	59	65	...
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	111	106	114	107	107	109	118	...
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	54	50	41	46	37	36	34	35	...
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	157	153	139	144	154	143	158	160	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	384	425	404	370	362	478	450	424	...
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	2 874	3 114	2 804	2 843	2 560	2 895	2 844	2 926	...
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	1 231	1 459	1 324	1 376	1 053	1 316	1 294	1 395	...
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	2 004	2 054	1 860	1 815	1 847	2 033	1 976	1 932	...
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	457	479	374	348	338	504	412	367	...
Handwerk ⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	87	86	.	85	.	.	.	81	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	195	187	.	191	.	.	.	188	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 356	60 475	61 286	61 491	60 913	57 671 ^p	57 784 ^p	58 919 ^p	58 159 ^p
Facharbeiter	Anzahl	30 284	29 310	29 566	34 892	28 828	27 925 ^p	27 992 ^p	34 123 ^p	28 534 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 490	16 207	16 717	12 001	17 397	15 058 ^p	15 024 ^p	10 427 ^p	15 227 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 803	6 613	6 828	7 394	7 075	6 451 ^p	6 598 ^p	7 093 ^p	5 720 ^p
Privater Bau	1 000	4 497	4 454	4 492	4 903	4 715	4 450 ^p	4 515 ^p	4 796 ^p	4 056 ^p
* Wohnungsbau	1 000	2 653	2 666	2 703	2 970	2 754	2 719 ^p	2 804 ^p	2 988 ^p	2 453 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	17	41	25	53	35	24 ^p	23 ^p	34 ^p	37 ^p
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 827	1 747	1 764	1 880	1 926	1 707 ^p	1 688 ^p	1 774 ^p	1 566 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 305	2 158	2 336	2 490	2 360	2 001 ^p	2 083 ^p	2 297 ^p	1 664 ^p
Hochbau	1 000	433	413	396	411	470	383 ^p	375 ^p	409 ^p	299 ^p
Tiefbau	1 000	1 872	1 746	1 940	2 079	1 890	1 618 ^p	1 708 ^p	1 888 ^p	1 365 ^p
Straßenbau	1 000	981	939	1 049	1 149	1 068	862 ^p	917 ^p	1 021 ^p	767 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	242	245	240	249	253	226 ^p	239 ^p	248 ^p	245 ^p
* Löhne	Mill. DM	194	194	191	199	203	177 ^p	189 ^p	194 ^p	193 ^p
* Gehälter	Mill. DM	48	51	49	50	50	49 ^p	50 ^p	54 ^p	52 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	809	789	782	841	835	730 ^p	769 ^p	933 ^p	812 ^p

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlensbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	949	1 056	1 099	1 247	1 205	1 294	1 461	1 609	1 465
* mit 1 Wohnung	Anzahl	607	639	672	782	713	783	825	900	802
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	203	221	249	266	254	299	338	405	366
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	139	195	178	199	238	212	298	304	297
* Umbauter Raum	1000 m³	1 160	1 326	1 408	1 490	1 611	1 508	1 829	2 014	1 764
* Wohnfläche	1000 m²	203	235	246	259	283	266	327	361	327
Wohnräume	Anzahl	9 327	10 849	11 261	12 034	13 150	12 122	15 139	16 529	14 907
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	437	533	576	588	649	610	760	841	742
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	2	8	3	2	2	3	4	2
Unternehmen	Anzahl	128	128	121	156	118	95	135	157	152
Private Haushalte	Anzahl	816	925	970	1 088	1 085	1 197	1 323	1 448	1 311
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	172	153	135	148	168	149	177	181	182
* Umbauter Raum	1000 m³	987	800	790	772	786	575	951	775	816
* Nutzfläche	1000 m²	154	125	132	121	125	92	157	137	148
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	216	194	175	173	176	128	223	154	267
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	26	19	28	23	27	46	13	18
Unternehmen	Anzahl	138	120	106	112	133	111	122	158	150
Private Haushalte	Anzahl	8	7	10	8	12	11	9	10	14
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 439	2 871	3 021	3 130	3 428	2 988	3 770	4 236	3 729
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 952	2 439	2 422	2 648	2 444	2 866	2 971
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 646	1 226	1 235	1 388	1 267	1 558	1 549
Belgien /Luxemburg	Mill. DM	250	184	184	217	178	198	211
Dänemark	Mill. DM	50	39	36	46	29	54	54
Frankreich	Mill. DM	418	324	293	371	324	421	424
Griechenland	Mill. DM	31	20	21	22	17	25	21
Großbritannien	Mill. DM	270	221	250	241	262	290	277
Irland	Mill. DM	12	9	9	10	8	10	8
Italien	Mill. DM	257	175	185	190	177	256	256
Niederlande	Mill. DM	217	159	144	189	159	185	178
Spanien	Mill. DM	114	78	96	82	90	95	100
Portugal	Mill. DM	26	17	16	20	23	24	20
USA und Kanada	Mill. DM	196	186	179	175	182	221	249
Japan	Mill. DM	63	55	46	65	56	61	65
Entwicklungsländer	Mill. DM	394
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	104
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 262	1 904	1 593	1 916	2 048	1 977	2 191
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 289	955	865	982	1 072	1 054	1 248
Belgien /Luxemburg	Mill. DM	290	156	97	182	189	189	224
Dänemark	Mill. DM	46	32	33	23	25	29	40
Frankreich	Mill. DM	300	252	246	255	241	314	330
Griechenland	Mill. DM	7	5	8	13	12	5	3
Großbritannien	Mill. DM	108	87	79	95	99	103	107
Irland	Mill. DM	12	10	13	9	9	18	12
Italien	Mill. DM	190	158	141	149	194	161	203
Niederlande	Mill. DM	213	154	148	159	196	133	212
Spanien	Mill. DM	103	79	78	79	90	84	101
Portugal	Mill. DM	21	21	23	19	17	18	16
USA und Kanada	Mill. DM	175	170	142	131	142	155	176
Japan	Mill. DM	120	109	83	119	92	100	87
Entwicklungsländer	Mill. DM	286
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	64

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	99,7	99,1	98,5	98,6	97,9	97,3	98,6	98,8	99,0
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	127,0	124,2	118,1	121,6	126,7	119,3	124,0	125,3	121,3
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	111,3	109,6	109,6	109,4	109,4	107,1	107,6	107,5	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	128,8	122,8	118,6	130,3	124,9	119,4	127,4	130,7	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	93,0	91,6	94,1	95,9	95,7	92,9	96,7	95,7	99,2
Teilbeschäftigte	1986 = 100	94,9	94,8	99,2	99,6	98,7	97,8	104,3	101,5	111,4
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	115,5	115,7	132,1	126,5	126,0	110,5	129,1	123,7	121,0
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	122,4	119,0	140,7	133,0	130,0	109,9	135,1	133,2	122,0
Gaststättengewerbe	1986 = 100	110,7	112,9	126,4	121,7	123,4	109,9	124,6	116,2	120,4
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	525	498	605	593	679	440	577	486	...
* Ausländer	1 000	115	106	121	127	200	85	116	110	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 828	1 736	2 032	2 035	2 437	1 470	1 928	1 712	...
* Ausländer	1 000	378	344	390	422	684	249	371	351	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 428	1 317	1 202	1 407	1 398
* Güterversand	1 000 t	956	890	963	921	948
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 852	13 351	14 344	15 108	14 099	15 243	16 099	15 822	13 192
Krafträder	Anzahl	803	936	1 531	1 383	1 204	1 476	1 553	1 333	1 192
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 963	11 502	11 802	12 675	11 983	12 837	13 468	13 322	11 076
* Lastkraftwagen	Anzahl	760	618	656	684	613	634	693	826	637
Zugmaschinen	Anzahl	159	138	164	192	139	183	196	192	142
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 812	9 582	10 490	9 327	9 913	8 808	10 022	9 068	8 398 ^P
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 530	1 509	1 880	1 740	1 795	1 525	1 697	1 741	1 587 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 282	8 073	8 610	7 587	8 118	7 283	8 325	7 327	6 811 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2 065	2 046	2 565	2 260	2 378	2 084	2 325	2 307	2 118 ^P
* Getötete	Anzahl	39	40	57	40	46	50	52	60	46 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	22	25	40	21	31	31	33	32	27 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	5	6	7	6	8	9	17	10 ^P
Radfahrer	Anzahl	3	3	4	6	4	3	2	3	4 ^P
Fußgänger	Anzahl	4	6	3	4	2	7	4	4	3 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	541	533	651	601	654	520	593	613	594 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	315	311	372	257	351	298	330	288	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	93	90	130	156	150	98	106	167	...
Radfahrer	Anzahl	58	56	70	103	97	47	95	81	...
Fußgänger	Anzahl	57	57	37	64	38	55	53	54	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	67	83	59	95	91	79	98	68	79
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	57 183	49 827	15 513	65 709	43 633	46 989	70 980	58 530	48 774
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	2	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselsumme	1 000 DM	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	104 522	112 376	•	107 641	•	•	•	116 031	•
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	102 700	110 428	•	105 884	•	•	•	113 977	•
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 181	20 046	•	20 203	•	•	•	21 178	•
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 583	19 205	•	19 715	•	•	•	20 190	•
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	598	841	•	488	•	•	•	988	•
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	11 288	10 247	•	10 627	•	•	•	9 464	•
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 686	8 745	•	8 663	•	•	•	8 333	•
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 602	1 502	•	1 964	•	•	•	1 131	•
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	71 231	80 135	•	75 054	•	•	•	83 335	•
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	63 181	71 424	•	67 018	•	•	•	74 755	•
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 050	8 711	•	8 036	•	•	•	8 580	•
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	100 201	104 081	•	101 120	•	•	•	104 570	•
* Sichteinlagen	Mill. DM	17 005	18 567	•	15 916	•	•	•	17 758	•
* Termineinlagen	Mill. DM	43 765	42 122	•	45 377	•	•	•	41 975	•
* Spareinlagen	Mill. DM	39 431	43 392	•	39 827	•	•	•	44 837	•
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	•	•	•	•	•	•	•	•	•
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 970	3 324	3 342	3 487	2 794	2 780	3 507	3 430	2 781
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 357	1 365	1 478	1 615	887	721	1 496	1 587	841
* Lohnsteuer	Mill. DM	1 024	1 053	1 273	804	877	785	1 280	830	886
* Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	181	187	498	–	– 6	–	504	–	– 6
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	152	123	– 79	447	– 88	– 102	– 119	389	– 98
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	43	43	167	30	81	18	146	37	64
* Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	–	32	63	18	23	14	80	14	15
* Zinsabschlagsteuererlegung	Mill. DM	–	15	43	–	–	–	65	–	–
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	138	114	55	317	– 5	6	110	316	– 27
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	22	1	17	–	–	–	55	–	–
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	613	1 960	1 865	1 872	1 906	2 059	2 011	1 843	1 940
* Umsatzsteuer	Mill. DM	445	658	617	630	675	600	737	637	682
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	168	1 302	1 248	1 242	1 231	1 459	1 274	1 206	1 258
* Zölle	Mill. DM	11	215	206	188	225	236	197	199	202
* Bundessteuern	Mill. DM	150	504	424	448	534	359	437	554	440
* Kapitalverkehrsteuern	Mill. DM	0	0	0	0	0	0	0	0	0
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	102	498	420	444	530	349	426	544	430
* Solidaritätszuschlag	Mill. DM	44	2	0	191	1	6	7	6	5
* Landessteuern	Mill. DM	118	123	147	111	97	104	165	94	94
* Vermögensteuer	Mill. DM	24	27	63	4	3	4	62	2	2
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	59	61	62	67	67	71	67	65	64
* Biersteuer	Mill. DM	7	7	5	17	3	8	7	1	9

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ab 1993 einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchsteuern ; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht- EU - Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	690	674	-	703	-	-	-	...	-
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	-	9	-	-	-	...	-
* Grundsteuer B	Mill. DM	116	124	-	135	-	-	-	...	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	492	463	-	477	-	-	-	...	-
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	58	62	-	60	-	-	-	...	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 149	2 345	2 244	2 240	2 204	2 027	2 434	2 453	2 173
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	588	594	646	713	383	349	709	701	415
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	398	1 241	1 175	1 179	1 268	1 297	1 287	1 198	1 294
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	974	1 002	1 060	1 120	758	694	1 108	1 062	733
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	582	585	646	700	371	301	655	691	333
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	258	284	267	309	262	246	287	277	260
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 148	1 158	-	1 195	-	-	-	...	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	406	413	-	429	-	-	-	...	-
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	543	534	-	540	-	-	-	...	-
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	115,1	119,9	119,8	120,0	120,2	123,1	123,4	123,6	123,7
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	112,1	114,4	115,2	115,1	114,8	116,3	116,8	117,1	116,9
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1985 = 100	131,3	137,2	137,4	-	-	-	140,0	-	-
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	22,43	23,60	-	-	23,70	24,26	-	-	...
Männliche Arbeiter	DM	23,36	24,51	-	-	24,59	25,10	-	-	...
Facharbeiter	DM	24,74	25,91	-	-	25,95	26,60	-	-	...
Angelernte Arbeiter	DM	22,44	23,56	-	-	23,75	24,16	-	-	...
Hilfsarbeiter	DM	20,06	20,83	-	-	20,88	21,09	-	-	...
Weibliche Arbeiter	DM	16,87	17,78	-	-	17,90	18,30	-	-	...
Hilfsarbeiter	DM	16,53	17,42	-	-	17,55	17,83	-	-	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,4	38,4	-	-	38,7	38,7	-	-	...
Männliche Arbeiter	Std.	39,7	38,6	-	-	39,0	39,0	-	-	...
Weibliche Arbeiter	Std.	37,9	36,8	-	-	37,1	37,1	-	-	...
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 461	5 631	-	-	5 639	5 733	-	-	...
Kaufmännische Angestellte	DM	4 910	5 082	-	-	5 086	5 194	-	-	...
männlich	DM	5 860	6 036	-	-	6 040	6 143	-	-	...
weiblich	DM	3 905	4 067	-	-	4 069	4 155	-	-	...
Technische Angestellte	DM	5 907	6 069	-	-	6 081	6 156	-	-	...
männlich	DM	6 045	6 203	-	-	6 215	6 299	-	-	...
weiblich	DM	4 429	4 613	-	-	4 636	4 653	-	-	...
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 848	4 033	-	-	4 036	4 171	-	-	...
Kaufmännische Angestellte	DM	3 834	4 018	-	-	4 022	4 160	-	-	...
männlich	DM	4 591	4 839	-	-	4 857	4 940	-	-	...
weiblich	DM	3 198	3 346	-	-	3 345	3 501	-	-	...

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	64 865	65 532	65 445	65 490	65 539
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	37 786 ^{p3)}	36 772 ^{p3)}	32 099 ^{p3)}	56 526 ^{p3)}	48 491 ^{p3)}	28 321 ^{p3)}	28 836 ^{p3)}	59 154 ^{p3)}	...
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	67 426 ^{p3)}	66 246 ^{p3)}	65 127 ^{p3)}	61 787 ^{p3)}	69 662 ^{p3)}	67 168 ^{p3)}	61 659 ^{p3)}	65 581 ^{p3)}	...
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 787 ^{p3)}	74 240 ^{p3)}	75 799 ^{p3)}	67 806 ^{p3)}	71 360 ^{p3)}	78 928 ^{p3)}	70 225 ^{p3)}	71 260 ^{p3)}	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	– 6 361 ^{p3)}	– 7 994 ^{p3)}	– 10 672 ^{p3)}	– 6 019 ^{p3)}	– 1 698 ^{p3)}	– 11 760 ^{p3)}	– 8 566 ^{p3)}	– 5 679 ^{p3)}	...
Arbeitslose	1 000	1 808	2 270	2 197	2 148	2 166	2 640	2 590	2 506	2 478
Männer	1 000	983	1 277	1 233	1 198	1 204	1 538	1 489	1 432	1 406
Arbeitslosenquote	%	6,6	8,2	7,9	7,8	7,8	9,5	9,3	9,0	8,9
Offene Stellen	1 000	324	243	272	271	273	248	249	244	246
Kurzarbeiter	1 000	283	767	1 043	939	897	467	368	326	267
Männer	1 000	213	615	837	743	720	384	295	257	205
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	7 333	6 805	6 883	6 845	6 822	6 421	6 381	6 368	6 365
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	637	565	589	551	573	585	533	531	549
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	162 969	151 832	151 284	143 357	158 554	168 269	148 617	151 931	163 606
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 616	40 783	40 178	38 815	42 960	48 471	42 145	42 862	47 724
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	119	111	109	106	115	123	109	112	121
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	113	110	111	107	116	123	114	119	123
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	122	108	108	105	115	123	108	109	122
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	120	113	112	106	117	126	108	109	116
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1985 = 100	128	126	120	118	129	134	117	124	132
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	33 247	32 609	31 663	29 305	29 353	35 740	32 276
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 764	2 641	2 390	2 219 ^f	2 306 ^f	3 228	2 663
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 076	1 080	1 083	1 087	1 093	1 043 ^p	1 057 ^p	1 062 ^p	1 067 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	115	111	121	117	129	122 ^p	114 ^p	120 ^p	129 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	14 650	14 390	13 337	13 919	15 925	13 224 ^p	13 395 ^p	14 822 ^p	16 774 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	13 159	14 657	14 545	15 445	17 482	18 176	18 353	18 366	18 946
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 842	11 844	12 036	12 604	14 247	15 056	14 975	15 171	15 419
Wohnfläche	1 000 m ²	2 909	3 315	3 153	3 470	3 859	3 988	4 089	3 933	4 196
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 826	2 678	2 537	2 719	2 881	2 703	2 686	2 722	2 992
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	38 234	43 674	40 500	45 068	49 831	50 070	51 983	48 054	53 454
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	137,5	134,7 ^f	141,2 ^f	127,5	129,7	148,7 ^f	127,6 ^f	131,4	130,9 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124,0	124,8 ^f	122,9 ^f	140,6	134,4	117,1 ^f	121,3	133,4 ^p	...

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	55 933	50 331	49 559	45 929	51 082	59 456	54 137	57 789	...
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	30 391	24 066	25 068	21 963	23 836	30 343	26 682	27 183	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	4 132	3 316	3 940	3 101	2 643	4 463	3 629	3 703	...
Frankreich	Mill. DM	7 250	5 880	5 983	4 776	6 311	7 567	6 744	6 509	...
Großbritannien	Mill. DM	4 329	3 884	4 097	3 706	4 098	4 628	4 321	4 358	...
Italien	Mill. DM	5 200	3 647	3 633	3 574	3 646	4 836	4 175	4 391	...
Niederlande	Mill. DM	4 646	3 700	3 777	3 381	2 589	4 527	3 924	4 020	...
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 129	45 404	48 399	40 902	44 314	53 380	47 378	50 737	...
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	27 639	20 999	23 191	18 902	20 217	24 020	22 829	23 963	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	3 735	2 592	3 542	2 515	2 697	3 345	3 330	3 138	...
Frankreich	Mill. DM	6 369	5 086	5 658	4 335	5 083	5 310	5 948	5 390	...
Großbritannien	Mill. DM	3 631	2 764	3 281	2 418	2 606	3 154	2 824	3 087	...
Italien	Mill. DM	4 872	3 682	3 443	3 232	3 581	4 328	3 586	4 488	...
Niederlande	Mill. DM	5 097	3 790	4 010	3 447	3 271	4 280	3 835	4 176	...
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 418	3 758	3 483	3 507	3 535	3 820 ^r	3 837	3 854	3 887 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 674	2 920	2 720	2 735	2 760	2 962	2 978	2 990	3 019 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	744	838	763	772	776	859	859	864	868 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 261	2 511 ^r	2 267	2 290	2 310	2 496 ^r	2 513	2 524	2 522 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	771	859	781	783	786	874	877	884	884 ^p
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	44 662	46 856	36 677	37 811	58 350	55 347	39 753	40 198	...
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	27 609	28 482	19 012	19 786	40 694	37 438	20 030	19 196	...
Lohnsteuer	Mill. DM	20 610	21 499	19 090	19 275	20 734	19 130	19 766	19 920	...
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 461	2 769	- 1 526	- 1 507	9 549	9 484	- 1 558	- 2 295	...
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	16 476	18 025	16 877	17 797	17 653	17 867	18 597	20 698	...
Umsatzsteuer	Mill. DM	9 773	14 541	13 389	14 723	14 345	14 378	15 156	17 364	...
Zölle	Mill. DM	645	603	653	579	566	665	647	597	...
Bundessteuern	Mill. DM	8 758	7 813	6 782	7 869	7 580	9 033	7 822	9 059	...
Versicherungsteuer	Mill. DM	675	774	538	573	516	1 288	677	787	...
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	6 972	7 020	6 271	7 268	7 048	7 550	6 996	8 114	...
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	100,8	99,6	100,9	100,7	100,6	101,3	101,5	102,0	102,1
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	91,9	84,7	87,2	86,1	86,6	85,9	85,6	87,5	86,9 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1991 = 100	101,4	101,4	101,6	101,5	101,4	101,7	101,7	101,9	101,8
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	131,5	137,2	.	137,4	.	.	.	139,8	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1985 = 100	131,3	137,2	.	137,4	.	.	.	140,0	.
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	127,7	131,0	.	131,6	.	.	.	131,2	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	115,1	119,9	119,4	119,8	120,0	122,8	123,1	123,4	123,6
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	112,1	114,4	114,8	115,2	115,1	115,6	116,3	116,8	117,1
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	113,3	116,4	116,0	116,4	116,4	117,8	117,9	117,9	117,9
Wohnungsmieten	1985 = 100	123,8	131,1	129,9	130,4	130,9	135,7	136,2	136,6	137,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	89,8	91,0	91,2	91,1	90,7	91,2	91,4	91,5	91,3
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	114,4	118,0	117,5	118,0	118,1	119,9	120,1	120,3	120,3
Güter für										
Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	117,9	122,4	121,9	122,1	122,5	126,2	126,3	126,4	126,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	117,1	121,7	121,5	121,5	122,1	125,0	125,3	125,5	125,6
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	112,7	115,9	115,3	115,5	115,6	117,8	117,9	118,0	117,8
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	124,3	135,2	133,5	134,5	135,2	142,3	142,4	142,6	143,3

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Baunebenleistungen.

**Nachfragerückgang nach Nichtwohngebäuden
Bauleistungen um rund 20 % niedriger**

Im Berichtsjahr 1993 genehmigten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden den Bau von 1 833 neuen Nichtwohngebäuden, 11 % weniger als im Vorjahr (2 064).

Überproportional waren die Nachfrageeinbußen nach nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden. In diesem Sektor sollen rund 1 000 neue Gebäude errichtet werden (- 16 %), nachdem 1992 noch 1 191 Bauanträge in dieser Gebäudekategorie positiv beschieden wurden. Auf landwirtschaftliche Betriebsgebäude entfielen im Berichtsjahr 345 Baugenehmigungen (1992: 346), auf sonstige Nichtwohngebäude 269 (297), auf Büro- und Verwaltungsgebäude 197 (214) und auf Anstaltsgebäude 23 (16).

In die neuen Wirtschafts- und Öffentlichkeitsbauten ist eine Nutzfläche von rund 1,5 Mill. m² und ein Rauminhalt von fast 9,6 Mill. m³ eingeplant. Der Rückgang der Bauleistung, gemessen sowohl an der verfügbaren Fläche als auch am Bauvolumen, betrug gegenüber dem Vorjahr 19 %.

Die veranschlagten reinen Baukosten bezifferten sich 1993 auf über 2,3 Mrd. DM gegenüber nahezu 2,6 Mrd. DM im Jahr zuvor. Je Nichtwohngebäude hatten die Bauherren rund 1,3 Mill. DM zu finanzieren, 13 000 DM mehr als 1992. hes

Mehr über dieses Thema auf Seite 222.

**Bauboom in Rheinland-Pfalz im 1. Halbjahr 1994
Die meisten Baugenehmigungen im Kreis
Mainz-Bingen, Bad Kreuznach, Mayen-Koblenz
sowie im Westerwaldkreis**

Im 1. Halbjahr 1994 genehmigten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden den Bau von 19 208 Neubauwohnungen. Das sind 28 % mehr als im Vorjahr (14 977).

In Einfamilienhäusern befinden sich 4 660 Wohnungen (1. Halbjahr 1993 : 3 934), in Zweifamilienhäusern liegen 3 844 Wohnungen (2 588). Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern betreffen Baufreigaben für 9 956 Wohneinheiten, 36,5 % mehr als in den ersten sechs Monaten des Jahres 1993 (7 292). Für Wohnheimwohnungen wurden 478 Baugenehmigungen (916) erteilt. Insgesamt sollen 8 090 neue Wohngebäude errichtet werden, gut 29 % mehr als von Januar bis Juni 1993 (6 251).

Durch Veränderungsbaumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden sollen weitere 2 155 Wohneinheiten entstehen, so daß sich für die ersten sechs Monate 1994 im Wohnbau Genehmigungen für 21 093 Wohnungen errechnen. Im vergleichbaren Vorjahreszeitraum (16 306) war das Ergebnis um rund 23 % niedriger gewesen. Auf den Nichtwohnbau entfallen insgesamt 422 Wohnungen, davon 270 in Neubauten.

Die meisten neuen Wohnhäuser sollen im Westerwaldkreis entstehen (624), dahinter rangieren die Landkreise Mayen-Koblenz (495), Neuwied (492) und der Kreis Bad Kreuznach (468). Bei den Neubauwohnungen lag der Landkreis Mainz-Bingen (1 290) vor dem Westerwaldkreis (1 215). Es folgen die Kreise Bad Kreuznach (1 151) und Mayen-Koblenz (1 037). hes

**Klein- und Mittelbetriebe gewinnen auf dem Aus-
landsmarkt an Bedeutung**

Die Fähigkeit, sich auf dem Auslandsmarkt behaupten zu können, nimmt mit der Unternehmensgröße zu, weil für den Eintritt ins Exportgeschäft eine gewisse Kapitalbasis benötigt wird. So vereinigten die 33 rheinland-pfälzischen Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit mindestens 1 000 Beschäftigten mehr als zwei Drittel des gesamten Auslandsumsatzes auf sich. Ihre Exportquote lag mit 54,5 % weit über dem Landesdurchschnitt (33,9 %).

Die Auslandsumsätze der Industrie sind von 1980 bis 1989 um 16 Mrd. DM oder 73 % angewachsen. Hierzu trugen die Großbetriebe mit 1 000 und mehr Beschäftigten allein knapp 10 Mrd. DM bei. Aber auch die Mittelbetriebe mit 100 bis 499 Beschäftigten (+ 3,7 Mrd. DM) und die Betriebe mit 500 bis 999 Beschäftigten (+ 1,4 Mrd. DM) waren beträchtlich an der Ausweitung der Exporte beteiligt. Beim relativen Wachstum der Exportumsätze lagen mit fast 160 % die Kleinbetriebe mit weniger als 50 Beschäftigten an der Spitze; ihren Anteil am Gesamtauslandsumsatz konnten sie damit von 1,3 auf 2 % erhöhen. Die Mittelbetriebe mit 100 bis 499 Beschäftigten sowie die Betriebe mit 500 bis 999 Beschäftigten weiteten den Anteil ihres Auslandsgeschäfts von 21 auf 26 % erheblich aus. Deutlich an Gewicht verloren haben in dieser Zeit dagegen die Großbetriebe ab 1 000 Beschäftigten, und zwar um fast 5 Prozentpunkte.

Zu dem seit 1989 beobachteten Rückgang des Auslandsumsatzes um 4 Mrd. DM oder 10,7 % trugen die Großbetriebe wegen ihres hohen Gewichts mit 3 Mrd. DM maßgeblich bei. An zweiter Stelle kamen mit knapp 1 Mrd. DM die Klein- und Mittelbetriebe. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 218.

Exporte in den ersten fünf Monaten 1994 um 19 % gestiegen

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft führte im Mai 1994 Waren und Dienstleistungen im Wert von 2,2 Mrd. DM ein, das sind 38 % mehr als im Mai 1993. Die Exporte stiegen gleichzeitig auf knapp 3 Mrd. DM (+ 23 %). Annähernd neun Zehntel der ins Ausland gelieferten Güter waren Endprodukte (56 %) oder Vorserzeugnisse (32 %).

In den ersten fünf Monaten 1994 wurden Waren und Dienstleistungen im Wert von 10 Mrd. DM aus dem Ausland bezogen. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres stiegen die Importe um 9 %. Von Rheinland-Pfalz ins Ausland gelangten Güter für 13,9 Mrd. DM (plus 19 %), darunter 53 % in die Länder der Europäischen Union und fast 14 % in die EFTA-Mitgliedstaaten. Der Ausfuhrüberschuß erreichte von Januar bis Mai 1994 insgesamt 3,9 Mrd. DM. jut

Steigende Einzelhandelsumsätze

Die rheinland-pfälzischen Einzelhandelsumsätze erhöhten sich im ersten Halbjahr 1994 um 1,7 %. In Drogerien und Apotheken sowie mit Tabakwaren, Büchern, Fachzeitschriften und Damenoberbekleidung wurden deutlich höhere Umsätze erzielt als im ersten Halbjahr 1993. Auch die Tankstellenumsätze stiegen infolge der höheren Mineralölsteuer weit überdurchschnittlich.

Während von Januar bis Juni 1994 die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im rheinland-pfälzischen Einzelhandel zurückging (– 3,8 %), fanden mehr Teilzeitkräfte (+ 2,4 %) einen Arbeitsplatz. Einen spürbaren Rückgang von Ganztagsbeschäftigten verzeichneten Apotheken sowie der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln und Kraftwagen. Hingegen fanden im Einzelhandel mit Damenoberbekleidung und Schuhen sowie an Tankstellen mehr Teilzeitkräfte eine Anstellung. kl

Mehr Autos, weniger Motorräder zugelassen

Im ersten Halbjahr 1994 wurden in Rheinland-Pfalz 92 311 fabrikneue Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen. Das sind 2,5 % mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 1993. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf die Personenkraftwagen-Neuzulassungen zurückzuführen, deren Zahl gegenüber dem ersten Halbjahr 1993 um 3,1 % auf 78 369 stieg. Die Zulassungen von Motorrädern gingen im gleichen Zeitraum um 2,4 % auf 7 956 zurück. kl

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung ¹⁾

Steuerart	Januar - August		Veränderung
	1993	1994	
	Mill. DM		%
Landessteuern	1 017,2	997,1	– 2,0
Vermögenssteuer	244,4	195,2	– 20,2
Erbschaftsteuer	78,2	89,9	14,9
Kraftfahrzeugsteuer	519,2	516,6	– 0,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	105,7	104,5	– 1,1
Feuerschutzsteuer	13,1	22,3	70,3
Biersteuer	56,6	68,6	21,2
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	4 366,5	4 398,0	0,7
Lohnsteuer	3 540,4	3 586,7	1,3
Veranlagte Einkommensteuer	196,1	89,6	– 54,3
Kapitalertragsteuer	180,7	177,7	– 1,7
Zinsabschlagsteuer	113,9	202,4	77,7
Körperschaftsteuer	335,4	341,6	1,8
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	2 171,7	2 141,8	– 1,4
Umsatzsteuer	1 787,1	1 828,9	2,3
Einfuhrumsatzsteuer	384,7	312,9	– 18,6
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	34,2	48,2	40,8
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	18,7	45,6	143,1
I n s g e s a m t	7 608,4	7 630,7	0,3

1) Da die Aufkommensintensität während des Jahres erheblichen Schwankungen unterliegt, dürfen unterjährige Ergebnisse nicht direkt auf das Gesamtjahr hochgerechnet werden.

Themen des letzten Heftes

Heft 8 / August 1994

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 12. Juni 1994

Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer 1993 unter besonderer Berücksichtigung der Teilzeitarbeit

Erwerbstätigenzahlen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Schwerbehinderte Ende 1993

Sozialhilfeausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.